Den Frieden erhalten — NATO-Austritt erzwingen

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 48 vom 27. November 1981 15. Jahrgang 1 DM



20 000 Textilwerker demonstrierten. Am letzten Samstag (21. November) zogen in Bonn rund 20 000 Kolleginnen und Kollegen, die in der Textilindustrie beschäftigt sind, zum Münsterplatz. Ihr Protest richtete sich gegen die skrupellose Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung von Seiten der Textilkapitalisten. Seit 1969 wurden in diesem Industriezweig in der Bundesrepublik und Westberlin rund 350 000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Vernichtung weiterer 200 000 von den jetzt noch existierenden rund 500 000 Textilarbeitsplätzen wird befürchtet. Die Führung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) versucht den Protest der Textilarbeiter durch Forderungen zu einem neuen Welttextilabkommen in die Sackgasse der Sozialpartnerschaft zu lenken.

Für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR

Erfolgreiche Solidaritätsaktion in Ostberlin

BERLIN/DDR. — Um 11 Uhr am 21. November organisierte das westdeutsche Solidaritätskomitee mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR eine aufsehenerregende Aktion am Alexanderplatz in Berlin, Hauptstadt der DDR. Vier Mitglieder des Komitees, Karin Wagner, Helmut Stockmar, Franz Schlechter und Werner Kramer ketteten sich an einen Laternenmast an, entfalteten ein Transparent und riefen Parolen. Die vier wurden nach über 20 Minuten von der Volkspolizei abgeführt. Sie wurden zu sechs Monaten Haft wegen Rowdytums verurteilt und am Montag abgeschoben.

Diese Aktion (Bericht siehe Seite 3) sollte darauf aufmerksam machen, daß seit längerer Zeit, zum Teil seit über einem Jahr acht bis zehn Bürger der DDR, sowohl Mitglieder der KPD Sektion DDR als auch Parteilose, wegen ihrer kommunistischen Gesinnung in Haft sitzen.

Und dieses Ziel der Aktion wurde erreicht. Nicht nur auf dem Alexanderplatz selbst, sondern auch in der Berichterstattung in den Medien wurde relativ ausführlich und größer berichtet als seither — gerade auch in solchen Medien, die auch in der DDR ihr Publikum haben.

Daß aber gleich noch drei weitere, unbeteiligte Bürger der Bundesrepublik Deutschland verhaftet wurden, zeigt nur, wie hektisch die DDR reagierte, in ihrem Versuch, ihre reaktionären, antikommunistischen Machenschaften zu verheimlichen. Dem entspricht auch das Verwirrspiel, das die DDR-Nachrichtenagentur ADN organisieren wollte, indem sie gezielt die Fehlinformation ausstreute, es habe sich um eine Aktion im Zusammenhang mit Polen gehandelt. Daran stimmt natürlich nur, daß die verhafteten Genossen der Sektion DDR der KPD für freie Gewerkschaften wie in Polen eingetreten waren.

Im Westen war vor allem die


Die Aktion auf dem Alexanderplatz

Berichterstattung im ZDF-„Heute" am Samstag abend um 19.00 Uhr sowie ein Live-Interview des SFB mit Horst-Dieter Koch am Montag morgen den 23. November bemerkenswert. Große Tageszeitungen brachten in unterschiedlicher Ausführlichkeit die entsprechende Meldung der dpa. Das Solidaritätskomitee hatte noch am Samstag eine Pressemitteilung verschickt, deren Inhalt von dpa teilweise wiedergegeben wurde.

Diese Aktion war der Auftakt einer Solidaritätswoche mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR. Sie wurde fortgesetzt mit der sehr erfolgreichen Unterschriftensammlung auf der Bonner Friedensdemonstration gegen Breschnew und mit der Protestkundgebung vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn im Anschluß an die Abschlußkundgebung dieser Demonstration.

**Wir rufen auf:
Beteiligt euch an der Solidaritätswoche!
Freiheit für die in der DDR verhafteten kommunistischen Oppositionellen!**

Ein Teilnehmer an der Solidaritätsaktion berichtet

Zu sechs Monaten verurteilt und abgeschoben

Montag mittag sprachen wir mit Helmut Stockmar, einem der vier Mitglieder des Solidaritätskomitees, die am vergangenen Samstag die Aktion auf dem Ostberliner Alexanderplatz durchgeführt haben. Er gab den folgenden Bericht über seine Erfahrungen in der DDR-Haft.

Um 11.20 Uhr am Sonnabend sind wir verhaftet und ins Volkspolizei-Revier Berlin-Mitte transportiert worden. Dort sind wir nach etwa einer Stunde in den sechsten Stock, in die hermetisch abgeschlossene Abteilung des Staatssicherheitsdienstes geführt worden. Wir vier waren ja immer noch zusammengekettet, und man hat uns erstmal gemeinsam in eine Zelle gesteckt.

Die Stasi-Leute haben uns fotografiert, schließlich auch die Kette durchgeschnitten und uns dann in vier verschiedene Zellen aufgeteilt. Von diesem Zeitpunkt an habe ich die anderen drei Genossen nicht mehr gesehen. Jetzt begann das Verhör, oder genauer gesagt: die Verhöre. Denn die ganze Prozedur dauerte bei mir genau von 14.30 Uhr bis 6.00 Uhr am nächsten Morgen. Die Fragen bezogen sich vor allem auf die Person, also beispielsweise auf Verbindungen, auf die Motive für unsere Aktion usw.

Am nächsten Morgen bin ich dann in ein Stasi-Gefängnis, auch in Berlin, verschoben worden. Dort war ich total abgeschottet, auch wenn ich über die Gänge geführt wurde, habe ich nie einen anderen Gefangenen gesehen. Und natürlich hatte ich auch eine Einzelzelle, ungefähr vier Meter lang und zwei Meter breit mit einem Fenster aus Glasbausteinen, so daß ich also auch nicht hinaussehen konnte. In diesem Gefängnis sind dann noch einmal Fotos gemacht worden, von allen Seiten und mit einer Nummer dabei — wie man es von Steckbriefen kennt. Außerdem haben sie mir zum zweiten Mal alle Fingerabdrücke von beiden Händen abgenommen. Im Vopo-Revier war übrigens auch schon eine Geruchsprobe genommen worden, und zwar mit einem Lappen, den ich etwa 20 Minuten lang am Körper tragen mußte. Jetzt wird mich also jeder Polizeihund in der DDR auf Anhieb erkennen.

Am Sonntag nachmittag wurde ich noch einmal eine Stunde lang verhört und dann dem Bezirksrichter vorgeführt. Der hat mir dann einen Haftbefehl wegen Rowdytum ausgestellt und mich über die strafrechtlichen Konsequenzen belehrt. Heute morgen sind sie in die Zelle gekommen, haben mir meine privaten Sachen gebracht und mich noch einmal vom Bezirksrichter vorgeführt. Der Mann hat mir dann eröffnet, daß die Generalstaatsanwaltschaft von Berlin einen Strafbefehl beantragt hätte und ich wegen Rowdytums zu einem halben Jahr Haft, verbunden mit sofortiger Abschiebung, verurteilt worden wäre. Ich könnte dagegen Rechtsmittel einlegen, müßte dann aber bis zur Gerichtsverhandlung weiter im Knast bleiben.

Ich habe natürlich auf die Einlegung dieser Rechtsmittel verzichtet, weil ich ja nicht noch länger dort sitzen wollte. Daraufhin bin ich zum Bahnhof Friedrichstraße gebracht und mit der S-Bahn nach Westberlin abgeschoben worden.

12 000 gegen Breschnew

BONN. — Am 22. November formierte sich in Bonn eine eindrucksvolle Demonstration gegen den Besuch des Oberhaupts der russischen Sozialimperialisten, Leonid Breschnew, in der Bundesrepublik. 12 000 Menschen zogen vom Schlachthof zum Münsterplatz. Die KPD hatte wesentlichen Anteil an dem positiven Verlauf der Aktion, wie sie auch bereits bei den Vorbereitungen maßgeblich dafür gesorgt hatte, daß die Demonstration überhaupt zustandekam.

Trotz der kurzen Mobilisierungszeit und trotz der mangelnden tatsächlichen Mobilisierung durch die meisten der offiziellen Träger dieser Demonstration bewies die Aktion die Bereitschaft vieler Menschen, auch gegen die Kriegspolitik des Warschauer Pakts auf die Straße zu gehen. Dies war eine Demonstration für die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung.

Weitaus klarer als der offizielle Aufruf zur Demonstration brachten die vielen Transparente die Meinung der überwiegenden Mehrzahl der Demonstranten zum Ausdruck, daß Breschnew ein genauso gefährlicher Kriegstreiber wie Reagan ist, daß die Bedrohung durch die sowjetischen Atomraketen sehr wohl empfunden wird und daß es hier nicht um eine Unterstützung des verlogenen Verhandlungsrummels zwischen den imperialistischen Mächten ging. Diese Menschen gingen vor allem deshalb auf die Straße, weil sie kein Vertrauen mehr haben in die Versprechungen der Politiker, auch nicht in die des westdeutschen Bundeskanzlers, sie würden schon dafür sorgen, daß es nicht zur atomaren Katastrophe kommt. Wir müssen den Kampf für die Erhaltung des Friedens selbst in die Hand nehmen.

Eindeutig geprägt wurde das Bild der Demonstration von Parolen gegen die Kriegsblöcke der NATO und des Warschauer Pakts. Unübersehbar die Forderung, die immer breitere Zustimmung innerhalb der westdeutschen Friedensbewegung findet: „BRD — Raus aus der NATO!" (ausführlicher Bericht auf Seite 7).


Blick auf den Münsterplatz während der Abschlußkundgebung

Friedensdemonstration in Amsterdam

AMSTERDAM. — Die größte Demonstration der Nachkriegsgeschichte in den Niederlanden fand am 21.11. in Amsterdam statt. Weit über 350 000 Menschen verwandelten die Stadt in einen einzigen Kundgebungsplatz gegen Atomwaffen und die NATO-„Nachrüstung". Die Demonstranten forderten die Regierung nicht nur auf, die NATO-Beschlüsse für die Niederlande abzulehnen, sondern auch Initiativen zu ergreifen, um den Nachrüstungsbeschluß insgesamt zu Fall zu bringen.

Kommentar der Woche

Endlich! Nachdem Leonid Breschnew die Welt pausenlos — zuletzt per „Spiegel"-Interview — mit Bekundungen seines Friedenswillens bombardiert hat, ist nun auch Ronald Reagan ins Lager der Friedensfreunde übergewechselt. Er bietet nun in der Frage der atomaren Mittelstreckenraketen die „Null-Lösung" an.

Und Reagan, der ja das Showbusiness von der Pike auf gelernt hat, sorgte auch dafür, daß die ganze Welt zum Zeugen seiner Wandlung vom Scharfmacher zum Friedensengel wurde. Mehrere Satellitenleitungen für Direktübertragungen waren angemietet worden, damit Millionen Menschen in Westeuropa und anderswo live dabei sein konnten, als er seine „historische Rede" über den amerikanischen Verzicht auf die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen hielt.

„Null-Lösung?"

Der Kern seines Angebots: Die Pershing II und cruise missiles werden nicht in Westeuropa aufgestellt, wenn die Sowjetunion ihrerseits alle bereits aufgestellten Raketen der Typen SS 20, SS 4 und SS 5 verschrottet. Also: Reagan will auf die neuen Atomraketen verzichten. Breschnew will — wie wir ja inzwischen wissen — lieber heute als morgen die sowjetischen Atomraketen abbauen. Kommt sie nun tatsächlich, die große „Null-Lösung"?

In Bonn jedenfalls wurde sie letzte Woche schon vorweg gefeiert. Schmidt persönlich warf sich in die Brust und beanspruchte den Reaganschen Vorschlag als Erfolg des Drängens der Bundesregierung auf konstruktive Schritte in der Atomrüstungsfrage. Schließlich ist ja die „Null-Lösung" eine Erfindung der Bundesregierung, und wenn Reagan nun diesen Begriff übernommen habe, so zeige er damit doch eindrucksvoll, wie töricht das Gerede derjenigen gewesen sei, die dem amerikanischen Präsidenten den Friedenswillen abgesprochen haben.

Peinlich für Schmidt und seine Regierung ist nur wieder einmal die Tatsache, daß die Leute in der Reagan-Gang einfach nicht das Maul halten können. Denn als ihr großer Boß sich auf den Bildschirmen noch als abrüstungsbesessener Friedenspolitiker produzierte, streuten seine Berater schon aus, die Sache sei so ernst nicht gemeint: Man rechne gar nicht damit, daß Moskau auf den von Reagan vorgeschlagenen Handel eingehen werde.

Und wirklich: Aus dem Kreml kam dann auch prompt die Absage an eine „Null-Lösung" nach amerikanischem Muster. Was auch tatsächlich vorherzusehen war. Denn Moskau bietet im Poker um die Mittelstreckenraketen bekanntlich nur ein Moratorium. Das heißt: Bei einem amerikanischen Verzicht auf die Stationierung der im NATO-Beschluß vorgesehenen neuen Raketen wollen die Kremlherren die **weitere** Aufstellung von SS 20 stoppen. Wogegen Reagan jetzt auch den Abbau der **schon aufgestellten** sowjetischen Raketen verlangt, gleichzeitig jedoch die luft- und seegestützten Raketensysteme der NATO in Europa beibehalten will.

So bleibt denn auch nach der „historischen Rede" des amerikanischen Präsidenten alles beim alten. Jede Seite behauptet weiter die Überlegenheit der anderen und verlangt drastische Abrüstungsschritte erst mal bei der Gegenseite. So schieben die Supermächte den Schwarzen Peter hin und her; mit dem schon bekannten Ergebnis, daß beide ihre Atomrüstung kräftig weiter aufstocken.

Neu an der ganzen Sache ist wirklich nur die propagandistische Seite. Reagan, der ansonsten lieber über atomare Warnschüsse oder den auf Europa begrenzten künftigen Atomkrieg redet, versucht sich zur Abwechslung mal in Friedensdemagogie. Das allerdings ist wohl weniger auf die diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung zurückzuführen, als vielmehr auf die Tatsache, daß auch die Reagan-Gang nicht mehr an der mächtigen Friedensbewegung in Westeuropa vorbeisehen kann. Diese Leute mußten inzwischen erkennen, daß es hier nicht nur die Schmidts und Thatchers gibt, die in serviler Unterwürfigkeit **bereit sind, jeden Winkelzug der amerikanischen Kriegspolitik** nachzuvollziehen. Sondern auch einen mächtigen Widerstand gegen diese Politik, der sich in Massendemonstrationen ausgedrückt hat, wie sie Europa seit Jahrzehnten nicht mehr erlebte.

Diesem Widerstand das Wasser abzugraben, ist der eigentliche Zweck der „historischen Rede" von Reagan gewesen. Und das ist auch der Grund dafür, daß diese Rede vom offiziellen Bonn so lautstark bejubelt wurde. Die Friedensbewegung hat also allen Grund, auf ihren Forderungen nach einseitiger Abrüstung zu beharren und vor neuen Manövern aus dem Lager der Regierungsparteien auf der Hut zu sein.

Reagan hat — wie gesagt — nichts anderes getan, als den Schwarzen Peter nach Moskau zurückzuschieben. Daß bei dem mit so viel Propagandawirbel angekündigten „Abrüstungsverhandlungen" zwischen den beiden Supermächten nichts herauskommt — dafür ist von beiden Seiten vorgesorgt worden. Und um noch einmal Schmidt anzuführen: Wie sagte er letzte Woche? Wenn bis 1983 kein Verhandlungsergebnis vorliegt, dann werden die neuen US-Raketen stationiert.

Wir wissen also, woran wir sind.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

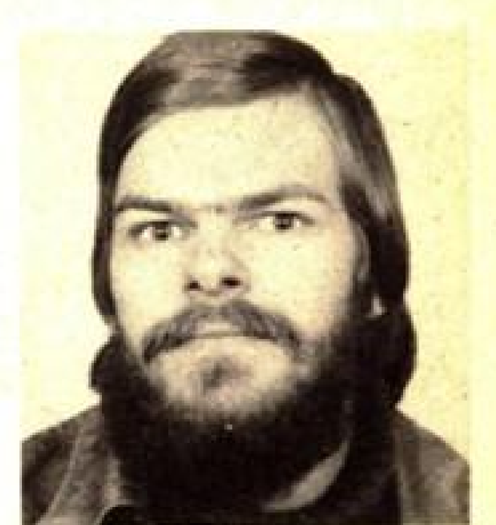
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bei der Solidaritätsaktion in Ostberlin verhaftet:


Karin Wagner


Helmut Stockmar


Franz Schlechter


Werner Kramer

Vor der Abreise

Gespräch mit einem Teilnehmer der Solidaritätsaktion in Berlin

Zwei Tage bevor die Solidaritätsaktion mit den verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR, in Berlin, stattfand, sprachen wir mit einem Genossen der KPD, der sich an dieser Aktion beteiligte. Wir stellten ihm Fragen über die Bedeutung und den Ablauf dieser Aktion.

RM: Wenn ihr nach Berlin, in die DDR, fahrt, um diese Aktion zu machen, was stellt ihr euch als Ergebnis davon vor, welchen Sinn und Zweck hat diese Unternehmung?

Diese Aktion soll vor allen Dingen dazu führen, daß der Tatbestand nun mehr an die Öffentlichkeit kommt, daß er wirklich an die breite Öffentlichkeit kommt. Und zwar eben auch in der DDR. Es ist ja so, daß in der Bundesrepublik kaum darüber berichtet wurde, obwohl dies nach der ersten Aktion des Solidaritätskomitees im Bonner ADN-Büro zugenommen hat. Aber in der DDR wird ja überhaupt nicht darüber berichtet, da soll das alles in aller Heimlichkeit über die Bühne gezogen werden. Und das wollen wir verhindern, dazu wollen wir mit dieser Aktion einen Beitrag leisten. Denn nur, wenn um diese Vorkommnisse nicht mehr geschwiegen wird, dann ist es auch möglich, daß die kommunistischen Oppositionellen in der DDR dort auch einen öffentlichen, einen politischen Prozeß bekommen. Das ist der Hauptgrund für diese Aktion. Natürlich soll damit auch den Genossen in der DDR und den anderen Verhafteten gezeigt werden, daß sie nicht alleine stehen, daß das Schweigen nicht absolut ist, daß die KPD und andere fortschrittliche Menschen für sie eintreten. Das ist ein zweiter Grund.

RM: Wieso dieses Ziel eines öffentlichen, politischen Prozesses?

Es ist doch klar, und das ist es ja auch, was alle erfahren haben, die sich bisher an Solidaritätsaktionen beteiligt haben, und das waren ja nicht wenige: Es verursacht zunächst einmal Erstaunen, wenn man sagt, in der DDR sind Menschen wegen ihrer kommunistischen Haltung eingesperrt.

Und darauf baut ja auch die DDR-Regierung. Auch unter fortschrittlichen Menschen natürlich, wenn sie beispielsweise behaupten, bei ihnen gäbe es ja gar keine politischen Häftlinge. Und es ist ja dann auch so, daß es dort keine politischen Prozesse gibt, sondern solche wegen Zollvergehens, wegen Rowdytums, wegen staatsfeindlicher Hetze und so weiter, Prozesse, unter die alles gefaßt werden kann, was man nicht wagt, als politische Justiz auszugeben.

RM: Das steht ja nun nicht gerade in der Tradition sozialistischer Justiz, auf die man sich ja offiziell durchaus noch beruft.

Nein, sicher nicht, ganz und gar nicht. In einem wirklichen sozialistischen Staat aber wäre ja nicht die Frage der Art und Weise der Prozesse eine vorrangige, die sicherlich ganz anders wäre, sondern vor allen Dingen muß man sich ja ansehen, was da verurteilt wird. Wenn beispielsweise ein parteiloser Arbeiter verurteilt wird, weil er zu einem Kollegen sagte, man müsse das eigentlich machen wie in Polen. Jetzt ganz abgesehen davon, wie man zu Polen steht. Selbst wenn die DDR-Propaganda, die die polnischen Arbeiter ja am lautstärksten angreift, von der Sache her richtig wäre — was sie natürlich nicht ist —, selbst dann wäre es ja eine Sache der politischen Überzeugung, Arbeiter für die Politik der Partei zu gewinnen, und nicht Sache der Justiz, andere Meinungen abzutöten. Und weil aus diesen Dingen innerhalb politischer Prozesse eben für sehr viele Menschen deutlich würde, daß die Angeklagten nichts anderes getan haben, als ihre kommunistischen Überzeugungen zu vertreten, deshalb ist die Justiz in der DDR so krampfhaft bemüht, alle Öffentlichkeit und jeden politischen Charakter fernzuhalten.

RM: Und was meinst Du zur Möglichkeit, daß ihr nun selbst, die Teilnehmer dieser Aktion, ebenfalls festgenommen werden könnt?

Nun, das ist natürlich eine Möglichkeit. Aber erstens, was mich betrifft, als Kommunist, der an dieser Aktion teilnimmt, so bin ich der Meinung, daß es ein risikofreies Handeln nicht gibt. Nicht, daß man Abenteuer sucht, aber wenn bestimmte Aktionen not tun, dann müssen sie gemacht werden. Vor allen Dingen aber meine ich, daß eine öffentliche Protestkaktion in Berlin, durchgeführt von Kommunisten und linken, fortschrittlichen Demokraten, die durch die Staatsorgane der DDR unterdrückt wird, für viele Menschen die Frage, welchen Charakter dieser Staat auf deutschem Boden hat, erneut stellen wird. Es gibt heute durchaus eine ganze Reihe bekannter Demokraten, die dieses Geschehen in der DDR verurteilen, aber es nicht wagen, öffentlich dagegen Stellung zu nehmen, weil sie meinen, dann mit der Reaktion, mit den Faschisten gleichgesetzt zu werden — und daß dies nicht so ist, auch dafür soll dies ein Beweis sein.

RM: Und wie soll diese Aktion nun ablaufen?

Nun, wir werden in Ostberlin, im Stadtzentrum, eine Aktion machen und ihre Dauer möglichst hinausziehen, mit der wir die Bürger der DDR darüber informieren wollen, was in ihrem Staat vor sich geht. Wir werden uns da hinstellen, uns — wie einst Wallraff in Athen — anketten und dabei Flugblätter verteilen, Parolen rufen und ein Transparent entfalten. Wir denken, daß das einiges Aufsehen erregen wird, wir denken, daß diese Aktion nicht ohne weiteres mit Schweigen übergangen werden kann, auch nicht in jenen westlichen Medien, die in der DDR auch bekannt sind. Das weitere wird man dann eben sehen müssen.

RM: Und wenn nun der Vorwurf kommt, ihr würdet aus dem Westen herüberkommen und in der DDR Unruhe stiften oder Rowdytum begehen?

Zum einen sind solche Vorwürfe ja nichts neues für uns, wir kennen sie ja, unter umgekehrten Vorzeichen auch von hier. Zum anderen ist es doch so: Die Tatsachen liegen doch genau umgekehrt. Gerade weil unsere Partei, weil kommunistische Oppositionelle aus der DDR dort ihre Meinung nicht verheimlichen, weil sie für einen echten Sozialismus eintreten, weil sie Bürger der DDR sind, werden sie unter absurden Vorwürfen und unter strengster Geheimhaltung verhaftet. Gerade diese Menschen will man ja zum Schweigen bringen, da ist unsere Aktion doch nur eine kleine Hilfe für deren Kampf. Wenn sie unsere Partei in der DDR nicht verbieten würden, unsere Genossen und andere kommunistische Oppositionelle nicht verhaften würden, dann gäbe es ja diese Aktion gar nicht. Wenn es ein Mindestmaß an politischen Freiheiten für die kommunistische Opposition geben würde, dann wäre eine solche Aktion ja auch gar nicht nötig, aber so ist es ja nun nicht. Und es ist ja auch nach diesen Verhaftungen nicht so, daß damit der Kampf der KPD in der DDR beendet wäre, der wird weitergeführt, daran können Verhaftungen nichts ändern. Wir sind da lediglich Unterstützer für berechtigte Anliegen.

RM: Dann wünschen wir euch abschließend noch viel Glück und viel Erfolg.

Exbankier Poullain freigesprochen

Million im Koffer

Man stelle sich vor: Da gibt es einen geldgierigen Bankier, Boß einer dem „Gemeinwohl" verpflichteten öffentlich-rechtlichen Bank. Der Mann denkt jedoch nicht ans Gemeinwohl, sondern an sein ganz persönliches Wohl. Für die Vermittlung eines dubiosen Kreditgeschäfts läßt er sich mit einer Million in bar löhnen. Aber das bricht ihm das Genick. Ein furchtloser Richter verdonnert ihn unnachgiebig zu einer drastischen Gefängnisstrafe. Unser Bankier muß seine schöne Villa mit Seeblick verlassen und in den Knast gehen.

Zu schön, um wahr zu sein. Solche Geschichten gibt es allenfalls im Film oder in Romanen. Obwohl die handelnden Personen durchaus mitten aus dem Leben gegriffen sind. Bei dem Bankier handelt es sich um Ludwig Poullain. Unter seiner Regie wurden 1969 die Landesbank für Westfalen und die Rheinische Girozentrale und Provinzialbank zur Westdeutschen Landesbank (WestLB) fusioniert.

Poullain wurde ein mächtiger Mann. Sein Rat, so konnte man immer wieder hören, war nicht nur bei der Landesregierung von NRW, sondern auch in Bonn gefragt. Was ja nichts anderes heißt, als daß er dort die Politik mit beeinflußte. Schließlich war seine WestLB auch nicht eine private Geschäftsbank wie etwa die Deutsche Bank. Sondern sie war als öffentlich-rechtliche Institution sozusagen die Staatsbank der NRW-Regierung und in ihrer Satzung nicht dem privaten Gewinnstreben, sondern dem „Allgemeinwohl" verpflichtet.

Das, was dann später die Poullain-Affäre genannt wurde, kam 1972 ins Rollen. Am 16. Juli dieses Jahres empfing der Bankboß in seiner Villa am Aasee in Münster den Grundstücks- und Finanzmakler Franz-Josef Schmidt. Der Besucher hatte auch ein kleines Geschenk dabei: einen Koffer, prall gefüllt mit großen Scheinen — eine runde Million Mark. Später bekam Poullain dann noch einmal einen Nachschlag in Höhe von 100 000 Mark. „Beraterhonorare" sollen das gewesen sein. Tatsächlich aber ging es um ganz andere Dinge.

Schmidt steckte finanziell in der Klemme. Und Poullain machte einen 31-Millionen-Kredit bei der WestLB für ihn locker. Das wäre wohl kaum weiter aufgefallen, wenn jener Schmidt nicht alsbald Pleite gemacht hätte und ein Verfahren wegen des Verdachts auf betrügerischen Bankrott gegen ihn eröffnet worden wäre. Dabei fanden sich dann Unterlagen über das großzügige Geschenk an den WestLB-Boß. Poullain mußte sich einem Gerichtsverfahren unterziehen. Die Vorwürfe: Bestechlichkeit und Untreue in Tateinheit mit Betrug. 21 Monate ohne Bewährung forderte die Staatsanwaltschaft.

Die Anklage wegen Bestechung wurde damit begründet, daß Poullain als Chef einer öffentlich-rechtlichen Bank ja ein Amtsträger und somit strafrechtlich einem Beamten gleichzustellen sei. Diese offensichtliche Tatsache aber wischte das Gericht bei seiner Urteilsverkündung einfach beiseite. Auch die übrigen Punkte der Anklage wurden abgewiesen. Poullain konnte als freier Mann den Gerichtssaal verlassen.

Wie gesagt: Daß der fiese Bankier seine gerechte Strafe bekommt und im Gefängnis landet, so etwas gibt es höchstens im Film. Das wirkliche Leben dagegen hält für einen Mann wie Poullain stets ein Happyend bereit.

70 000 kamen zur DGB-Demonstration

Fortsetzung von Seite 1

Saba trugen zum Beispiel ein Transparent mit der Aufschrift: **„Kein Lohnverzicht für die Aufrüstung"**.

Die Entschlossenheit, gegen den von Regierung und Kapital verlangten Lohnverzicht zu kämpfen, wurde häufig zum Ausdruck gebracht, so etwa in der Losung: **„Lohnabbau, das ist nicht drin — sonst schmeißen wir die Arbeit hin"**. Nicht zuletzt richtete sich der Protest auch gegen den Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten und gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Vielfach wurde wieder die Forderung nach der **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** erhoben.

Auf der Schlußkundgebung übte einer der Hauptredner, Franz Steinkühler, scharfe Kritik an der Politik der SPD (in der Steinkühler selbst die Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg einnimmt): *„Wohin gehen Sozialdemokraten, daß sie jetzt prüfen, wie man am zweckmäßigsten die Arbeitnehmer um den Erfolg ihrer mühsam erstreikten Sicherheit bringt?"*

Wie nicht anders zu erwarten, nährte Steinkühler aber gleichzeitig Illusionen in diese Partei und ihre arbeiterfeindliche Führung, indem er die sozialdemokratische Regierungsmehrheit in Bonn aufforderte, *„endlich wieder eine Politik für Arbeitnehmer zu machen"*. Was heißt denn hier „wieder"?! Wann hat denn je eine SPD-Regierung die Interessen der Arbeiterklasse vertreten?

Steinkühler sprach andererseits den versammelten Gewerkschaftern aus der Seele, als er unter stürmischem Beifall sagte, die Millionen Arbeiter, die dieses Land aufgebaut haben, seien *„keine Bittsteller, es sind hart arbeitende, selbstbewußte Frauen und Männer, die wissen, was ihnen zusteht, und die für ihren sozialen Besitzstand kämpfen werden."*

Im nächsten „Roten Morgen" werden wir noch einmal auf die Stuttgarter Demonstration und ihre Bedeutung eingehen.



„Uns ist nichts mehr zuzumuten — jetzt sollen mal die Reichen bluten". — So lautete eine Sprechparole auf der Demonstration der 70000 Gewerkschafter gegen Sozialabbau und Lohnraub am letzten Samstag in Stuttgart.

RGO druckt IGM-Flugblatt gegen Sozialabbau nach

„Genau das brauchen wir jetzt"

KASSEL. — Die machtvolle Demonstration der 70000 in Stuttgart beweist die große Bereitschaft der Gewerkschaftsbasis zum Widerstand gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Um zu erreichen, daß der DGB ähnliche Aktionen auch in den anderen Bundesländern organisiert, ließ der Zentrale Vorstand der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) ein Flugblatt der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall, das zu der Demonstration vom letzten Samstag aufrief, nachdrucken.

Aus dem Flugblatt der Stuttgarter IG Metall, das außergewöhnlich konsequent den durch die Bundesregierung eingeleiteten Sozialabbau anprangert und zum Widerstand gegen ihn aufruft, hatten wir im letzten „Roten Morgen" (Nr. 43/81) Auszüge abgedruckt. Der Zentrale Vorstand der RGO hat nun dieses Flugblatt in einem verkleinerten Faksimile-Nachdruck für die Verbreitung in den anderen Bundesländern herausgebracht. In einem einleitenden Text des Zentralen RGO-Vorstands auf dem Flugblatt heißt es:

„Dieses Flugblatt stammt nicht von uns. Wir haben es nur nachgedruckt, auf die Hälfte verkleinert und in 50000 Exemplaren herausgegeben. Auf eigene Kosten versteht sich (...) Wir meinen, was da in Stuttgart angekurbelt wird — nämlich eine breite gewerkschaftliche Kampagne gegen den Sozialabbau, gegen die zunehmenden Angriffe auf uns Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, mit Demonstrationen, Kundgebungen usw. —, das kann und muß auch woanders laufen."

Inzwischen hat das IGM-Flugblatt auch in Bonn Furore gemacht. Bundesfinanzminister Matthöfer — der nicht nur ein Parteifreund des Stuttgarter IGM-Bezirksleiters Franz Steinkühler ist (Steinkühler ist stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, sondern auch ein ehemaliger hoher IGM-Funktionär —, beschwerte sich in einem acht Seiten langen Brief bei dem *„lieben Kollegen Steinkühler"*.

Das Flugblatt, so beklagte sich Matthöfer, unterstelle der Bundesregierung *„betrügerische und sozialfeindliche Haltung"*; es wolle *„durch Aufmachung und Maßlosigkeit der Sprache offenbar feindselige Gefühle wecken"* usw. usf.

Nun brauchen „feindselige Gefühle" gegen die skrupellosen Bonner Sozialdemontierer bei den Arbeitern wahrhaftig nicht mehr geweckt zu werden. Dafür sorgen schon Matthöfer und Konsorten selbst!

Das besagte IGM-Flugblatt unterscheidet sich allerdings dadurch von den üblichen Äußerungen und Publikationen zum gleichen Thema aus dem Kreise führender DGB-Bonzen (etwa eines H.O. Vetter), daß die Dinge nicht beschönigt und verharmlost werden und, daß auch klar ausgesprochen wird, daß sich die Sparmaßnahmen ausschließlich gegen die arbeitende Bevölkerung richten, während den Reichen, den Konzernherren, sogar noch zusätzliche Steuervergünstigen und Subventionen in den Rachen geworfen werden. Und es wird in dem Flugblatt auch zu konkreten Schritten des Widerstands gegen diesen Generalangriff auf die Arbeiterklasse aufgerufen.

Die Reaktion Matthöfers zeigt nur, wie sehr die Herren in Bonn einen ernsthaften und konsequenten gewerkschaftlichen Kampf gegen ihre brutalen Sparpläne fürchten.

Arbeitslose und Umschüler setzen sich zur Wehr!

Je mehr die Angriffe der Regierung auf die sozialen Errungenschaften zunehmen, desto deutlicher wird es auch, daß sich hier zunehmend der Widerstand formiert.

Arbeitsloseninitiativen aus 16 Städten der Bundesrepublik tagten Mitte Oktober zusammen mit dem kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt. Auf dieser Tagung wurde entschieden gegen die Kürzung des Arbeitslosengeldes protestiert.

Einen ähnlichen Protest arbeitsloser Werktätiger gab es auch in Bremen, wo zusammen mit Vertretern des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gegen die Angriffe auf die Sozialhilfe protestiert wurde und ebenfalls die Beleidigung der Arbeitslosen zurückgewiesen wurde.

Am Berufsbildungszentrum in Köln kündigten Ende Oktober rund 450 Umschüler einen Unterrichtsboykott an: Damit soll gegen die Kürzung des Unterhaltsgeldes von 80 auf 68 Prozent protestiert werden, wonach also ein Umschüler nur noch Arbeitslosengeld erhält. Auch die Förderungsberechtigung soll eingeengt werden — dagegen gab es auch in Essen und anderen Städten Proteste.

Auf der 4. Umschülerkonferenz in Köln wurden die Proteste und Forderungen der Betroffenen zusammengefaßt und unterstrichen, daß rund 140000 Menschen davon betroffen sind.

Gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung

6000 Textiler demonstrierten in Tübingen

TÜBINGEN. — Am vorletzten Samstag erlebte Tübingen seine seit Jahrzehnten größte Arbeiterdemonstration. Dem Aufruf der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) zum Protest gegen die Arbeitsplatzvernichtung waren rund 6000 Kolleginnen und Kollegen gefolgt.

Unsere Tübinger Genossen berichten von dieser Demonstration: „Am letzten Samstag fand in Tübingen eine sehr kämpferische Kundgebung auf dem Tübinger Marktplatz mit anschließendem Protestmarsch statt. Aus dem Raum Tübingen/Reutlingen/Ebingen/Balingen waren die Kollegen mit Bussen zur Demonstration nach Tübingen gekommen. Es ging gegen den Raub an Arbeitsplätzen in der Textilindustrie."

350000 Arbeitsplätze sind seit 1969 in der Bundesrepublik und Westberlin in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet worden. Abertausende von Kolleginnen und Kollegen wurden durch Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen in sogenannte Billiglohnländer auf die Straße geworfen, damit die Textilkapitalisten ihren Profit steigern konnten. Von den noch existierenden 500000 Textilarbeitsplätzen droht nun weiteren mehr als 200000 die Vernichtung.

Die machtvolle Protestaktion in Tübingen beweist, daß die Frauen und Männer, die in diesem Industriezweig beschäftigt sind, nicht mehr dulden wollen, daß ihre Existenz zerstört wird. So schrieb die Zeitung „Schwäbisches Tagblatt": „Die Demonstration lehrte eines ganz deutlich: Die Menschen in der Textilindustrie sind kämpferisch geworden. Die Sorge um den Arbeitsplatz bringt auch den letzten dazu, seine Sache selbst in die Hand zu nehmen."

Die Gewerkschaftsführung jedoch orientiert den Protest der Textiler in eine völlig falsche Richtung. Gemeinsam mit den Textilunternehmern fordert sie ein neues Welttextilabkommen, in dem eine Senkung der gegenwärtigen Steigerungsrate von Textilimporten von bisher 6 auf 1,5 Prozent festgelegt werden soll.

Mit dieser Forderung werden die Arbeiterinnen und Arbeiter doch vor den Karren der Arbeitsplatzvernichter gespannt, anstatt zu einer mächtigen Kampffront gegen diese vereint!

Gerade die hiesigen Textilkapitalisten betreiben hemmungslos Kapitalexport in die Entwicklungsländer, wo sie die dortigen Hungerlöhne ausnutzen. Sie reimportieren dann mit großem Profit die in ihren dortigen Fabriken „kostengünstig" produzierten Waren. Unsere Tübinger Genossen berichten uns dazu folgendes Beispiel:

„Von den damals 1200 Beschäftigten der Tübinger Frottierweberei Egeria wurden im letzten Sommer 100 auf einen Schlag und weitere 100 nach und nach entlassen. Als Grund wurde angegeben: Konkurrenz aus Billiglohnländern, die es notwendig mache, zu rationalisieren. Verschwiegen aber wurde, daß Egeria selbst bereits vor fünf Jahren einen Teil seiner Produktion nach Mauritius im indischen Ozean verlagert hatte. Egeria hatte dort ein neues Werk (Spinnerei und Weberei) errichtet."

Die Tübinger Genossen berichten ferner, daß Genossen der Partei vor und während der Kundgebung die Extrablätter des „Roten Morgen" gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn verteilt haben. „Alle Genossen waren überrascht, wie interessiert die Kollegen waren."

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

11. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute

Loderer predigte Loyalität zur Bonner Regierung

Delegierter: „... endlich wie in Stuttgart handeln"

FRANKFURT. — In der vergangenen Woche fand in Frankfurt die 11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall statt. Auf der Tagung war zwischen dem IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer und der Mehrheit der Delegierten nicht viel an Übereinstimmung zu spüren. Loderer sprach sich auf dieser Konferenz unverhüllt dafür aus, daß die Gewerkschaften auf den Kampf gegen die Bonner Rotstiftpolitik verzichten müßten.

Auf der Konferenz, auf der 373 Delegierte die rund 150000 Vertrauensleute der IG Metall vertraten, standen folgende Themen im Mittelpunkt: Die Lohnpolitik und die Tarifrunde 82; die Bonner Sparbeschlüsse und die Haltung der Gewerkschaften dazu; und schließlich das Verhältnis des DGB zur Friedensbewegung und zum Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß.

Was die Tarifrunde betrifft, so wurde massiv Kritik an der Absicht des IGM-Vorstands geübt, die Forderung nach der Tarifrente gegen die Lohnforderung auszuspielen und dadurch den Kampf gegen einen weiteren Abbau der Reallöhne abzuwiegeln. Scharf kritisiert wurde auch die Absicht, die Tarifrente gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auszuspielen. Der für die Tarifpolitik im geschäftsführenden Hauptvorstand zuständige Hans Janßen versuchte diese Absicht allerdings abzustreiten.

Besonders viel Kritik wurde an der Haltung der IGM-Führung zur Friedensbewegung geübt, im Besonderen zur Friedensdemonstration vom 10. Oktober in Bonn. Loderer gab in diesem Zusammenhang übrigens bekannt, daß seines Wissens bisher erst 470000 Unterschriften für den DGB-Friedensaufruf gesammelt worden sind. Geradezu lächerlich blauäugig mutete Loderers Lamento an, dies sei ein Trauerspiel und er verstehe gar nicht, warum alle der Bonner Friedensdemonstration zustimmten, „nur beim DGB ist nichts vom Fleck zu bewegen".

Wie sollten sich denn die aktiven Gewerkschafter für einen Friedensaufruf begeistern, der Frieden und Abrüstung zwar in allgemeinen Phrasen beschwört, konkret aber als Unterstützung für die Bonner Raketenkoalition und den NATO-Beschluß interpretierbar ist?

Gewerkschaftspolitisch wichtig an Loderers Ausführungen auf der Konferenz war vor allem seine Stellungnahme zum Kampf gegen die Bonner Sparbeschlüsse. Allerdings nicht im positiven, sondern in negativem Sinne. Loderer trat hier zum ersten Mal ganz offen dafür ein, daß die Gewerkschaften den Widerstand gegen die Rotstiftpolitik der sozial-liberalen Koalition einstellen müßten, weil dadurch das Bestehen dieser für die Arbeiterschaft angeblich wertvollen Regierung gefährdet werde. Loderer forderte ausdrücklich, daß auf weitere gewerkschaftliche Massendemonstrationen nach Stuttgarter Vorbild verzichtet werden müsse.

Ein Delegierter nannte Loderers Rede eine „Mai-Andacht". Mehrere Delegierte kritisierten heftig Loderers Forderung nach Loyalität gegenüber der Regierung. Der Rotstiftpolitik müsse vielmehr von den Gewerkschaften endlich mehr entgegengesetzt werden als nur Wortkritik. Ein Delegierter aus Frankfurt sagte:

„Unsere Worte haben inzwischen einen inflationären Charakter. Jetzt muß wie in Stuttgart mit der Massendemonstration endlich gehandelt werden."



In Hamburg demonstrierten am letzten Samstag mehr als 12000 Menschen gegen die Rotstiftpolitik des Hamburger Senats im Sozialbereich. Aufgerufen hatte zu der Demonstration die „Gruppe Aufschrei", die sich mit der Situation in Kindertagesstätten und in der Sozialpädagogik beschäftigt. Sprechparolen der Demonstration lauteten: „Haut den Senatoren den Rotstift um die Ohren"; „In der Rüstung seid ihr fix, für die Kinder tut ihr nix" usw. Auf Transparenten hieß es zum Beispiel: „Spart an Bomben, aber nicht am Kindergeld"; „Sparen in der Rüstung: Okee — am Kindergarten nee". Die Demonstration wurde vom DGB und den Einzelgewerkschaften offiziell ignoriert. Jedoch waren sehr viele Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen unter den Demonstranten.

Neue Betriebszeitungen der Partei

„Zündstoff" — Zeitung der KPD für KKK Frankenthal

In der vergangenen Woche wurde zum ersten Mal der „Zündstoff", Betriebszeitung der KPD für KKK Frankenthal verteilt. Frankenthal ist eine Stadt in der Nähe von Ludwigshafen. KKK Frankenthal (KKK steht für die Namen der Firmeninhaber Kühnle, Kopp und Kausch) ist ein Metallbetrieb mit ca. 1500 Beschäftigten. Hergestellt werden hier Turbinen, Gebläse und Turbogebläse sowie Turbolader. Im folgenden einer der Beiträge aus der ersten Ausgabe des „Zündstoff":



Es weihnachtet sehr...

... dieser Spruch wird viele daran erinnern, daß die Lohntüte bald wieder etwas mehr gefüllt ist. Viele werden aber auch ein bißchen neidvoll auf die Kollegen anderer Betriebe blicken, die statt den ausgehandelten 80 Prozent des Buttolohnes ein ganzes Monatsgehalt erhalten werden. Warum war es bei KKK nicht möglich, der Forderung des Betriebsrates nach einem 13. Monatsgehalt nachzukommen? Es war doch auch möglich, eine Dividende von 15 Prozent auszuschütten!

Einige werden jetzt sagen, wir haben ja bereits eine Lohnerhöhung von 4,9 Prozent erhalten. Doch legt man die Preissteigerungen der letzten Monate zugrunde — was bleibt dann noch übrig?

Ein 13. Monatsgehalt, für kommende Jahre durch Betriebsvereinbarung abgesichert, würde sicher dazu beitragen, den Reallohnverlust etwas zu mindern.

Erinnert und unterstützt den Betriebsrat an unsere Forderung nach 100 Prozent Weihnachtsgeld!

Die erste Ausgabe des „Zündstoff" enthält ferner Beiträge zum Sozialabbau, über schlechte Arbeitsbedingungen, sowie eine nicht richtig funktionierende Klimaanlage im Bürogebäude, über die Rationalisierung und ihre Folgen für die Belegschaft von KKK. Außerdem haben die Genossen aus dem „Roten Morgen" den Artikel „Große wirtschaftliche Erfolge — neue große Pläne" übernommen, der über die wirtschaftliche Entwicklung des sozialistischen Albanien berichtet.

„Wir sind enttäuscht über das Verhalten der ÖTV"

Resolution der kolumbianischen Seeleute

Auch nach Streikabbruch brauchen die Kollegen unsere Solidarität

HAMBURG. — Nach viermonatigem Streik mußten die kolumbianischen Seeleute auf den 17 in aller Welt verstreuten bestreikten Frachtern ihren Kampf abbrechen. Es ist ihnen aufgrund mangelnder Unterstützung durch den Internationalen Transportarbeiterverband ITF und durch Gewerkschaften wie die ÖTV nicht gelungen, auch nur eine ihrer Forderungen durchzusetzen (siehe auch RM Nr. 46/81, Seite 12). Ihr jetzige Lage nach Abbruch des Streiks und die Erfahrungen ihres Kampfes haben die Seeleute der beiden bestreikten Frachter, die im Hamburger Hafen lagen, in einer Resolution zusammengefaßt. Auch bitten die Kollegen darum, daß weiterhin Solidarität mit ihnen geübt wird, auf die sie auch jetzt noch angewiesen sind. Spenden können eingezahlt werden auf das Solidaritätskonto

Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Kto.Nr.: 1238/538563 Raul Torrenegra

Die Delegiertenversammlung der Hamburger Druck und Papier und die Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg haben Anträge beschlossen, in denen die Orts- bzw. Landesverbände dieser Gewerkschaften zu konkreten Solidaritätsmaßnahmen finanzieller und anderer Art verpflichtet werden, so auch zur Bildung einer Kommission, die wegen zu befürchtender Repressionen mit den zurückgekehrten Seeleuten in Kolumbien Kontakt hält. Die Hamburger GEW hat bereits für jeden der 58 kolumbianischen Seeleute, die in Hamburg lagen, 200 Mark (also einen Gesamtbetrag von 11600 Mark) übergeben.

Im folgenden nun der vollständige Text der Resolution der kolumbianischen Seeleute:

Nach vier Monaten Streik sind wir, die Seeleute der Ciudad de Medellin und der Ciuda de de Manizales, wie auch die Seeleute der anderen bestreikten Schiffe, gezwungen, ohne auch nur eine Forderung gegenüber unserer Reederei, der Flota Mercante Grancolombiana, durchgesetzt zu haben, den Streik abzubrechen und nach Kolumbien zurückzukehren.

Die Reederei hat uns zwar die mündliche Zusicherung gegeben, daß wir bei unserer Rückkehr keinen Repressionen ausgeliefert sein werden, aber schriftlich wollte sie uns dieses Zusage nicht machen. Die kolumbianische Regierung schweigt, seitdem sie unseren Streik für illegal erklärte und uns mit Gefängnis, Geldstrafen und andere Repressalien drohte. Wir wissen nicht, was passiert mit uns und unseren Familien, wenn wir nach Kolumbien zurückkehren.

Obwohl wir aufgrund unserer negativen Erfahrungen mit internationaler Solidarität von seiten der Gewerkschaften wie ITF und ÖTV kaum mehr Hoffnung auf direkte Hilfe haben, bitten wir, wie wir es von Streikbeginn an getan haben, uns gerade jetzt zu unterstützen. Der Streik ist zuende, nicht aber der Konflikt mit unserer Reederei und der kolumbianischen Regierung. 120 unserer Kollegen sind z.B. schon entlassen und wir haben keine Zusicherung, daß sie nach Streikabbruch wieder eingestellt werden.

Nur die ausländische Öffentlichkeit kann unsere Regierung unter Druck setzen und sie von Repressionsmaßnahmen abhalten. Wir bitten deshalb Gewerkschaften und deren Mitglieder hier in der Bundesrepublik um die Gründung einer Kommission, die zu uns und unserer Gewerkschaft, der UNIMAR, in Kontakt bleibt, Reederei und kolumbianische Regierung auffordert, keine Repressalien gegen uns anzuwenden und die weitere Entwicklung öffentlich macht. Darüberhinaus bitten wir amnesty international, uns zu unterstützen.

Wir sind enttäuscht über das Verhalten von ITF und ÖTV, darüber, daß ein weltweiter Boykott der als Streikbrecher eingesetzten kolumbianischen Charterschiffe nicht durchgesetzt wurde, aber auch darüber, daß die ÖTV hier in Hamburg keinen Boykottversuch unternommen hat — auch ohne direkte Weisung von der ITF. Immerhin ist die BRD der größte Handelspartner Kolumbiens und allein hier in Hamburg sind 13700 Hafenarbeiter in der ÖTV organisiert.

Vor unseren Augen wurden kolumbianische Charterschiffe gelöscht, während die ÖTV behauptete, unseren Streik zu unterstützen. Unseres Erachtens hat die ÖTV nichts getan, um die Hafenarbeiter über ihre konkreten Solidaritätsmöglichkeiten zu informieren, geschweige denn, sie zu konkreter Hilfe anzuleiten. Im Gegenteil: viele Privatinitiativen, einzelne Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen haben die ÖTV unter Druck gesetzt. Nach vier Monaten richtete sie dann ein Spendenkonto ein, weigerte sich aber, dieses aufgrund eines offiziellen Beschlusses zu tun, geschweige denn, unsere Bitte nach kontinuierlicher finanzieller Hilfe nachzukommen.

Ohne Gehalt und ohne Streikgeld haben unsere Familien und wir vier Monate lang den Mut nicht verloren und gekämpft. Wir konnten aber nicht verstehen, daß die Gewerkschaft in einem der reichsten Länder der Welt unsere Not nicht wahrhaben wollte und immer nur formalistisch-bürokratisch argumentierte, wenn wir um Unterstützung baten. Die 200 Mark, die jedem von uns von der ÖTV nach vier Monaten „geschenkt" wurden, empfanden wir zwar dankbar als Zeichen des guten Willens einer größeren Zahl von ÖTV-Mitgliedern, sie waren jedoch nach der langen Zeit weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein, und auch nicht verbunden mit der Zusage, uns von da an kontinuierlich finanziell zu unterstützen.

Was waren diese 200 Mark angesichts der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten in Kolumbien höher sind als hier in der Bundesrepublik und unsere Frauen und Kinder seit vier Monaten keinen Pfennig Unterstützung hatten!

Umso größer ist unser Dank all jenen gegenüber, die ohne offizielle Stellungnahmen konkret Hilfe leisteten, uns hier auf den Schiffen besuchten, uns Kleidung und Geld schenkten und bei ihren Kollegen für die Solidarität mit unserem Kampf geworben haben. Dem Unterstützungskomitee, Privatpersonen, engagierten Journalisten, dem Zentralen und Con-Filmverleih, verschiedenen Organisationen und Einzelgewerkschaftern wie einzelnen Gewerkschaftsgruppen gilt unser Dank.

Wir vertrauen auf das Interesse dieser Öffentlichkeit an unserem weiteren Schicksal und darauf, daß sie Einfluß auf ihre eigenen Gewerkschaften wie auch auf die bundesdeutsche Regierung bekommt, und sie von der Notwendigkeit internationaler Solidarität überzeugt.

Die kolumbianischen Seeleute

DGB-Führer blockieren Widerstand gegen Sozialabbau und Lohnraub

Wird in Bonn ein „Sozialpakt" eingefädelt?

Spitzengespräche am laufenden Band / Loderer fordert Stillhalten der Gewerkschaften

BONN/Düsseldorf. — Als in der vorletzten Woche die Sparbeschlüsse durch den Bundestag gepeitscht wurden, machten die DGB-Führer keinerlei Anstalten, die gewerkschaftliche Basis zu mobilisieren. Vielmehr demonstrierten sie am Vorabend der Verabschiedung im Bundestag bei einem „Spitzengespräch" im Kanzler-Bungalow ihre sozialpartnerschaftliche Kumpanei mit Regierung und Unternehmern. Inzwischen wird immer deutlicher, daß die DGB-Führung auf einen „Krisenpakt" hinarbeitet, der die Gewerkschaften zum totalen Stillhalten gegenüber Sozialabbau und Lohnraub verpflichten soll.

Noch vor einigen Wochen hörte man von den DGB-Führern, nicht zuletzt von Vetter, Loderer und Kluncker, wortradikale Sprüche gegen die Bonner Sparbeschlüsse. Das ging bis zu Streikdrohungen. Kluncker kündigte sogar definitiv einen Arbeitskampf der ÖTV an, falls die Pläne zur Kürzung der Einkommen um die Prozent im öffentlichen Dienst nicht zurückgenommen würden. Davon ist jetzt plötzlich keine Rede mehr!

Inzwischen haben die gleichen Gewerkschaftsführer auf ganz andere Töne umgeschaltet. Das fällt insbesondere seit der Stuttgarter Demonstration der 70 000 auf, die schlagartig verdeutlicht hat, wie stark sich die Bereitschaft zum Kampf gegen den Sozialabbau in den Betrieben entwickelt hat.

Inzwischen erklären die Vetter, Loderer und Kluncker das Stillhalten geradezu zur ersten Gewerkschaftspflicht, ansonsten sei der Bestand der sozial-liberalen Koalition in Bonn gefährdet, die angeblich für die Arbeiter so wertvoll sein soll.

So rief der IGM-Chef Loderer in seiner Rede auf der 11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Frankfurt in der vergangenen Woche eindringlich zur Loyalität mit der Bundesregierung auf. Man müsse bei aller Kritik an der Sparpolitik *„die Kirche im Dorf lassen"*. Loderer wandte sich ausdrücklich gegen weitere Aktionen nach Stuttgarter Vorbild: *„Massendemonstrationen des DGB bedeuten jetzt unweigerlich das Ende der Regierung"*. Da die politische Alternative in Bonn nur rechts stehe, sei jeder Kampf gegen die Regierung „Träumerei" oder „politische Falschspielerei".

Die „Frankfurter Rundschau" nannte diese Stellungnahme Loderers *„eine offene Unterstützung Loderers für die sozial-liberale Bundesregierung"* und konstatierte, Loderer sei *„bemüht, in seiner eigenen Organisation die wachsenden Widerstände gegen die Bonner Sparpolitik und den zunehmenden Unmut über Sozialdemokraten in der Bundesregierung zu dämpfen"*.

Aber die DGB-Führer beschränken sich nicht mehr darauf, den Unmut zu dämpfen und zum Stillhalten aufzurufen. Sie sind bereits im Begriff, einen regelrechten „Krisenpakt" mit den Unternehmern und der Regierung einzugehen, der jeden gewerkschaftlichen Widerstand gegen Sozialabbau und Lohnraub abblocken und die Gewerkschaften an die Kette legen soll.

So trafen die DGB-Führer am Donnerstag vergangener Woche in Bonn zu einem sogenannten „Krisengespräch" mit dem Bundeskabinett zusammen. In den kommenden Wochen sollen weitere derartige Krisengespräche mit allen Bundestagsfraktionen der Bonner Parteien sowie mit den Unternehmerverbänden und mit der Bundesbank folgen.

Diese Gespräche sind keineswegs nur auf unverbindlichen Meinungsaustausch gerichtet. Vielmehr dienen sie — wie DGB-Chef Vetter bereits vor Wochen in einem Interview mit der „Bild"-Zeitung angekündigt hatte und wie jetzt auch von der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle" bestätigt wurde — dazu, ein *„gemeinsames Krisen-Programm" zu entwickeln, „das von allen getragen wird"*. Dabei — so Vetter — müßten wir sehen, *„ob wir nicht überall Abstriche machen können, bis die Wirtschaft wieder Tritt gefaßt hat"*. Die Gewerkschaften wären bereit — betonte Vetter — mit sich *„über alle Punkte reden zu lassen, auch über solche, die uns weh tun könnten"*.

Vetter sprach konkret davon, daß die Gewerkschaften zu Lohnverzicht und zur Tolerierung der Bonner Rotstiftpolitik bereit seien, falls kurzfristig eine Million Arbeitslose eingestellt würden.

Natürlich wäre es äußerst wünschenswert, wenn tatsächlich eine Million arbeitsloser Kollegen wieder einen vernünftigen Arbeitsplatz erhielten. Nur, woher bezieht Vetter eigentlich den naiven Glauben, daß Derartiges von Seiten der Unternehmer tatsächlich zu erwarten wäre? Daß die Unternehmer **freiwillig die Arbeitslosigkeit abbauen, ist doch eine Vorstellung,** die mit der harten Realität des Kapitalismus überhaupt nichts zu tun hat!

Und selbst wenn dem nicht so wäre, müßte man doch fragen, warum denn ausgerechnet die Arbeiterschaft den Gürtel noch enger schnallen solle, während die Kapitalisten immer reicher werden?

Das Recht auf Arbeit läßt sich nicht durch einen Kuhhandel erschachern. Solche Vorstellungen sollen nur den Widerstandsgeist der Arbeiterschaft zersetzen. Sie sollen Illusionen über einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise schüren, den es nicht gibt.

Was allerdings weniger utopisch ist, das ist die Bereitschaft eines Vetter oder Loderer, unter Umständen für einen ungedeckten Scheck auf die angebliche Schaffung neuer Arbeitsplätze einen Lohnverzicht zu akzeptieren.

Inzwischen haben ausgerechnet die als extrem arbeiterfeindlich berühmten und berüchtigten „vier Weisen" (bis zum Austritt des DGB-orientierten Werner Glasstetter waren es „fünf Weise") in ihrem Jahresgutachten zur wirtschaftlichen Situation 1981/82 den von Vetter geworfenen Ball aufgefangen. Sie fordern eine „beschäftigungspolitische Initiative", durch die angeblich mindestens eine Million Arbeitplätze geschaffen werden, und die „Vorrang erhalten soll vor der Steigerung der Tariflöhne".

Die „Frankfurter Rundschau" kommentiert den spektakulären Vorschlag des Sachverständigenrates so:

Dies sei ein *„Beschäftigungspakt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, bei dem für die bloße Zusage zur Schaffung neuer Arbeitsplätze die Arbeitnehmer mit Lohnzurückhaltung Vertrauensvorgaben zu leisten hätten"*.

Hier wird offensichtlich ein großes Betrugsmanöver gestartet, bei dem die Arbeiterschaft mit verlogenen Versprechungen von angeblichen Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zum freiwilligen Lohnverzicht verleitet werden soll. Und die DGB-Führer scheinen bereit, ein solches Betrugsmanöver mitzutragen.

Es ist schon seit längerem zu beobachten, daß die DGB-Führer die Frage eines sogenannten „Beschäftigungsprogramms" (das vor allem staatliche Investitionsanreize für die Unternehmer beinhaltet) systematisch in den Vordergrund spielen. Es wird so getan, als sei ein solches Programm ein gewerkschaftliches Ziel im Kampf gegen die wachsende Arbeitslosigkeit. Auch die bürgerlichen Medien haben diese Frage hoch gespielt.

Dabei zeigen doch die bisherigen Erfahrungen mit derartigen Investitionsprogrammen eindeutig, daß dadurch nicht hauptsächlich Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden, sondern daß sie im Gegenteil die Unternehmer zu vestärkten Rationalisierungsinvestitionen anreizen und damit zur weiteren Arbeitsplatzvernichtung.

Alle bisher in die Diskussion gebrachten beschäftigungspolitischen Programme, das von der DGB-Führung geforderte, als auch das von den „vier Weisen" vorgeschlagene, ändern überhaupt nichts an den ungeheuren Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzügen der Unternehmer in der Privatwirtschaft und auch im öffentlichen Dienst. Sie dienen schlicht zur Täuschung der Arbeiter- und Angestelltenschaft.

Ebenso wenig ist Lohnverzicht und der Verzicht auf den konsequenten gewerkschaftlichen Kampf für die Verteidigung von Arbeiterinteressen ein Weg, um die kapitalistische Wirtschaft aus der Krise zu hieven. Das alles ist ein ungeheuerlicher Betrug zur Lähmung des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Massen.

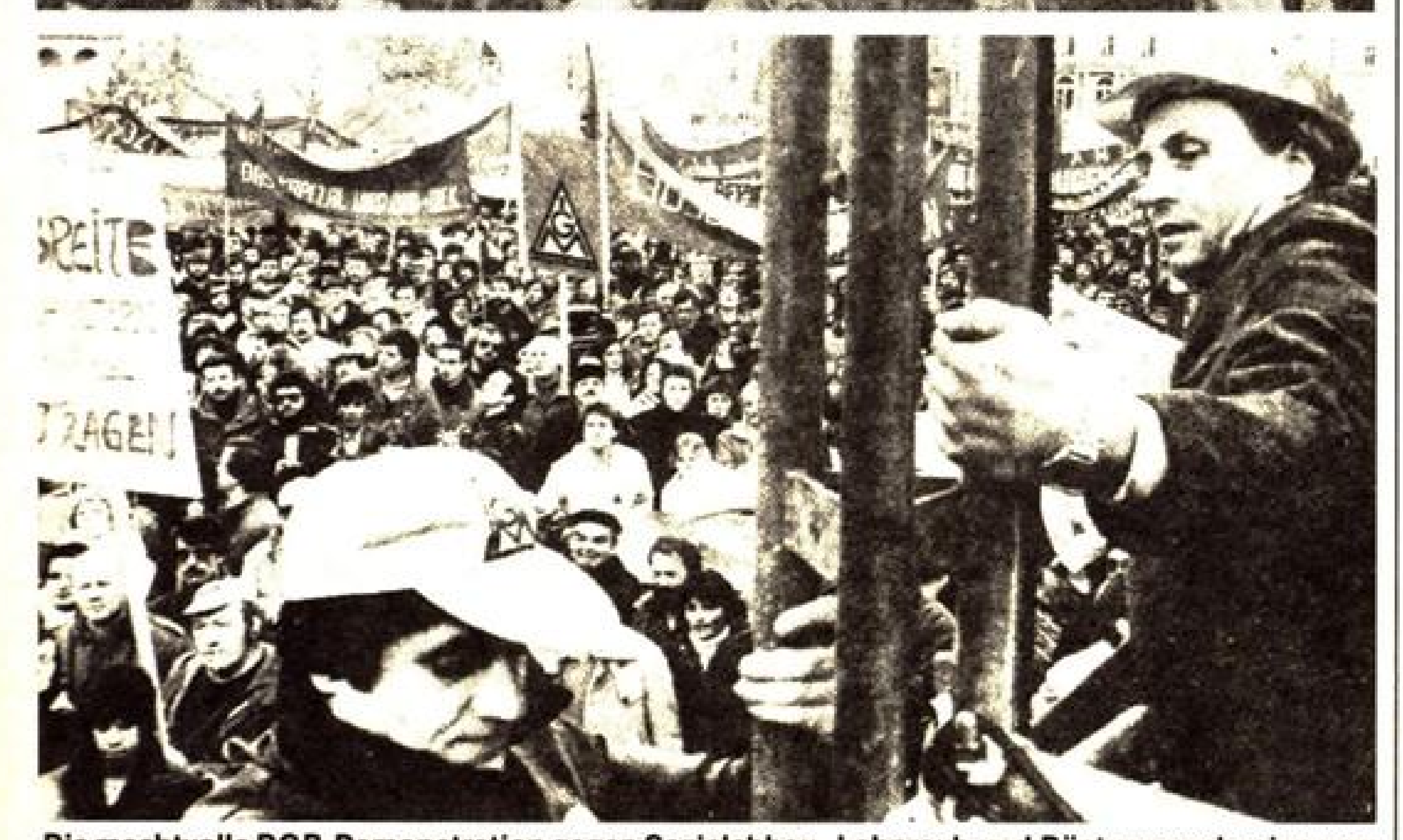
Um die uferlos anwachsende Arbeitslosigkeit, die jetzt mit bedrückendender Geschwindigkeit der Zweimillionengrenze zustrebt, einzudämmen, ist vor allem eine drastische Arbeitszeitverkürzung notwendig. Dabei ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich der wirkungsvollste und wichtigste Schritt, der erreicht werden muß.

Desweiteren muß die Rotstiftpolitik der Bundesregierung im Sozialbereich gestoppt werden, denn diese Politik bedeutet unter anderem auch die Vernichtung Tausender und Abertausender von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst.

Drittens müssen die Gewerkschaften endlich eine Politik der kompromißlosen Verteidigung der Arbeitsplätze einschlagen, anstatt immer wieder Stillegungen, Massenentlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen als angeblich unumgänglich hinzunehmen.

Jeder gewerkschaftliche Kurs des Stillhaltens gegenüber der Regierung und Unternehmern begünstigt das uferlose, verheerende Anwachsen der Arbeitslosigkeit und den Abbau des Lebensstandarts der arbeitenden Bevölkerung. Das gilt erst recht für die jetzt eingeleiteten Schritte zu einem „Krisenpakt", der die Gewerkschaften völlig lähmen soll.

Was uns vor den schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise schützen kann, das ist einzig und allein der Kampf um jeden Groschen Lohn, um jeden Arbeitsplatz, um jeden Zipfel sozialer Sicherheit! Deshalb muß die Politik der Klassenzusammenarbeit, die von den DGB-Bonzen betrieben wird, mit allen Mitteln bekämpft werden. Es muß — wie es im wirtschaftspolitischen Programm unserer Partei heißt — in unseren Gewerkschaften Schluß gemacht werden mit sozialpartnerschaftlichen Illusionen und Konzepten und es muß ein klarer klassenkämpferischer Kurs eingeschlagen werden.



Die machtvolle DGB-Demonstration gegen Sozialabbau, Lohnraub und Rüstungswahnsinn vom 7. November in Stuttgart, an der sich rund 70 000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten, war ein Alarmsignal für die Herrschenden. Jetzt versucht die DGB-Führung, diese Bewegung in der Arbeiterschaft mit allen Mitteln abzuwürgen. Das Foto zeigt die Großkundgebung, die im Anschluß an die Demonstration auf dem Stuttgarter Schloßplatz stattfand.

Delegiertenversammlung der Hamburger IG Druck und Papier fordert:

DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Am Montag letzter Woche (16.11.) verabschiedete die 18. Delegiertenkonferenz des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier einstimmig (bei einer Enthaltung) einen Antrag, in dem der Landesbezirk Nordmark des DGB aufgefordert wird, dem Beispiel des DGB in Baden-Württemberg zu folgen und eine Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn durchzuführen. Wir geben den Antrag nachstehend im vollen Wortlaut wieder:

„Angesichts einer offiziellen Arbeitslosenzahl von fast 1,4 Millionen — die Arbeitslosenquote für Schleswig-Holstein und Hamburg wird im Oktober 1981 mit 6,6 Prozent, das ist der höchste Stand seit 26 Jahren und noch 0,7 Prozent höher als der Bundesdurchschnitt, angegeben —,

angesichts einer Preissteigerungsrate von fast 7 Prozent im Oktober 1981 — in NRW und Bayern schon darüber mit 7,2 bzw. 7,1 Prozent —,

angesichts des letzten Donnerstag durch den Bundestag gegangenen Haushalts 1982, der neben einem beispiellosen Sozialabbau eine einprozentige Lohnminderung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorsieht —,

angesichts einer systematischen Kampagne von Arbeitgeberverbänden und Bundesregierung und ihrer Presse für Lohnverzicht — ‚Lohnpause' stand schon in der ‚Bild' als Überschrift —,

angesichts der erfolgreichen Demonstration des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg am Samstag, den 7.11.81 gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn, an der 70 000 Kolleginnen und Kollegen teilnehmen —,

treten wir an den DGB-Landesbezirk Nordmark heran und fordern ihn auf, eine Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn durchzuführen. Dadurch zeigen wir Gewerkschafter, daß die Millionen Arbeiter, die dieses Land aufgebaut haben, wie Franz Steinkühler in seiner Rede am 7.11. in Stuttgart sagte, ‚keine Bittsteller' sind, ‚es sind hart arbeitende, selbstbewußte Frauen und Männer, die wissen, was ihnen zusteht, und die für ihren sozialen Besitzstand kämpfen werden'.

Sollte der Landesbezirk Nordmark des DGB die Demonstration nicht durchführen, wendet sich der Ortsverein Hamburg der IG Druck und Papier an die anderen Hamburger Ortsverwaltungen der Einzelgewerkschaften, um mit ihnen gemeinsam die Demonstration durchzuführen."

Gegen „Startbahn West":

Widerstand in allen Formen ist notwendig

Als am 30. Mai die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid — keine Startbahn West" gegründet wurde, gab die Versammlung von einigen hundert Mitgliedern der verschiedenen Bürgerinitiativen eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Leider hat sich die hessische Landesregierung von der einmütigen Ablehnung der Startbahn West durch die betroffene Bevölkerung rund um den Frankfurter Flughafen nicht beeindrucken lassen. **Wir sind der Ansicht, daß mit dieser einmütigen Ablehnung eine demokratische Entscheidung gegen die Startbahn 18 West schon längst gefallen ist und daß man ein solches Vorhaben (...) nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchsetzen kann.** Nur aufgrund der Entschlossenheit der hessischen Landesregierung, die Startbahn 18 West trotzdem zu bauen, sind wir gezwungen, mit unserem Volksbegehren und Volksentscheid eine Entscheidung des Volkes in ganz Hessen (...) herbeizuführen. Wir halten das keineswegs für befriedigend, können das jedoch nicht ändern."

In der Tat ist es ja so, daß Börner die einhellige Ablehnung des Startbahn-Projekts durch die örtliche Bevölkerung und durch parlamentarische Vertretungen vor Ort nicht interessiert. Mit einer massiven Verleumdungskampagne und mit der massiven Verbreitung falscher Darstellungen über die angebliche Notwendigkeit der neuen Startbahn — wobei natürlich ihre Rolle als Verteilerbahn für die US-Kriegs-Luftflotte verschwiegen wird — durch die Presse, über Anzeigen, über Werbebroschüren usw. versucht die Landesregierung, die Bevölkerung in entfernteren Gegenden Hessens, besonders im Norden, gegen die Startbahngegner aufzubringen, sie zumindest soweit zu verunsichern, daß sie sagen: Ich blick' da nicht durch, die sollen mich mit ihrer Startbahn in Ruhe lassen. Schon das würde ja genügen, um sie von einer Beteiligung am Volksbegehren abzuhalten. Mit „demokratischer Willensbildung" hat das nichts zu tun. Es ist ein aus Steuergeldern finanzierter Volksbetrug allergrößten Ausmaßes.

Überhaupt haben die maßgeblichen Politiker eine Heidenangst davor, daß sich das Volk in die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung einmischt. Auch dann, wenn es dabei nur die wenigen Mittel nutzt, die ihm die bestehende Verfassung noch zugesteht, also z.B. das Volksbegehren.

Bezeichnend für diese Geisteshaltung ist ein Brief der hessischen Bundesratsministerin Vera Rüdiger (SPD) an ihre Parteikollegen Eppler und Klose, die öffentlich Kritik an Börner geäußert hatten. Diese SPD-Frau wertet die Vorgänge um die Startbahn als „Auseinandersetzung, in der es auch um inzwischen den Wesensgehalt einer nicht plebiszitären Verfassungsordnung" geht und beschwört die wirklich erschreckliche „Gefahr geradezu populistischer Konsequenzen" herauf.

Angst vor dem handelnden Volk

Welche Angst vor dem Volk. Und zugleich auch ein Eingeständnis dafür, was die Verfechter der "parlamentarischen Demokratie" mit ihrer Politik bezwecken: Das Volk ist dumm bzw. muß dumm gehalten werden. Alle vier Jahre darf es sein Kreuzchen machen. Die Entscheidungen fallen dann allein die Experten und Politiker, Mitwirkung des Volkes über das Kreuzchenmachen hinaus ist nicht erwünscht. Wer aber das Volk auf solche Weise ausschalten will, der will es betrügen.

Und so wurden auch die wenigen Mitwirkungsrechte extrem eingeengt. Das Volksbegehren z.B. muß in Hessen Hürden nehmen, die die Durchführung von Volksentscheiden zur absoluten Seltenheit macht, obwohl sie in der hessischen Landesverfassung als Mittel der Gesetzgebung ausdrücklich noch vor der Entscheidung des Landtags genannt wird. Als das später verabschiedete „Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid" 1950 beraten wurde, äußerte der KPD-Abgeordnete Ludwig Keil sehr treffend: **„Ich finde, Herr Ministerpräsident, die Überschrift ihres Gesetzentwurfs ist unzutreffend. Sie müßte heißen: ‚Gesetz zur Verhinderung eines Volksbegehrens und eines Volksentscheids' (...)** Während es in der Weimarer Zeit bei über 40 Millionen Wahlberechtigten ein Gesetz gab, das vorschrieb, daß zur Einleitung eines Volksbegehrens 5000 Stimmen erforderlich sind, müssen nach dem vorgesehenen Gesetzentwurf fünf Prozent (...) also zwischen 130000 und 150000 Unterschriften aufgebracht werden. Wenn der Regierungsvertreter bei seiner Begründung erklärte, daß man ‚verantwortungslosen Elementen' nicht die Möglichkeit zur Einleitung eines Volksbegehrens geben sollte, so charakterisiert diese Begründung das, was die Regierung in Wirklichkeit beabsichtigt."

Die KPD hatte nach dem Kriege in allen Bundesländern eigene Entwürfe zur Landesverfassung eingebracht, um eine möglichst demokratische politische Ordnung zu gewährleisten, die vor allem geeignet war, das Übel der Vergangenheit, den Faschismus, tatsächlich auszurotten und dem Volk die Möglichkeit zu weitestgehend demokratischer Gestaltung seines politischen und wirtschaftlichen Lebens unter den Bedingungen des Kapitalismus zu geben.

Stets gehörten Volksbegehren und Volksentscheid dazu, mit entsprechenden Regelungen, die ihre Durchführung leicht machten. Für die Einleitung eines Volksentscheids z.B. wurde die Zustimmung von nur 10 — nicht, wie in Hessen, 20 — Prozent der Wahlberechtigten gefordert; entscheidend über Annahme oder Ablehnung eines Gesetzentwurfes sollte stets die einfache Mehrheit der dann abgegebenen Stimmen sein.

Natürlich traten die Kommunisten in diesem Zusammenhang auch für die Schaffung ökonomischer Grundlagen einer solchen demokratischen Verfassung ein. Dazu gehörte die Enteignung der Kriegsindustriellen, die Vertreibung der Faschisten und ihrer Geldgeber im deutschen Finanzkapital aus der Wirtschaft, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Verteilung des Grundbesitzes der Fürsten, Grafen und Barone als Privateigentum an Bauern, Pächter und Landarbeiter („Junkerland in Bauernhand!") usw.

Bekanntlich sahen die Verfassungen dann ganz anders aus, die wirtschaftliche und politische Macht blieb in den Händen des Finanzkapitals und seiner Handlanger, auch aktiver Faschisten. Dennoch blieben — unterschiedlich nach Bundesländern — bestimmte demokratische Regelungen festgeschrieben, man konnte damals nicht umhin, das zu tun. Ihre Wirksamkeit versuchte man später, wie in Hessen deutlich, mit Ausführungsbestimmungen einzuschränken oder aufzuheben.

Wenn auch nur Bruchstücke demokratischer Bestrebungen, die durch die Verhinderung grundlegender demokratischer Neuordnungen unvollkommen bleiben mußten, in die Länderverfassungen Eingang fanden, so ist es doch nicht nur vollauf gerechtfertigt, sondern auch notwendig, diese bestehenden Rechte im richtigen Moment auch auszunutzen.

Es ist auch offensichtlich, daß die Volksbegehren-Aktion in Hessen viele Menschen mobilisiert hat, und ebenso offensichtlich ist, daß die Manöver der Landesregierung geeignet sind, vielen klarer zu machen, wer hier wirklich bestimmt, ganz unabhängig vom Buchstaben der Verfassung. In der hessischen Verfassung ist der leere Wahn noch besonders schön formuliert, indem es heißt: „Die Staatsgewalt liegt unveräußerlich beim Volke". Wenn das Volk seine Rechte proklamiert, tritt ihm die Staatsgewalt ganz konkret mit Polizei- und Grenzschutztruppen entgegen.

Den Rahmen des „Erlaubten" durchbrechen

Eines sollte gerade angesichts der Hetze der letzten Tage klargestellt werden: Eine Beschränkung auf die gesetzlich zugelassenen Formen des „Widerstandes" gegen die verantwortungslose Politik der Regierung ist nicht im Interesse des Volkes. Ein Widerstand, der darüber hinausgeht, ist nicht „illegitim" oder anrüchig. Eine abstrakt und intellektuell geführte „Gewaltdiskussion" ist unsinnig und schadet den Interessen der betroffenen Menschen.

Die Gewalt geht vom Staate aus. Und wie die aussieht, das haben die Menschen in Südhessen doch deutlich genug erlebt. Diese Gewalt schützt eine Politik, die keinerlei demokratische Legitimation hat, weil sie die Interessen der arbeitenden Menschen und der betroffenen Bevölkerung insgesamt mit Füßen tritt. Diese Politik dient nur dem Profit und den Kriegsplänen der NATO. Dagegen ist jeder Widerstand des Volkes gerechtfertigt.

Es geht doch hier nicht um „Mollis" werfende Spontis. Übers Fernsehen versuchte man der Bevölkerung nach den Aktionen am 15. November einzureden, hier seien wiedermal die berufsmäßigen Politgangster angereist gekommen, die überall hinfahren, um „Putz" zu machen. In einem Atemzug damit wurde kaum verhüllt die offizielle Wiedereinführung der zentralen Datenspeicherung aller „polizeibekannten" Personen gefordert, also der totale Überwachungsstaat.

Es geht um den Massenwiderstand. Und der schließt Blokkaden und Boykottaktionen und anderes mit ein. Das wird den Menschen doch von den Herrschenden aufgezwungen. Der Rahmen der „Legalität", den uns die vorschreiben wollen, die unsere Lebensinteressen mit Füßen treten, muß und wird auch im demokratischen Kampf durchbrochen werden.

Millionen für den Bürgerkrieg

Innenminister Gries (FDP) und Finanzminister Reitz (SPD) gaben bekannt, daß „überplanmäßige Haushaltsmittel" in Höhe von 1,4 Millionen Mark lockergemacht wurden. Für Überstunden bei der hessischen Polizei, die durch die anhaltenden Bürgerkriegsmanöver seit Tagen kaum noch aus den Stiefeln kommt. Wenn es gegen das Volk geht, ist man ganz unbürokratisch. Da stehen die Mittel ganz schnell bereit. Und auch Knauserigkeit kann man den Herren Ministern hier nicht vorwerfen. Es sind ja auch unsere Steuergelder, die sie ausgeben. Damit uns die Köpfe blutig geschlagen werden können!



„Hessen ist ein freies Land und jeder Bürger kann (...) seine Meinung ausdrücken, wenn er sich ‚friedlich und ohne Waffen' versammelt..." (Ministerpräsident Börner am 14.11.81) — Die Wahrheit sieht anders aus! (s.o.!)

Wie läuft das mit dem Volksbegehren?

In Hessen geht das so:

Geregelt wird der Ablauf von Volksbegehren und Volksentscheid durch das entsprechende Gesetz vom 16. Mai 1950.

Der Antragsteller (im Fall der Startbahn West die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren) erarbeitet einen Gesetzentwurf.

Danach müssen drei Prozent der Stimmberechtigten (maßgebend ist die letzte Landtagswahl) ihre Stimme für die Einleitung des Volksbegehrens abgeben. Das hieß in diesem Fall, daß die AG 118020 Unterschriften sammeln mußte.

Mit Übergabe der Unterschriften ist der Antrag zum Volksbegehren beim Landeswahlleiter zu stellen. Das hat die AG am 14. November gemacht.

Innerhalb eines Monats muß die Landesregierung über Zulassung oder Nichtzulassung des Volksbegehrens entscheiden. Bei Nichtzulassung können die Antragsteller den Staatsgerichtshof anrufen; lehnt auch er ab, ist alles vorbei. — So jedenfalls will es das Gesetz. Die Börner-Regierung hat bereits auf Nichtzulassung des Antrages entschieden.

Nimmt der Antrag diese Hürde, wird das Volksbegehren folgendermaßen durchgeführt:

Es erfolgt eine Veröffentlichung im Staatsanzeiger mit Fristsetzung: Beginn: 5. bis 6. Woche nach Veröffentlichung, Dauer: zwei bis drei Wochen.

Innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung werden die Eintragungslisten an die Gemeinden verschickt.

Jetzt müssen in den Gemeindeämtern 20 Prozent der Wahlberechtigten ihre Unterschirft leisten. Das heißt heute: 800000 Unterschriften werden benötigt.

Anschließend prüft die Landesregierung die Rechtmäßigkeit des zustandegekommenen Ergebnisses. Erkennt sie auf „Unrechtmäßigkeit", können die Antragsteller wiederum den Staatsgerichtshof anrufen, von dessen Urteil das Schicksal des Verfahrens abhängt.

Wird die Rechtmäßigkeit bestätigt, kommt der Gesetzentwurf endlich zur Entscheidung in den Landtag. Nimmt er innerhalb eines Monats das Gesetz immer noch nicht an (Ablehnung oder keine Entscheidung), wird jetzt der Volksentscheid durchgeführt.

Die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet über die Annahme.

Jetzt wollen Sie Alexander Schubart fertigmachen

Startbahngegner zu Kriminellen gestempelt

In den Reigen deren, die die Bevölkerung rund um den Flörsheimer Wald zu Kriminellen stempeln wollen, hat sich jetzt auch Generalbundesanwalt Rebmann eingereiht. Mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Sprecher der Bürgerinitiative, Alexander Schubart. Der Vorwurf lautet: Nötigung der hessischen Landesregierung.

Unmittelbarer Anlaß für diese Maßnahme waren die Aktionen vom vergangenen Sonntag, an dem Autobahnzufahrten zum Frankfurter Flughafen mit Barrikaden gesperrt wurden, nachdem die Landesregierung sich auch nach der riesigen Demonstration vom Vortage nicht veranlaßt sah, einen sofortigen Baustopp für die Startbahn West zu verfügen, um das mit der Abgabe von über 200000 Unterschriften offiziell eingeleitete Volksbegehren zu achten.

Schubart hatte auf der Abschlußkundgebung auf der Wiesbadener Demonstration zum Boykott des Flughafens aufgerufen, falls die Landesregierung der Forderung der Bürger nicht Rechnung tragen würde.

Schubart soll jetzt stellvertretend für alle fertiggemacht werden.

Am Montag wurde nicht nur das Ermittlungsverfahren eingeleitet. Am selben Tage erteilte ihm der durch seine antidemokratischen Demonstrationsverbote bundesweit berüchtigte Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU) Hausverbot im Amtsgebäude des städtischen Planungsdezernats, wo Schubart als Magistratsdirektor tätig war. Er wurde mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Das erklärte Ziel der Stadt ist die „Entfernung aus dem öffentlichen Dienst", also Berufsverbot für Schubart. Berufsverbot, weil er sich für die Interessen von Hunderttausenden eingesetzt hat!

Wie die hessische Regierung die vollkommen gerechtfertigte Forderung nach Baustopp beurteilt, machte der Umweltminister Karl Schneider (SPD) mit den Worten deutlich: „Gewählte Regierungen werden mit einem Ultimatum zu erpressen versucht — wie von gemeinen Kriminellen".

Schubart selbst ist offensichtlich von der rücksichtslosen Härte der Verfolgung, der er sich plötzlich ganz persönlich ausgesetzt sieht, betroffen. Er äußerte die Ansicht, es sei „vielleicht ein falsches Mittel" gewesen, zum Boykott des Flughafens aufzurufen; die Demonstration am Sonntag sei den Bürgerinitiativen „total aus dem Ruder gelaufen". Nun, man muß seine Erfahrungen mit dem Staatsapparat auch erst machen.

Schubart bedarf auf jeden Fall der vollen Solidarität aller Demokraten, aller, die gegen die Startbahn für den Krieg, die gegen diese Umweltzerstörung riesigen Ausmaßes im Interesse der Konzerne und des Militärs sind.

Kein Berufsverbot für Schubart!
Weg mit dem Ermittlungsverfahren!

Den gewerkschaftlichen Widerstand organisieren!

In den Gewerkschaften mehrt sich der Widerstand gegen die Politik der hessischen DGB-Führung, die sich bisher immer noch nicht zu einem klaren „Nein" gegen die Startbahn entschließen konnte. Ihr „bedingtes Ja" ist eine tatsächliche Unterstützung für die volksfeindliche Politik der Landesregierung. Es wird entscheidend darauf ankommen, durch den Druck von unten eine Stellungnahme der Gewerkschaften gegen die Startbahn zu erzwingen. Dazu muß man den Bonzen Feuer unterm Arsch machen. Dazu müssen Gewerkschafter auch gegen den Willen der Bonzen ihre Solidarität und die ihrer Gremien usw. mit dem Kampf gegen die Startbahn erklären.

Aus verschiedenen Betrieben und DGB-Kreisen liegen solche Erklärungen schon vor, unter anderem von Opel/Rüsselsheim.

Die Bonner Demonstration gegen Breschnew:

Ein Erfolg für die Friedensbewegung

Es hat sich gelohnt, an diesem Tag nach Bonn zu fahren. Das war die Meinung, vieler die sich in den Tagen und Wochen vorher von den Unkenrufen derer hatten beunruhigen lassen, die die zu erwartende Beteiligung mit immer neuen Niedrigziffern beschrieben. Die verunsichert waren auch dadurch, daß sie die Erfahrung machten, daß viele der offiziellen Unterzeichner des Demonstrationsaufrufes kaum etwas oder gar nichts zur Mobilisierung ihrer Mitglieder taten, weil sie eben doch nicht konsequent gegen die Kriegspolitik des Warschauer Pakts einzutreten bereit sind.

12000 Menschen waren es schließlich, die durch die Straßen der „Bundeshauptstadt" zogen, um ihre Ablehnung der Breschnew'schen Politik darzustellen. Eine eindrucksvolle Demonstration.

Es ist eine sehr gute Sache, daß sich so viele Menschen unterschiedlicher politischer Organisationszugehörigkeit für diese Aktion zusammenfanden. Es waren zum überwiegenden Teil Menschen, die bereits am 10.10. in Bonn demonstriert hatten und die mit dieser neuerlichen Aktion die politische Glaubwürdigkeit der westdeutschen Friedensbewegung darstellten.

Wir freuen uns darüber. Wir hoffen, daß dies für alle Teilnehmer, egal, welcher Organisation sie angehören, eine Ermutigung war, auch in Zukunft gemeinsam für den Frieden einzutreten. Was auch heißt, gemeinsam und solidarisch die notwendige Auseinandersetzung über Stoßrichtung und Ziel des Friedenskampfes zu führen.

Hier sind auch einige Worte der Kritik angebracht.

Niemand konnte ernsthaft erwarten, daß am 22.11. auch nur annähernd soviele Menschen demonstrieren würden wie am 10.10. Auch bei optimaler Mobilisierung ist eine Wiederholung einer solchen Massenversammlung in so kurzer Zeit gar nicht machbar; dazu kommt natürlich, daß hier grundlegend unterschiedliche Vorstellungen bei den Demonstranten des 10.10. deutlich werden mußten. Wer unter dem Einfluß der Moskau-Freunde in der DKP-Führung steht, der würde eh nicht gegen Breschnew demonstrieren.

Dennoch mag mancher gedacht haben, auch 12000 Menschen seien noch etwas wenig.

Eins steht fest: Es hätten noch mehr sein können. Wenn nämlich diejenigen, die sich auf den zentralen Flugblättern als die eigentlichen Träger der Demonstration benannten („Die Grünen u.a. rufen auf..."), auch wirklich mobilisiert hätten.

Das aber war nicht der Fall. Mit wem wir auch sprachen am Rande der Demonstration, kam er nun aus Düsseldorf, aus Kiel, Hamburg oder Heide: Alle berichteten, daß es so gut wie keine Mobilisierung durch die Grünen gegeben hatte. Trotz des Aufrufs des Bundesvorstandes.

Wir meinen: Der Bundesvorstand der Grünen hat der Friedensbewegung damit einen schlechten Dienst erwiesen. Und er hat den Interessen der Mitglieder seiner Organisation einen schlechten Dienst erwiesen.

Eine große Rolle hatte dabei die Rücksicht auf die Jusos gespielt, die dennoch nicht bundesweit zur Demonstration aufriefen und auch in Schleswig-Holstein, wo der Landesvorstand mitunterzeichnet hatte, kaum etwas auf die Beine brachten.

Nicht zuletzt der Einsatz der KPD-Genossen bei den Vorbereitungsgesprächen und auch bei der Mobilisierung haben zum Erfolg dieses Tages trotz all dieser und anderer Schwierigkeiten beigetragen.

Und auch die Demonstration wurde zum großen Teil geprägt durch das Auftreten unserer Genossen. Von allen teilnehmenden Organisationen stellte die KPD, zusammen mit der VOLKSFRONT, den stärksten Block. Von dort aus kamen massiv die Parolen, die immer wieder auch an anderer Stelle des Zuges zu hören waren: „BRD raus aus der NATO!", „DDR raus aus dem Warschauer Pakt!", „Neutralität!" usw., Parolen gegen beide Supermächte. Es fehlte nicht die Parole der KPD: „Krieg dem imperialistischen Krieg!".

Für Stimmung im gesamten Zug und während der gesamten Dauer der Demonstration sorgte die Hamburger Polit-Rock-Gruppe Elbe 1, die auf einem großen Lastwagen ihre Bühne aufgebaut hatte.

Der Münsterplatz war voll, als die Demonstranten sich dort zur Abschlußkundgebung versammelten.

Die offiziellen Reden, auch das ein Punkt der Kritik, widersprachen zum Teil dem Geist der Demonstration. Ganz abgesehen davon, daß sich dieser Teil der Aktion zu lange hinzog, daß zwischendurch sehr viele abwanderten.

Eine Rede, die ziemlich fehl am Platze war, war die des Tschechoslowaken Z. Mlynar, ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der revisionistischen KPTsch und Mitglied der Dubcek-Regierung, deren Versuch, sich aus der Umarmung der Sowjetunion zu lösen und einen offen westlich orientierten kapitalistischen Kurs zu steuern, 1968 von den Panzern der Russen und anderer Warschauer-Pakt-Staaten niedergewalzt wurde. Zum einen kam in seiner Rede das demagogische „Null-Lösungs"-Angebot Reagans entschieden zu gut weg. Zum anderen waren auch die Angriffe auf Breschnew sehr halbherzig. Und schließlich sei nicht vergessen, daß die Regierung der CSSR damals sehr schnell kapitulierte, als sie nach Moskau zitiert wurde — Mlynar war dabei — und daß sie sich weigerte, das Volk zum Kampf gegen die Interventionstruppen aufzurufen und dazu zu bewaffnen.

Stimmung kam auf, als nach dem Abschluß dieses weitläufigen Redeteils Elbe 1 nochmal loslegte. Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD, erläuterte im Anschluß daran vor einigen tausend Zuhörern die Politik der KPD und machte auf den Kampf unserer Genossen in der DDR aufmerksam, rief zur Aktion vor der Ständigen Vertretung der DDR auf, der sich etliche Demonstranten anschlossen (siehe Bericht auf dieser Seite). Wir werden uns weiter für schlagkräftige Aktionen der westdeutschen Friedensbewegung, für ihre Ausweitung, für ihre Verbindung zur Arbeiterbewegung und für politische Klarheit innerhalb dieser Bewegung einsetzen. Die Demonstration vom 22.11. war ein Erfolg, auf dem man aufbauen kann.



Ständig umlagert und zum Schluß völlig ausverkauft: der Stand der KPD auf dem Bonner Münsterplatz. Nicht nur Schmalzbrote und Cola-Dosen, auch die Veröffentlichungen der Partei wurden in großer Auflage an den Mann gebracht und stießen auf lebhaftes Interesse.



Ein Blick auf einen Teil des KPD-Blocks. Im Zug herrschte eine ausgezeichnete Stimmung.

Kriegstreiber und Revanchisten

Eine Demonstration der Kriegstreiber und NATO-Befürworter — das war die von den Bonner Parlamentariern Möllemann (FDP) und Wissmann (CDU) inszenierte Kundgebung, die ebenfalls am 22.11. in Bonn stattfand. Etwa 30000 Menschen versammelten sich unter ihrer Führung vor dem Rathaus. Das ist nicht unbedingt verwunderlich; wenn zwei Bundestagsparteien mobilisieren, kommt sowas heute noch zustande.

Und da hörte man dann diejenigen von Frieden reden, die die Kriegsvorbereitungen der NATO mit allen Mitteln fördern. Da hörte man „Freiheit für Afghanistan" aus dem Munde derer, die nichts tun gegen die von den USA unterstützten faschistischen Regierungen Lateinamerikas. (Und gleichzeitig den „Nachrüstungs"-Gegnern „Einäugigkeit" vorwerfen!) Da sah man auf der Tribüne geisteseinig mit den Hauptrednern den Sprecher der revanchistischen „Vertriebenenverbände", Hupka, der immer noch vom Wiedergewinn polnischer Gebiete — von der DDR ganz zu schweigen — unter die Fuchtel des westdeutschen Kapitals träumt. Da flatterten die Fahnen der Landsmannschaften, die ihre Jugend im Geiste des „Ostlandritts" erziehen.

Eine beschämende Kundgebung.

Und diesen Leuten hätten wir am Sonntag das Feld überlassen sollen? Ihnen hätten wir ungestört die Gelegenheit bieten sollen, sich als die einzigen Gegner des neuen russischen Imperialismus hinzustellen?

Das mag einem Herrn Pieczyk so passen. Uns und den konsequenten Kriegsgegnern paßte es nicht. Und wir haben etwas dagegen getan. Zum Glück. Und mit Erfolg!



Die Politrockgruppe „Elbe 1", die auf einem Lastwagen im Block der Kommunistischen Jugend Deutschlands mitfuhr, heizte mit ihrer Musik die Stimmung ordentlich an.

Polizei wollte Kundgebung verhindern

Protest vor der Bonner DDR-Vertretung

Am Nachmittag des 22. November, im Anschluß an die Friedensdemonstration gegen Breschnew, führten mehrere Hundert Teilnehmer eine Protestaktion vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn-Bad Godesberg durch. Dazu hatte das Solidaritätskomitee auf der Abschlußkundgebung aufgerufen, um gegen die Verhaftung seiner vier Mitglieder am Tage zuvor in Berlin zu protestieren.

Als die ersten Teilnehmer aus der Bonner Innenstadt eintrafen, unter ihnen auch mehrere Dutzend vorwiegend junger Menschen, die sich spontan dieser Aktion anschlossen, nachdem sie überhaupt zum ersten Mal von den Vorfällen gehört hatten, waren bereits mehrere Hundertschaften Polizei und ein Zug des Bundesgrenzschutzes da.

Exterritoriales Gelände, unangemeldete Kundgebung, mit diesen Argumenten begründete der Einsatzleiter seine sofort ausgesprochene Drohung, die Straße mit Gewalt räumen zu lassen.

Unterdessen sammelten sich mit jeder ankommenden Bahn mehr Demonstranten — was jedesmal Anlaß dafür war, daß der Sprecher des Solidaritätskomitees, Genosse Horst-Dieter Koch die ankommenden ausführlich über das Verbot und seine Hintergründe informierte.

Er unterstrich dabei den Protest sowohl gegen die Verhaftungen der Genossen der Sektion DDR der KPD, als auch der westdeutschen Mitglieder des Solidaritätskomitees und auch gegen die Haltung der westdeutschen Behörden, die diese Verhaftungen durch ihr Verbot eindeutig unterstützten. Lebhafter Beifall und entrüstete Protestrufe begleiteten seine Ausführungen.

Er rief dann dazu auf, dem Verbot der Polizei Folge zu leisten, und sich auf den Bahnsteigen auf beiden Seiten der Bahngeleise zur Abfahrt zu sammeln. Diese Bahnsteige befinden sich in ungefähr 20 Meter Entfernung des Hauses der ständigen DDR-Vertretung.

Im Anschluß daran berichtete der Redakteur des „Roten Morgen", Genosse Helmut Weiss, als einer der Teilnehmer an der Aktion, die nicht verhaftet worden waren, über den Ablauf der Solidaritätsaktion auf dem Berliner Alexanderplatz und das mutige Vorgehen der vier Festgenommenen. Dieser Bericht wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen, wie auch der abschließende Aufruf, sich nach Kräften an der Solidaritätswoche für die kommunistischen Gefangenen in der DDR zu beteiligen.

Erst danach stiegen die auf den Bahnsteigen Wartenden nach und nach ein, in dem Bewußtsein, daß es ihnen gelungen war, das Verbot der Bonner Behörden zu durchbrechen. Einmal mehr hatte es sich gezeigt, daß Bonn nur insoweit ein Interesse an Opposition in der DDR hat, als es sich um eine prokapitalistische, reaktionäre Opposition handelt, nicht aber wenn es sich um eine wahrhaft sozialistische Opposition, die von Arbeitern getragen wird, handelt.





Solidaritätskundgebung an der Ständigen Vertretung der DDR

Wie wir unser DDR-Transparent gemacht haben

Korrespondenz aus Reutlingen

Liebe Genossen,
anbei ein paar Fotos von unserem Transparent, mit dem wir am 17. Oktober 81 einen Stand für unsere verhafteten DDR-Genossen gemacht haben. Die Bilder sind leider qualitativ nicht sehr gut und geben auch keinen Eindruck davon, daß das Transparent die Aufmerksamkeit der Passanten sehr gut erregt hat. Bestimmt die Hälfte aller Vorbeigehenden nahm zumindest kurz Notiz davon, viele stoppten und haben sich das Bild neugierig angeschaut. Wir konnten dadurch sehr gut verteilen, auch einige Gespräche führen (da waren wir allerdings nicht offensiv genug) und ein paar Unterschriften sammeln.

Kurz ein paar Erläuterungen zum Transparent:

1. Das Motiv beruht auf einer Briefmarke der DDR vom 24. März 1964: „Internationale Antifaschisten". Wir haben nur den Kopf und die Parolen ausgewechselt und die Unterschrift hinzugefügt.



2. Die Technik:
Briefmarke und Kopf des Flugblatts haben wir auf Dias gebracht, an die Wand projiziert, mit Bleistift vorgezeichnet und dann auf dem Tisch alles mit Wachskreide ausgemalt. (Die braunen Teile wollen wir auf dem Transparent noch flächiger verreiben.) Gesamtarbeitszeit ohne Fotografieren: ca. zwölf Stunden.

3. Vorteil gegenüber einer Wandzeitung: Es ist sehr schnell zu erfassen, um was es geht.
(...)
Mit revolutionärem Gruß
OG Reutlingen

IGM-Funtionärsversammlung gegen Atomprogramm

Arbeiterkorrespondenz aus Hamburg

Am 7.11. fand in Hamburg eine große Funktionärsversammlung zum Thema Energiepolitik statt. Es waren ca. 250 Funktionäre da. Folgende kurze Zusammenfassung will ich euch geben:

1. Auf dem Podium saßen Andreas Schmidt von der Ortsverwaltung (OV) und Dr. Rose (Innovations- und Energieberatungsstelle bei der IGM) als „Kontra"-Kernenergie sowie Steinert (Wirtschaftssenator) Engelmann (OV), Müllner (OV) und Mehrens (IGM-Vorstand) als „Pro"-Kernenergie.

Alle Podiumssprecher hielten einen Beitrag, und dann begann die offene Diskussion. Obwohl der Andreas Schmidt ein sehr junger Kollege ist, hat er sich gegen die „Größen" sehr gut behauptet. Er bekam den meisten Beifall.

2. Die Funktionärsversammlung fand zwei Jahre zu spät statt, denn vor zwei Jahren wurde sie das erste Mal gefordert, aber die OV hat es ständig verschleppt.

3. Daß heute andere Themen wichtiger sind, zeigten die ersten Wortbeiträge in der Diskussion, z.B. von einem Vertrauensmann, der die Ausschlüsse bei HDW, Sparprogramm, Tarifrunde und Rationalisierungswelle ansprach.

4. Die Diskussionsleitung hatte O. Mohr (auch OV), der jeden Diskussionsredner unterbrach, der solche Themen ansprach oder die Kernenergie im gesellschaftlichen Zusammenhang darstellte. Insofern trat von Anfang an eine geladene Stimmung auf, die zu starken Protesten führte. Dies war eine Zensur seitens der OV.

5. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer, außer den HEW-Betriebsräten (natürlich, als echte Sozialpartner), sprach sich gegen die Energiepolitik, also den Ausbau der AKWs, aus.

Gekennzeichnet waren die Wortbeiträge der IG Metaller durch hohe Qualität, im Vergleich zu den Aussagen der Mehrens und Engelmann.

Positiv war auch, daß die Beiträge sich nicht nur mit Alternativenergie beschäftigt, sondern viele den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang, das kapitalistische Wirtschaftssystem, das Profitstreben angegriffen haben.

Die meisten konnten auch die Argumente der Pro-Kernenergie-Vertreter, z.B.:
- Atomkraft sichert Arbeitsplätze
- nur preiswerter Strom lockt Industrie
- Kohle ist zu umweltbelastend
- Energiebedarf steigt, darum ist erhöhtes Angebot notwendig
- keine Abhängigkeit von Öl oder Erdgas
- Naturvorkommen (Kohle, Öl) sind begrenzt

sehr gut entkräften. Kurz zusammengefaßt wurde dem entgegengehalten:
- Nicht die Energiefrage gefährdet die Arbeitsplätze, sondern der Kapitalismus mit seinem Gewinnstreben und seinem Konkurrenzkampf.

Heute gibt es noch keine Energieknappheit, aber trotzdem Arbeitslose, Inflation und Rationalisierung.
- In Hamburg gibt es bereits 40 Prozent Atomstrom und trotzdem die höchsten Preise, die hauptsächlich die öffentlichen Haushalte belasten, während die Unternehmen verbilligten Strom erhalten.
- Das Problem der Endlagerung ist ungelöst.
- Atomstrom ist viel teurer, wenn man alle Kosten mit einbezieht (Bau von AKWs, Entsorgung, Lebensdauer der AKWs).
- Uran ist auch teuer und begrenzt. Eine neue hohe Abhängigkeit entsteht.

Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden, da der Saal bereits um 13.30 Uhr (nach viereinhalb Stunden) geräumt werden mußte.

Zum Schluß wurde ein Antrag der Vertrauensleute von Blohm & Voss angenommen, der weiter an die Vertreterversammlung geht, in dem unter anderem der Ausstieg Hamburgs aus dem Brokdorf-Projekt gefordert wird.

Ein Ergänzungsantrag, der die Überführung der HEW in Gemeineigentum unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten und des Betriebsrats forderte, wurde knapp mit 54:45 angenommen.

Die HEW-Betriebsräte und die meisten Mitglieder der OV waren natürlich dagegen, obwohl dieses Ziel im Statut ja angegeben ist.

Insgesamt kann man feststellen, daß die Auseinandersetzungen in der IGM an Breite und Schärfe zunehmen und die kommenden Diskussionen um HDW und Sparprogramm/Tarifrunde sehr interessant werden. Es vergeht keine Versammlung in letzter Zeit, wo nicht eine breite Opposition auftritt und teilweise bis jetzt leider nur Abstimmungserfolge erreicht.

Rot Front! M.V.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

10 Jahre Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft



Freundschaftsfest der DAFG

So viele Geburtstagsgäste hatte die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft (DAFG) wohl nicht erwartet: Der große Saal im Dortmunder „Parkhaus Barop" war hoffnungslos überfüllt. Mehr als 500 Gäste waren — teilweise von weither — angereist, um das zehnjährige Bestehen der DAFG zu feiern.

Mitglieder und Aktivisten der Freundschaftsgesellschaft waren darunter, aber auch viele andere Menschen, die Sympathie für das neue Albanien empfinden — Wissenschaftler von der Universität Bonn zum Beispiel, die schon seit geraumer Zeit Beziehungen zur albanischen Akademie der Wissenschaften pflegen oder der Schriftsteller Max von der Grün, der in diesem Frühjahr Albanien besucht hat und bei der Veranstaltung am vergangenen Sonnabend über seine Eindrücke berichtete.

Nicht zu übersehen — oder besser: nicht zu überhören — war bei der Geburtstagsfeier der DAFG eine starke Gruppe von Albanern aus dem Kosova-Gebiet in Jugoslawien. Diese Gruppe sorgte mit lauten Sprechchören immer wieder für Stimmung bei der Veranstaltung. Und sicher war es für viele der anderen Besucher bewegend, zu sehen, wie tief diese Menschen, die von der katastrophalen Wirtschaftspolitik des jugoslawischen Regimes in die Emigration getrieben wurden, mit ihrem Volk, mit der Partei der Arbeit und mit Enver Hoxha verbunden sind.

Peter Platzmann, der Vorsitzende der DAFG, zog eine Bilanz aus den zehn Jahren seit der Gründung der Gesellschaft; Elisabeth Gedeon, ein Gründungsmitglied, berichtete über die Anfänge der Arbeit für die deutsch-albanische Freundschaft. Die Hamburger Gruppe „Blinkfüer" brachte Lieder und Tänze aus Albanien, zuletzt unterstützt durch einen Chor von Kosovo-Albanern. Die Westberliner Ortsgruppe der DAFG hatte sich einen Sketch einfallen lassen, in dem die unseriöse „Albanienforschung" auf die Schippe genommen wurde.

Eine besondere Freude für die Anwesenden war die Tatsache, daß auch eine kleine Delegation der albanischen Botschaft in Wien zu der Festveranstaltung gekommen war. Botschaftsrat Engjell Kolaneci bedankte sich bei der DAFG für die in den letzten zehn Jahren geleistete Arbeit, und der drückte seine Freude darüber aus, daß Albanien auch in Deutschland — wie überall in der Welt — viele Freunde hat.



Die Gruppe „Blinkfüer" aus Hamburg

Peter Platzmann, Vorsitzender der DAFG:

Erfolgreiche Arbeit der Freundschaftsgesellschaft

Peter Platzmann, der Vorsitzende der DAFG, berichtete über seine Erfahrungen bei der Betreuung von drei albanischen Gruppen, die in der letzten Zeit die Bundesrepublik besucht haben. Da waren einmal der bekannte Schriftsteller Ismail Kadare und die albanische Delegation bei der Buchmesse. Dann Professor Aleks Buda, Präsident der Akademie der Wissenschaften Albaniens, und Professor Ali Dhrimo, die während der beiden letzten Wochen eine Vortragsreise durch die Bundesrepublik mit Vorlesungen an verschiedenen Universitäten unternommen haben.

Die Initiative zu dieser Reise (der ersten ihrer Art) ging vom Sprachwissenschaftlichen Institut der Universität Bonn aus, und Peter Platzmann wies darauf hin, daß gerade solche Initiativen auch die Ziele der DAFG unterstützen, nämlich den Austausch von Erfahrungen, Meinungen und Ideen zwischen beiden Ländern zu fördern.

Die dritte Gruppe schließlich war die albanische Fußballmannschaft, die von Peter Platzmann als Dolmetscher des Deutschen Fußballbundes betreut wurde. Heute hat die DAFG auch bei solchen „offiziellen" Gelegenheiten wichtige Aufgaben, und sie kann gerade die Anwesenheit von albanischen Besuchern dazu nutzen, für ihre Ziele zu werben. Sie ist, wie Peter Platzmann sagte, den Kinderschuhen entwachsen, gesellschaftsfähig geworden.



Peter Platzmann mit dem Botschafter der albanischen Botschaft in Wien

In der Vergangenheit waren allerdings diese Ziele nicht immer geradlinig verfolgt worden. Es gab Mitte der 70er Jahre eine Zeit, wo sich die Gesellschaft als politische Organisation verstanden und beispielsweise auch in ideologische Auseinandersetzungen innerhalb der BRD eingegriffen hat, statt sich auf die Entwicklung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu konzentrieren. Peter Platzmann führte eine Reihe von Beispielen dafür an, wie in den letzten Jahren solche „Kinderkrankheiten" überwunden worden sind.

Von großer Bedeutung war die Organisierung von Reisen nach Albanien, besonders die Zusammenarbeit mit dem Reisebüro „Skanderbeg" und die Aufnahme von Flugreisen von bundesdeutschen Flughäfen aus. Auf Initiative der DAFG wurden bei den letzten Berliner Filmfestspielen einige albanische Spielfilme vorgeführt. Ortsgruppen der DAFG haben sich an verschiedenen regionalen Kulturveranstaltungen mit eigenem Programm beteiligt, und Mitglieder der DAFG haben an Volkshochschulen Vorträge über Aspekte der albanischen Kultur und Gesellschaft gehalten.

So gelang es der Freundschaftsgesellschaft im Laufe der Jahre immer besser, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren und hier in der Bundesrepublik zu einem besseren Verständnis der albanischen Wirklichkeit beizutragen. Peter Platzmann gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich auch auf diplomatischer Ebene die Beziehungen zwischen der BRD und der SVRA verbessern. Er führte eine Passage aus dem Rechenschaftsbericht von Enver Hoxha an den 8. Parteitag der PAA an, in der es heißt: „Zwischen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine unüberwindlichen Hindernisse zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Wir glauben, daß durch beiderseitiges gutes Einvernehmen über einige seit dem zweiten Weltkrieg im Raum stehenden Fragen dieser Zustand in Ordnung gebracht werden kann."

Eine deutliche Aufforderung an Bonn. Peter Platzmann drückte die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung auf diese Aufforderung eingeht und betonte zugleich, daß auch die Freunde Albaniens in Westdeutschland von Bonn nachdrücklich verlangen, daß der SVRA ihr Recht in der Frage der Entschädigung für die Folgen der faschistischen Besatzerherrschaft zugestanden wird.



Reges Interesse für Literatur aus Albanien

Max von der Grün über seine Reiseeindrücke

„Für mich heißt Albanien nur noch Terrassenland"

Max von der Grün erzählte, wie er zum ersten Mal in seinem Leben den Namen Albanien gehört hat. Es war 1939, und in den Radionachrichten wurde die Besetzung Albaniens durch italienische Truppen gemeldet. Am nächsten Tag in der Schule verlangte er von seinem Lehrer Auskunft darüber, warum denn die Italiener dieses Land in ihre Gewalt gebracht hätten. Der Lehrer entrollte daraufhin eine Karte und erklärte: Hier seht ihr einen Stiefel; das ist Italien. Dort auf der anderen Seite der Adria seht ihr ein Land, das wie ein Dorn in den Stiefel sticht. Und da frage ich euch: Möchtet ihr denn immer einen Dorn im Stiefel haben?

So wurde also damals den Kindern die faschistische Machtpolitik erklärt. Vor einigen Jahren, während der Frankfurter Buchmesse, kam Max von der Grün dann zum ersten Mal in direkten Kontakt mit Albanern. Ein dort ebenfalls anwesender Vertreter des albanischen Schriftstellerverbands suchte ihn zusammen mit Peter Platzmann von der DAFG auf und sprach eine Einladung nach Albanien aus. „Spontan habe ich angenommen", sagte Max von der Grün, wobei nicht zuletzt der Reiz des Unbekannten mitgespielt hätte.

Genauere Vorstellungen von Albanien hatte er zu dieser Zeit noch nicht. Er kannte auch nur ein Buch aus der albanischen Sprache, Kadares Roman „Der General der toten Armee", ein Werk, „das ich zur absoluten Weltliteratur zähle."

In diesem Frühjahr trat Max von der Grün dann gemeinsam mit seiner Frau die Reise nach Albanien an. Am vorletzten Tag seines Aufenthalts, so berichtete er auf der DAFG-Festveranstaltung, gab er dem albanischen Fernsehen ein Interview, in dem er sagte: „Nach zehn Tagen hier habe ich Albanien umgetauft. Für mich heißt es nur noch Terrassenland."



Max von der Grün

Immer wieder sei er während der Fahrten durch das Land ausgestiegen und habe sich die Terrassen angesehen. Als einer, der mit der Landwirtschaft aufgewachsen ist, so Max von der Grün, wisse er sehr gut, was es bedeute, solche Terrassen in Handarbeit anzulegen. „Ich habe immer wieder gesagt, daß sie für mich Kunstwerke sind."

In erster Linie aber habe ihn in Albanien natürlich das Gespräch mit seinen Schriftsteller-Kollegen interessiert. Und dazu wäre reichlich Gelegenheit gewesen. Max von der Grün zeigte sich beeindruckt von der Tatsache, daß bei diesen Gesprächen keiner politischen Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen wurde. Man habe manchmal kontrovers, aber immer offen miteinander diskutiert. Die gleiche Offenheit und Fröhlichkeit im Gespräch fand der Dortmunder Schriftsteller auch bei anderen Begegnungen, beispielsweise mit dem Direktor des Traktorenwerks in Tirana.

„Ich habe ihn gefragt, ob es denn im Werk Schwierigkeiten mit der Disziplin geben würde, und die Antwort war ein klares Ja." Der Direktor äußerte bei dieser Gelegenheit seine Bewunderung für die deutsche Disziplin, worauf Max von der Grün zu bedenken gab, diese Disziplin wäre ja nicht zuletzt auch eine Ursache für zwei Weltkriege gewesen. Das wäre eben, so der Direktor, die Kehrseite der Medaille.

Als Beispiel für viele Begegnungen vollen Menschlichkeit in Albanien erzählte Max von der Grün über einen Besuch in einer albanischen Familie in der Nähe von Korca. Er habe vor dem Haus dieser Familie seine Begleiter gefragt, ob er nicht einmal hineingehen könne. Und dann habe sich drinnen ein herzliches Gespräch entsponnen, bei dem natürlich auch reichlich Raki geflossen sei. Nach Korca zurückgekehrt, habe er zusammen mit seiner Frau überlegt, was man denn dem kleinen Mädchen dieser Familie schenken könne, und seine Frau habe schließlich dem albanischen Dolmetscher ihre Korallenkette gegeben mit der Bitte, sie an das Mädchen weiterzugeben. Am anderen Tag kamen dann die Eltern des Mädchens nach Korca und brachten den von der Grüns einen selbstgemachten Kissenbezug.

In bezug auf die Konsequenzen seiner Reise nach Albanien sagte Max von der Grün, er wolle sich dafür einsetzen, daß hier in größerem Maße albanische Literatur bekannt würde. Es sei nicht zuletzt auf seine Bemühungen zurückzuführen, daß Ismail Kadare in diesem Jahr zur Frankfurter Buchmesse gekommen sei. Schließlich glaube er auch, so Max von der Grün, daß der albanische Schriftstellerverband in den nächsten Jahren eine Einladung vom westdeutschen Verband bekommen würde. „Und wenn das bei einer zehntägigen Reise herauskommt, ist ja schon viel erreicht."

Das politische System der Diktatur des Proletariats weiter festigen

Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den 8. Parteitag der PAA



Enver Hoxha auf dem 8. Parteitag

Nachstehend veröffentlichen wir einen weiteren Auszug aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an den 8. Parteitag der PAA, den Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär der Partei, erstattet hat. In dem hier abgedruckten Text geht Enver Hoxha auf die Organe der sozialistischen Staatsmacht ein, umreißt ihre Aufgaben und spricht über die Erfahrungen, die bei ihrer Entwicklung gemacht worden sind.

Die Zwischenüberschriften wurden von der RM-Redaktion eingefügt.

Nach dem 7. Parteitag, mit der Verabschiedung der neuen Verfassung und der übrigen Gesetzbücher und Einzelgesetze, die ihr entspringen, hat sich die Leitung, Organisierung und Tätigkeit des ganzen Systems der Diktatur des Proletariats, der Partei selbst, des Staates, der Streitkräfte, der Massenorganisationen etc. weiter gefestigt.

Die Arbeit mit ihren Hebeln hat die Partei stets als absolute Notwendigkeit behandelt, um ihr Ziel und ihre Programm zu realisieren. Je größer und wichtiger die Aufgaben sind, die die Partei durchführt, desto mehr wächst ihre fürsorgliche Arbeit mit den Machtorganen und mit den Massenorganisationen. Doch trotz der erreichten Erfolge haben nicht alle Parteiorganisationen, Parteikomitees und einzelnen Kommunisten ein vollständiges und genaues Verständnis über die Rolle der Partei im System der Diktatur des Proletariats. Es gibt Parteiorgane und Parteiorganisationen, die nicht immer eine konkrete und qualifizierte Führung der Machtorgane und der Massenorganisationen sicherstellen, es gibt Parallelismus, Verdrängung und Ersetzung der Rollen; es gibt Kommunisten, die nicht aktiv in den Massenorganisationen kämpfen, genauso wie es auch Erscheinungen des Formalismus in der Arbeit mit den Massen gibt. Das sind Mängel, die in Wirklichkeit die Stärke und die Effektivität der Parteiarbeit schwächen.

Bekanntlich umfaßt das System der Diktatur des Proletariats einen auf dem demokratischen Zentralismus beruhenden ganzen Komplex von Organen und Organismen mit verschiedenen Funktionen, Befugnissen und Verantwortlichkeiten, die unter der Führung der Partei wirken. Das Problem ist, daß dieses ganze System unaufhörlich zu festigen ist und auf synchronisierte Weise wirken muß, wobei jeder einzelne genauestens die Aufgaben, die ihm zuzurechnen sind, und alle zusammen Ziel und Programm der Partei durchführen.

Führende Rolle der Partei

Dieses durchorganisierte System führt die Partei mit ihrer Politik und Ideologie, mit der Tätigkeit der Parteiorganisationen und Parteiorgane und jedes Kommunisten in der ganzen Pyramide, von der Basis bis zum Zentrum. Die Parteimitglieder und ihre Kader, die in die verschiedenen Funktionen der Partei, der Staatsmacht, der Armee, der Wirtschaft, der Massenorganisationen usw. gewählt oder berufen worden sind, begreifen die Verantwortlichkeiten, die ihnen übertragen werden, als Arbeitsteilung, die die Partei unter ihren Mitgliedern und Kadern durchführt.

Alle Hebel der Partei, auch wenn sie ihre eigenen Leitungsorgane haben, werden von der Partei geführt, und zwar nicht nur insgesamt, sondern auch von jedem Parteiorgan, von jeder Parteigrundorganisation. Jede noch so kleine Schwächung der führenden Rolle der Partei in jedem Kettenglied würde schwerwiegende Folgen zeitigen. Gerade das versuchen Bourgeoisie und moderne Revisionisten zu erreichen, die in ihren Bemühungen zur Untergrabung des Systems der Diktatur des Proletariats darauf abzielen, die Hebel von der Führung durch die Partei abzukoppeln, sie in unabhängige Organisationen zu verwandeln und sie neben und gegen die Partei zu stellen.

Die Führung durch die Partei im System der Diktatur des Proletariats beschränkt oder verletzt die Tätigkeit der Machtorgane bzw. der Massenorganisationen nicht im geringsten. Im Gegenteil, die Partei arbeitet und kämpft dafür, daß sich die Rolle und die Verantwortung der Machtorgane und der Massenorganisationen erhöht, daß sich ihre Initiative entfaltet, daß sie sich politisch und organisatorisch festigen, daß sie befähigt werden, ihre Aufgaben so gut wie möglich durchzuführen. Aus diesem Grund kritisiert die Partei nach wie vor jene Praktiken als fremd und schädlich, wenn ein Parteiorgan bzw. eine Parteiorganisation versucht, eine bürokratische Vormundschaft über die Hebel der Partei zu stülpen, ihnen alles zu diktieren und aufzuzwingen, ihre Selbsttätigkeit zu erdrücken und zu ersticken.

Als führende Kraft des Staates und der Gesellschaft hat die Partei die Aufgabe, die Arbeit aller Machtorgane und Massenorganisationen zu koordinieren. Auch die letzteren selbst müssen parallel zu der Durchführung ihrer Funktionen und Aufgaben die Zusammenarbeit untereinander als notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit festigen. Selbstverständlich haben jedes Organ und jede Organisation ihr eigenes Profil und ihre speziellen Eigenarten in der Arbeit, doch dürfen diese Besonderheiten nicht verabsolutiert werden, weil alle für ein Ziel arbeiten und kämpfen. Dadurch, daß sie zusammenarbeiten, doublieren oder ersetzen sie sich nicht gegenseitig, ebenso geraten sie nicht in gegenseitige Abhängigkeit, weil alle von der Partei geführt werden und jeder in seinem Bereich für die Durchführung der Aufgaben, die sie stellt, arbeitet und kämpft.

Festigung der Machtorgane

Eine besondere Fürsorge zeigt die Partei **für die fortwährende Festigung der Organe der Staatsmacht und der Staatsverwaltung** vom Zentrum bis zur Basis. Die Volksmacht ist die größte Errungenschaft und die mächtigste Waffe der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen für den Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung des Vaterlandes. Deshalb hüten wir sie wie unseren Augapfel und festigen sie ständig im Kampf gegen die ihr drohenden Gefahren, gegen Liberalismus und Bürokratismus.

Die Fürsorge der Partei zur Festigung und Hebung der Rolle der Machtorgane und insbesondere der Volksräte ist unaufhörlich gewesen und muß unaufhörlich sein. Die Partei hat jede Erscheinung des Formalismus in der Tätigkeit der Räte bekämpft und verlangt, daß ihre Rechte und Befugnisse genauestens eingehalten werden; es darf nicht zugelassen werden, daß sie von den Exekutivorganen übernommen werden. Die strenge Respektierung der Verfassungsnormen hinsichtlich der gesetzgebenden Organe der Staatsmacht und des Verhältnisses zwischen ihnen und ihren exekutiven bzw. befehlsgebenden Organen hat mit der Bewahrung des demokratischen Charakters unserer Macht zu tun, die im Volk wurzelt und dem Volk gehört.

Bei uns führen die Organe der Staatsmacht ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit den werktätigen Massen durch. Auf diesen engen Verbindungen mit dem Volk beruht die unbezwingbare Stärke unserer Volksmacht, deshalb haben wir diese Verbindungen zu bewahren, zu festigen und unaufhörlich zu vervollkommnen. Dadurch, daß dieser Weg wie immer konsequent gegangen wird, wird sich auch die Rolle der Massen selbst und ihre Teilnahme an den Angelegenheiten des Staates heben, wird sich unsere sozialistische Demokratie erweitern, ohne die die Diktatur des Proletariats weder verstanden noch gefestigt werden kann.

Die ganze Tätigkeit unseres Staates stützt sich auf die Verfassung und auf die Gesetze, die ihr entspringen, in denen in synthetisierter Form der Inhalt der Linie und Politik der Partei zum Ausdruck kommt. Die Partei hat nicht zugelassen und wird niemals zulassen, daß Erscheinungen von Willkür und Gesetzesverletzungen vorkommen, die die Interessen der Gesellschaft oder der einzelnen Staatsbürger antasten würden; deshalb hat sie immer darauf beharrt, daß alle Staatsorgane und ihre Mitarbeiter die Gesetze des Staates gut kennenlernen und genauestens einhalten. Vermittels einer breiten propagandistischen Arbeit müssen diese Gesetze immer besser auch bei den werktätigen Massen bekanntgemacht werden, damit sie imstande sind, ihre Pflichten zu tun, für ihre Rechte einzutreten und gegen jede Entstellung des Gesetzes, von welcher Seite auch immer, zu kämpfen. Die Kenntnis und die Durchführung der Gesetze ist eine entscheidende Bedingung dafür, daß sich die Tätigkeit der Staatsorgane und der Volksmassen auf richtigem Weg entwickelt und Erfolge hat. Das trägt dazu bei, überall Disziplin und Ordnung, überall das sozialistische Bewußtsein zu festigen und zahlreichen Übeln den Weg zu verlegen.



Mit Volkstänzen wird der 8. Parteitag gefeiert

Die Partei sorgt dafür, daß die gewählten Machtorgane, von den Volksräten der Dörfer und der Bezirke bis hin zur Volksversammlung, ihre verschiedenen Aufgaben erledigen und die Befugnisse ausschöpfen, die ihnen auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, sozial-kulturellen, bildungsmäßigen, wissenschaftlichen Lebens usw. zustehen. Sie sorgt dafür, daß Erscheinungen der Einseitigkeit vermieden werden, die bei einigen Machtorganen in den Bezirken festzustellen sind, die sich hauptsächlich mit Wirtschaftsproblemen befassen und den anderen Bereichen der staatlichen Tätigkeit zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Die Partei hat ebenso die Praxis einiger Volksräte der zusammengeschlossenen Dörfer kritisiert, die, ausgehend von der Tatsache, daß sich die Vorstände der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Problemen der Wirtschaftsleitung und Wirtschaftsentwicklung befassen, diese Probleme nicht verfolgt haben, keine Kontrolle ausgeübt haben und die Erfüllung der Aufgaben des staatlichen Wirtschaftsplans keine Rechenschaft verlangt haben.

Die großen Aufgaben, die wir vor uns haben, erfordern, daß Methode und Stil sämtlicher Staatsorgane, die Organisierung und Leitung der Arbeit durch sie weiter vervollkommnet wird. Diese Vervollkommnung darf nicht auf einfache und bürokratische Weise aufgefaßt werden, als ob man sie durch die Vergrößerung der Stellenpläne vornehmen könnte. Im Gegenteil, die Organisierung und Leitung der Arbeit wird dadurch verbessert und vervollkommnet, daß Erscheinungen des Bürokratismus, insbesondere veraltete Vorstellungen, Arbeitsmethoden und Arbeitsformen bekämpft werden, die in vielen Fällen nicht mehr dem Entwicklungsstadium und der Komplexität der auf das Land zukommenden Probleme entsprechen.

In den Organen der Staatsmacht und der Staatsverwaltung im Zentrum und an der Basis müssen die Parteiorganisationen, ihre Kader und Werktätigen beharrlicher gegen jeden Mangel an Verantwortungsgefühl kämpfen, gegen verschiedene Schlampereien, dagegen, daß man sich im täglichen Kleinkram verzettelt, gegen fehlende Initiative und Selbsttätigkeit, gegen Erscheinungen von Kriechertum, Konformismus oder Überheblichkeit, gegen enge sektoriale und lokale Einstellungen, gegen handwerklerische Vorstellungen und Praktiken usw. Damit dieser Kampf erfolgreich ist, muß er sowohl durch Erziehung, aber auch durch Organisierung und strenge Disziplin und Kontrolle geführt werden.

US-Manöver „Heller Stern" in Ägypten

Die Eingreiftruppe probt den Krieg ums Öl

KAIRO.— In mehreren Ländern das Nahen Ostens laufen gegenwärtig die umfangreichsten Manöver, die amerikanische Streitkräfte jemals in dieser Region durchgeführt haben. Beteiligt daran sind 6000 US-Soldaten, der Kern der Rapid Deployment Force (RDF), einer für Aggressionen hauptsächlich gegen Länder des Nahen Ostens geschaffenen Eingreiftruppe.

Die Übungen begannen am 14. November mit Angriffsoperationen der 82. US-Luftlandedivision. Etwa 850 Fallschirmspringer wurden in einem Wüstengebiet westlich der ägyptischen Hauptstadt Kairo abgesetzt. Daneben waren auch 24 Transportflugzeuge im Einsatz,



US-Manövertruppen in Ägypten

aus denen schweres Gerät wie Geschütze und Fahrzeuge mit Fallschirmen abgeworfen wurde. Bomber des Typs B 52, die teilweise nonstop aus den USA herangeflogen worden waren, übten Angriffe auf feindliche Stellungen.

Das Manöver war zwar als gemeinsame amerikanisch-ägyptische Aktion ausgegeben worden, aber bezeichnend für seinen wirklichen Charakter war schon die Tatsache, daß unter den Fallschirmspringern ganze zehn ägyptische Soldaten waren. Tatsächlich spielte die Kairoer Armee bei diesen Übungen nur eine Statistenrolle; ihr kam die Aufgabe zu, die Angriffsoperationen der amerikanischen Eliteeinheiten abzusichern.

Daß sich die US-Militärstrategen gerade Ägypten als Hauptschauplatz ihrer provokativen Manöver auserkoren haben, ist kein Zufall. Es liegt in der Entwicklung begründet, die dieses Land in den letzten Jahren unter dem Regime Sadats genommen hat. Diese Entwicklung wird drastisch deutlich an der amerikanischen Botschaft in Kairo. Noch 1973 — als nach einer mehrjährigen Unterbrechung die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen wurden — arbeiteten dort sieben Diplomaten. Heute umfaßt die Botschaft (zusammen mit einem angegliederten Militärbüro und einer Wirtschaftsorganisation) ein Personal von 875 Amerikanern. Damit ist sie die größte Auslandsvertretung der USA in der ganzen Welt.

Diese gewaltige Aufstockung ihrer Zentrale in Kairo spiegelt das große Interesse der amerikanischen Imperialisten an Ägypten wider. Sadat hat ihnen gegenüber die Politik der offenen Tür verfolgt, das bedeutet, er hat dem nach Ägypten fließenden amerikanischen Kapital jedes Hemmnis aus dem Weg geräumt. Die US-Monopole nehmen inzwischen nicht nur Schlüsselstellungen in der ägyptischen Wirtschaft ein. Sie kontrollieren auch den empfindlichsten Bereich bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. 40 Prozent des ägyptischen Weizenkonsums werden mit Einfuhren aus den USA gedeckt.

Von zunehmend stärker werdender Bedeutung bei der Kontrolle über Ägypten ist für die amerikanischen Imperialisten der militärische Aspekt. Denn ihre eigentlichen Interessen liegen nicht in den Ressourcen Ägyptens, sondern in den Ölreichtümern der Golfregion. Hier haben sie aber mit dem Schah-Regime ihre wichtigste Stütze verloren. Deshalb versuchen sie jetzt, Ägypten als Ersatz für den Iran zu einer militärischen Bastion auszubauen.

In den letzten Jahren wurden riesige Mengen von Waffen in das Land gepumpt, deren Wert sich jährlich auf durchschnittlich eine Milliarde Dollar belief. Im vergangenen Jahr räumte Sadat den USA das Recht ein, ägyptische Militäreinrichtungen zu benutzen, und er bot ihnen darüber hinaus an, in Ras Banas am Roten Meer einen riesigen Luft- und Marinestützpunkt unter amerikanischem Kommando auszubauen. Überdies hatte er stets zu verstehen gegeben, daß die amerikanischen Kriegstreiber im „Ernstfall" — also bei einer bewaffneten Aggression im Nahen Osten — auch auf Einheiten der ägyptischen Armee zurückgreifen könnten.

Diese „Zusammenarbeit", die in Wahrheit nichts anderes ist als ein Verkaufen der ägyptischen Streitkräfte als Kanonenfutter für die amerikanische Supermacht, hat jetzt mit den Großmanövern ihren ersten konkreten Ausdruck gefunden. Sadat selbst konnte die faulen Früchte seiner Politik nicht mehr erleben. Aber sein Nachfolger Mubarak ist offenbar gewillt, diese Politik der vollständigen Unterwerfung unter die Interessen der amerikanischen Supermacht fortzuführen.

Wenn die jetzigen Manöver der US-Eingreiftruppe auch ihren Schwerpunkt in Ägypten haben, so sind sie doch nicht auf dieses Land beschränkt. Im



Manövergebiet

Rahmen der Übungen, die bis Anfang Dezember andauern sollen, werden auch Landemanöver an den Küsten Somalias und Omans durchgeführt. Auch in diesen beiden Ländern haben die amerikanischen Imperialisten in der jüngsten Zeit ihre militärischen Positionen weiter gefestigt. In Somalia bauen sie gegenwärtig den früheren sowjetischen Stützpunkt Berbera aus, in Oman erweitern sie den von den Briten angelegten Militärflughafen auf der Insel Masirah. Beide Stützpunkte werden Landebahnen erhalten, auf denen auch die B-52-Bomber starten und landen können.

Wenn der Ausbau der hier erwähnten Stützpunkte in Ägypten, Somalia und Oman fertiggestellt sein wird, können dort all die militärischen Ausrüstungen gelagert werden, die für eine großangelegte Aggression im Nahen Osten notwendig sind. Es müssen dann nur noch die Einheiten der RDF eingeflogen werden, die dieses Gerät dann unmittelbar einsetzen können. Die Grundlagen für einen solchen Einsatz hat schon Reagans Vorgänger Carter gelegt, als er die gesamte Golfregion unverhohlen zum Interessengebiet der USA erklärte. Reagan hat die Kriegsdrohungen gegen die Völker dieser Region weiter verschärft, als er unmißverständlich erklärte, ein zweites Iran würde Washington nicht hinnehmen.

Wo immer also ein Volk im Nahen Osten den Versuch unternimmt, sich von der amerikanischen Oberherrschaft zu befreien, wollen die US-Imperialisten diesen Befreiungskampf im Blut ersticken. Allein diesem Ziel dient die Aufstellung der RDF, die nach den schon von Carter entwickelten Plänen insgesamt 150000 auf den Wüstenkrieg gedrillte Killer umfassen soll.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die jetzt durchgeführten Übungen für eine künftige militärische Aggression in der arabischen Welt auf scharfe Proteste gestoßen sind. Sie wurden als „terroristische Akte" und als „Invasion" verurteilt. Yassir Arafat, der Chef der PLO, nannte sie eine Bedrohung nicht nur der arabischen Freiheitsbewegungen, sondern der ganzen Menschheit. Und das ist durchaus richtig.

Denn was die amerikanischen Imperialisten mit dem Aufbau der RDF und der für ihren Einsatz vorgesehenen Stützpunkte betreiben, ist ja faktisch die militärische Besetzung von Teilen der Region. Und das ruft natürlich auch ihre Konkurrenten, die sowjetischen Sozialimperialisten, auf den Plan. Moskau seinerseits betreibt gegenwärtig den Ausbau seines militärischen Potentials in der Golfregion. Mit Äthiopien und dem Südjemen wurden sogenannte Freundschaftsverträge geschlossen, die jeweils militärische Beistandsklauseln enthalten. Diese Länder werden immer stärker mit sowjetischen Waffen, „Militärberatern" und Soldaten aus sowjetischen Satellitenstaaten überschwemmt; daneben baut Moskau auch seine Flotte im Indischen Ozean ständig weiter aus.

Die Kreml-Herren betreiben dieses Geschäft zwar unter dem Mantel einer angeblichen Hilfe für die Völker in den von ihnen beherrschten Ländern. Tatsächlich aber hat ihr militärischer Aufmarsch in der Golfregion ein ganz anderes Ziel: Sie wollen den amerikanischen Konkurrenten nicht die uneingeschränkte Kontrolle über das Öl lassen. So sind die jetzigen US-Manöver in Ägypten, Oman und Somalia nicht zuletzt auch ein Ausdruck dafür, daß im Bereich des Persischen Golfs eine explosive Situation entstanden ist, die jederzeit auch zu einer unmittelbaren militärischen Konfrontation zwischen den beiden großen imperialistischen Räubern werden kann.

Das aber wäre dann möglicherweise der Funke, aus dem sich ein weltweiter Krieg zwischen den Supermächten und ihren Blöcken entwickeln könnte.



Käuferschlange in Rumänien

Streiks auch in Rumänien

BUKAREST.— Aus Rumänien wurden in der vergangenen Woche wieder Streiks und andere Aktionen gemeldet, mit denen die Massen vor allem gegen die anhaltende Lebensmittelknappheit protestierten.

Ähnlich wie Polen versinkt auch Rumänien immer tiefer im Chaos einer katastrophalen Wirtschaftslage. Schon Ende Oktober wurden Grundnahrungsmittel wie Brot, Mehl, Zucker oder Speiseöl rationiert. Und das revisionistische Regime, das nicht in der Lage ist, eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, bedroht jetzt diejenigen mit langjährigen Gefängnisstrafen, die beispielsweise mehr als zwei Kilo Mehl (die monatliche Ration) zu Hause lagern.

Im Jiutal, dem größten Kohlerevier des Landes, legten die Bergleute aus Protest gegen die unzureichende Versorgung die Arbeit nieder. Sie nahmen im Verlauf ihres Streiks den Exarbeitsminister Bobu gefangen, um den Parteichef Ceaucescu zu zwingen, in das Kohlerevier zu kommen und sich den Protest der Kumpel anzuhören. Als der Parteichef dann anreiste, wurde er von jugendlichen Demonstranten mit Steinen beworfen, worauf er wieder zurück in die Hauptstadt flüchtete.

In der Stadt Motrul wurden bei einer Demonstration eine Parteizentrale und eine Polizeistation angegriffen und in Brand gesteckt.

Zahlreiche Großaktionen in Westeuropa

Massendemonstration für Griechenlands NATO-Austritt

MADRID/ATHEN.— Zu zwei gigantischen Demonstrationen gegen die NATO kam es am vorletzten Wochenende in Spanien und Griechenland. In Spanien war zu einer Massenkundgebung gegen den Regierungsbeschluß, der NATO beizutreten, aufgerufen worden. Fast eine halbe Million Menschen kamen. Rund 150000 Menschen beteiligten sich in Athen an einer Demonstration anläßlich des Jahrestages des Studentenaufstands gegen die faschistische Junta 1973.

Auch in dieser Demonstration stand als Hauptforderung die NATO-Gegnerschaft. „Griechenland raus aus der NATO" und „Amerikaner raus aus Griechenland" waren die Hauptparolen dieser Massendemonstration.

Diese Gedenkdemonstration in Athen zeigte erneut in aller Deutlichkeit, wie breit im griechischen Volk das Bewußtsein darüber verbreitet ist, daß die USA und die NATO die Verantwortlichen für die siebenjährige faschistische Diktatur waren.

Die neue griechische Regierung hat inzwischen deutlich gezeigt, daß sie offensichtlich nicht bereit ist, die alte Forderung des griechischen Volkes nach Austritt aus der NATO zu erfüllen, mit der sie ihren Wahlkampf führte und die einer der Hauptgründe für ihre Wahl war.

Aufgrund dieser Entwicklung hatte die Demonstration dieses Mal eine so ungeheure Größe. Auch in anderen griechischen Städten fanden (kleinere) Demonstrationen statt, in denen die Forderung nach dem Austritt Griechenlands aus der NATO die Hauptlosung war.

In Spanien hatte die Sozialistische Partei, deren Führung selbst eine demagogische Haltung zur NATO einnimmt, zu einer Kundgebung gegen den jüngst von der Regierung beschlossenen NATO-Beitritt aufgerufen, da dieser Beschluß ohne einen Volksentscheid zustandegekommen sei.

Viele Demonstranten forderten nicht nur, wie die gesamte Demonstration, den Rückzug dieses Beitritts, sondern auch die Abschaffung der amerikanischen Militärbasen im Land.

In Großbritannien fand an diesem Wochenende die nationale Konferenz der Kampagne für nukleare Abrüstung statt. Auf diesem CND-Kongreß wurde die Forderung nach einseitiger nuklearer Abrüstung des Landes abermals bekräftigt. Weiter wurde über die Kampagnen des nächsten Jahres beschlossen.

Dabei ist eine langfristig vorbereitete Großdemonstration im Juni eines der zentralen Vorhaben. Überall im Lande aber sollen rund um die amerikanischen Raketenstützpunkte sogenannte Friedenslager errichtet werden, die nicht nur zeigen sollen, wo diese Stützpunkte sind, sondern auch durch andauernde politische Tätigkeit die Umgegend zu mobilisieren haben werden. Deshalb sollen diese Lager auch permanente, also ständige Lager sein.

So werden überall in Europa die Friedensaktivitäten fortgesetzt, wobei sich die Forderungen nach Austritt aus der NATO, nach einseitigen Abrüstungsmaßnahmen immer mehr verbreiten.

Gegen den „Friedenskampf" der KABD-Führung

Den Frieden erhalten — NATO-Austritt erzwingen

Trotz „revolutionärer" Phrasen hilft die KABD-Politik der Bonner Regierung

In seinen „Thesen zum Friedenskampf" („Roter Morgen" Nr. 43/81) hat es das Zentralkomitee der KPD der ganzen Partei, jedem Kommunisten zur Aufgabe gemacht, für eine klare revolutionäre Ausrichtung der Friedensbewegung zu sorgen. In den „Thesen" heißt es: „(Es ist) die Pflicht jedes Kommunisten, alle Auffassungen, Thesen und Theorien zu entlarven und zu bekämpfen, die die Friedensbewegung einengen bzw. sie in eine falsche, der Bourgeoisie dienende Richtung lenken."

Eines der Beispiele für derartige Theorien, die dann folgen, ist in der Auseinandersetzung mit der Politik des KABD besonders aktuell. Es lautet:

- **„das Benutzen von Losungen und Forderungen wie z.B. für Abrüstung in Ost und West, Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts etc., um den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, den westdeutschen Imperialismus, das Aufstellen konkreter Forderungen an die Bundesregierung zur Erhaltung des Friedens zu verhindern.**

Natürlich sind wir Kommunisten für die Abrüstung in Ost und West, für die Auflösung der aggressiven Militärblöcke der NATO und des Warschauer Pakts, doch entzieht sich die Durchsetzung dieser Forderungen unserem eigenen Vermögen, da sie sich auf andere Staaten erstrecken und nur duch den gemeinsamen Kampf des Proletariats, der Werktätigen aller Länder, durchgesetzt werden können."

Die „Thesen" stellt der KABD in das Hauptschußfeld einer theoretischen Breitseite, die er in einem Artikel seiner Zeitung „Rote Fahne" gegen den Friedensplan der KPD abfeuert. Die Kernpunkte unseres Friedensplans werden in den „Thesen" noch einmal zusammengefaßt:

- **Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden. „Ami go home!"**
- **Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung!**
- **Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!**
- **Erklärung der Neutralität der Deutschen Bundesrepublik!**

In beiden Teilen Deutschlands kämpfen die Genossen der KPD gegen die Mitgliedschaft in den imperialistischen Militärblöcken, für den Abzug aller fremden Truppen, für Neutralität. Gemäß der Feststellung unseres Zentralkomitees: „Wir Kommunisten kämpfen aufrichtig für die Erhaltung des Friedens. Wir wollen den Sozialismus nicht auf den Trümmern eines zerstörten Deutschlands errichten. Deshalb bleibt unser Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland untrennbar mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens verbunden." („Thesen zum Friedenskampf")

In einer äußerst oberflächlichen Polemik — alle Kritikpunkte und aufgeworfenen Fragen finden eine Antwort, wenn man die „Thesen" vollständig studiert; wir möchten das jedem Mitglied des KABD im Interesse der ernsthaften Auseinandersetzung ans Herz legen; die Frage des Friedenskampfes ist zu wichtig, um die Zeit mit oberflächlichen Phrasen zu vertun — in dieser Polemik also stellt der KABD nur heraus, daß die Bundesrepublik ein imperialistisches Land ist, was, wie er selbst hinzufügt, selbstverständlich auch von der KPD anerkannt wird.

Ein imperialistischer Staat aber, so die Weisheit des Artikelschreibers, ist immer aggressiv. Dazu wird auch Lenin zitiert, u.a. so: „Die ‚Außenpolitik' von der Innenpolitik (Satzfehler? Bei Lenin: *Politik* — Red.) schlechthin zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik entgegenzustellen ist grundfalsch, unmarxistisch, unwissenschaftlich. Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion." (Lenin, Werke, Bd. 23, S. 34)

Weiter wird Lenins Polemik gegen die Vorstellungen des Revisionisten Kautsky zitiert, „(...) als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nichtmonopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik." (Lenin, Werke, Bd. 22, S. 274)

Damit glaubt der Autor seiner Pflicht zur theoretischen Untermauerung seiner eigenen Ausführungen Genüge getan zu haben. — Wie wenig nutzt es doch, mit zusammengesuchten, unverstandenen Zitaten um sich zu werfen!

Mit der Darstellung des ökonomischen Wesens des Imperialismus als monopolistischer Kapitalismus mit der zwangsläufigen Folge des internationalen Konkurrenzkampfes — mit den Monopolen anderer imperialistischer Staaten —, um das im eigenen Land bereits erreichte Monopol zum „vollen Monopol" (Lenin) zu machen, konstruiert der KABD eine Art „ökonomischer Unrealisierbarkeit" einer Politik der Neutralität, der Blockfreiheit durch einen imperialistischen Staat.

Das hat mit der Wirklichkeit offenkundig nichts zu tun.

In den Mittelpunkt seiner Kritik stellt der „Rote-Fahne"-Autor, daß die KPD sich das folgende „Teilziel" stellt: „Ersetzung der derzeitigen amerikahörigen Bundesregierung durch eine (...), die bereit ist, wenigstens zeitweilig durch eine Politik der Neutralität den Frieden für die Bundesrepublik sicherer zu machen."

Das sei Revisionismus, Leugnung der Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus usw.

Und es folgen die bedeutungsvollen Sätze: „Noch ist der BRD-Imperialismus nicht stark genug, noch sind die deutschen Monopole zur Durchsetzung ihrer Interessen auf das NATO-Bündnis angewiesen. Aber eine ‚neutrale' BRD außerhalb der NATO wäre ein imperialistisches Land, das **ebenso** (Hervorhebung von uns — Red.) den Weltfrieden bedroht."

Was letztendlich auf die falsche Behauptung hinausläuft, jedes imperialistische Land bedrohe eben durch seine Existenz gleichermaßen akut den Weltfrieden wie alle anderen.

Im übrigen gesteht der KABD also doch ein, daß eine Trennung der Bundesrepublik vom NATO-Block möglich ist. Aber, wenn man ihm glauben soll, dann nur, wenn die hiesigen Imperialisten das selber wollen. Nur als Ergebnis des Konkurrenzkampfes mit den USA, offenbar zu einem Zeitpunkt, wo diese von der Bundesrepublik endgültig überflügelt werden. Eine solche Tendenz skizziert die „Rote Fahne" bereits in dem zitierten Artikel.

Wir werden im Laufe unseres Artikels diese Punkte noch gründlicher unter die Lupe nehmen. Hier vorerst einige Anmerkungen:

Stalin — ein Revisionist?

Das Zitat aus dem „Roten Morgen" über das „Teilziel" ist verkürzt wiedergegeben. Es gibt zwar die Überlegung der KPD richtig wieder; interessant ist dennoch, daß ausgerechnet eine Bezugnahme auf Ausführungen des Genossen Stalin ausgelassen wird. Diese findet sich dort, wo die „Rote Fahne" drei Pünktchen setzt.

Das Zitat lautet vollständig:

„Insofern ist klar, daß der Kampf um die Verwirklichung der wichtigsten Forderungen des Friedensplanes der Partei, die Forderung nach Neutralität, keine Zwischenetappe auf dem Weg zum Sozialismus ist, sondern nur ein Teilziel erstrebt: die Ersetzung der derzeitigen amerikahörigen Bundesregierung durch eine, **die wenigstens nach Stalin ‚zur Verhütung eines bestimmten Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung des gegebenen Friedens (...) bereit ist.'** Die bereit ist, wenigstens zeitweilig durch eine Politik der Neutralität den Frieden für die Bundesrepublik sicherer zu machen." (Hervorhebungen von uns — Red.)

Stalin hielt eine solche Politik durch Regierungen imperialistischer Staaten durchaus für möglich und rief die Kommunisten auf, in diesem Sinne tätig zu werden.

In einem imperialistischen Land eine Politik zu erzwingen, die es an der Beteiligung an konkreten Kriegsvorbereitungen oder der Teilnahme an einem bestimmten Kriege hindert, heißt ja noch nicht, seinen imperialistischen Charakter zu beseitigen. „Neutralität", wie wir sie fordern, heißt ja auch nicht, einen „klassenneutralen Staat" zu fordern. Es heißt, daß die Bundesrepublik sich nicht mehr an der NATO-Politik beteiligt. Es heißt damit auch, die akute Kriegsvorbereitung zumindest zu verzögern. Es heißt mit Sicherheit, den anderen Völkern eine wichtige Unterstützung und ein gutes Beispiel zu geben.

Die KPD betont in ihren „Thesen" die Ablehnung jeglicher Illusionen über den Charakter auch eines neutralen Westdeutschlands.

Aber das ändert doch nichts daran, daß wir die beschriebene und erreichbare Schwächung des NATO-Kriegsblocks erkämpfen müssen. Damit schaffen wir uns auch wesentlich bessere Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus.

Schließlich hat die Loslösung des starken imperialistischen westdeutschen Staates aus der NATO zur Voraussetzung, daß die Arbeiterklasse die Führung des Friedenskampfes übernimmt. Unsere Partei kämpft in den Betrieben unter der Losung „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn" eben dafür, die heute noch mangelhafte Verbindung der Friedensbewegung zur Arbeiterklasse zu überwinden.

In einer durch den Klassenkampf des Proletariats, durch revolutionäre Aktionen, durch Streiks bis hin zum Generalstreik erzwungenen blockfreien Bundesrepublik steht eine wesentlich gestärkte Arbeiterklasse einer wesentlich geschwächten Bourgeoisie gegenüber. Bewußtheit und Kampferfahrung werden gewachsen sein. Die Voraussetzungen für die endgültige Beseitigung des imperialistischen Systems sind besser geworden.

Wir möchten, um zum allgemeinen Ausgangspunkt der Neutralitäts-Diskussion zurückzukommen, noch kurz an die in unserem Friedensplan aufgeführten Beispiele neutraler Staaten erinnern.

Ist der KABD vielleicht ernstlich der Meinung, ein Land wie zum Beispiel Schweden — das, bei aller Unvollkommenheit und deutlichen wirtschaftlichen Bindungen an die USA, den Status der Neutralität aufrechterhält — sei kein Land der Monopole, kein imperialistisches Land? Stellt sich dem Volk und der Arbeiterklasse Schwedens etwa nicht die Aufgabe, unter Ausnutzung dieses Zustandes der Neutralität eine tatsächliche Sicherung einer von der NATO unabhängigen Politik, eine Ablehnung aller militärischen Umarmungsversuche der USA zu erkämpfen?

Die Theoretisierereien des KABD stehen auf schwachen Füßen und führen zu Widersprüchen in der eigenen Argumentation. Das wird hier schon deutlich.

KABD-Führung in Nöten

Die KABD-Führung hat es nicht leicht. So, wie sich die Forderung nach Neutralität innerhalb der Friedensbewegung immer mehr durchsetzt und in der Bevölkerung immer mehr Anhänger gewinnt, erscheint sie offensichtlich auch Mitgliedern dieser Organisation einleuchtend. Kein Wunder.

Der Artikel in der „Roten Fahne" 23/81 ist auch nicht der erste Versuch, diese Forderung zu verleumden. Es ist der vierte innerhalb der letzten fünf Ausgaben dieser Zeitung. Der KABD hat sich überhaupt erst vor einigen Monaten überlegt, daß er mit seiner sturen Wiederholung der Parole „Für Frieden, Freiheit — Sozialismus" nicht mehr weiterkommt, daß er sich vollends ins Abseits stellt und natürlich auch die Unzufriedenheit der Mitglieder des KABD hervorruft. Denn diese, vor allem die Arbeitergenossen, wollen tatsächlich für die Erhaltung des Friedens kämpfen.

Deshalb ging der KABD dazu über, konkrete Forderungen aufzustellen.

Wir wollen versuchen, die an Ungereimtheiten und Widersprüchen nicht gerade armen Darstellungen zu diesem Problem systematisch und in ihrer Entwicklung zu behandeln. Als Hauptlosung hat der KABD die Forderung „Für die Auflösung aller Militärblöcke in Ost und West" erkoren. So ist auch ein Grundsatzartikel in der „Roten Fahne" vom 15.8. überschrieben. Darin konstatiert der KABD:

„Zunehmend ertönt in der heutigen Friedensbewegung die Forderung ‚Raus aus der NATO'. Damit wird die Hoffnung verbunden, die BRD könne sich abseits der waffenstarrenden Konfrontation der größten imperialistischen Machtblöcke halten."

Es wird weiter ausgeführt: „Der Austritt eines imperialistischen Landes aus einem Militärpakt ist durchaus denkbar." Dann wird kurz das Interesse der westdeutschen Bourgeoisie an der NATO skizziert, und es folgt die Feststellung:

„Es wäre eine Illusion, zu meinen, daß ein aus der NATO ausgetretenes Westdeutschland eine ‚neutrale', weniger aggressive BRD wäre."

Hier erfolgt die Deutung der Neutralität also ausdrücklich in einem ganz anderen Sinn, als sie von unserer Partei und allen anderen Menschen, aus deren Mund sie „zunehmend ertönt", gebraucht wird. Kein Mensch außer den KABD-Theoretikern stellt die Frage so. Dennoch wird auch auf diese Weise gegen unsere Forderung polemisiert!

Immerhin heißt es zum Schluß: „Die Arbeiterklasse muß die Widersprüche zwischen den Imperialisten ausnützen und für die Auflösung der Bündnisse kämpfen. Das schwächt die Imperialisten und erleichtert damit die Bedingungen für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Deshalb fordern wir:

‚Für die Auflösung aller Militärblöcke in Ost und West!'

‚Abzug aller fremden Truppen aus der BRD und der DDR!'

Die Losung ‚Raus aus der NATO' **allein** ist unserer Meinung nach unzureichend und muß deshalb mit der Forderung

nach Auflösung aller Militärblöcke **verbunden** werden. Dafür wird sich der KABD in Aktionseinheiten in der Friedensbewegung einsetzen.

Der wirkungsvollste Beitrag für den Frieden ist heute der Kampf für Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen." (Hervorhebungen im vorletzten Absatz von uns — Red.)

Verfolgen wir diesen Gedankengang.

Wenn die Forderung nach Auflösung der Blöcke keine abstrakte, unverbindliche Parole bleiben soll, müssen Schritte angegeben werden, wie wir hier und heute praktisch dafür kämpfen können. Daß es nicht reicht, diese Forderung nur zu propagieren, wird unter anderem daran deutlich, daß sie in ihrer Unverbindlichkeit auch schon von Breschnew akzeptiert wurde, ebenso von verschiedenen westlichen Politikern. Richtig, das haben wir mehrfach betont, ist sie allemal.

Dasselbe gilt für die als „wirkungsvollster Beitrag" bezeichnete Forderung gegen die ABC-Waffen.

Wenigstens eine konkrete Parole findet sich hier: die nach Abzug aller fremden Truppen. Wobei wir zunächst einmal unterstellen, daß der Schreiber des „Rote-Fahne"-Artikels den erzwungenen Abzug der westlichen Truppen aus der Bundesrepublik auch dann schon begrüßen würde, wenn die Sowjets dann noch in der DDR stehen sollten.

Die Bundesrepublik ist Mitglied der NATO. Wenn man die Auflösung der Blöcke will, muß man in jedem Land für die Lösung dieses Landes aus den Blöcken kämpfen. Muß die Bundesrepublik also raus aus der NATO.

Wenn man die Atomwaffen verbieten und vernichten lassen will, muß die westdeutsche Arbeiterklasse in Westdeutschland die Bedingungen dafür schaffen. Müssen diese Waffen von westdeutschem Boden verschwinden. Das bedeutet wie bei allen diesen Forderungen: harter Klassenkampf gegen die, die ein Interesse an ihrer Stationierung haben. Das bedeutet: Ausnutzen der Widersprüche auch im eigenen Land, nicht nur im internationalen Maßstab. (Auf diesen Gedanken kommt die „Rote Fahne" überhaupt nicht!) Das bedeutet auch: Lösen aus der NATO-Strategie, denn diese sorgt für die Stationierung dieser Waffen bei uns.

Wenn man die fremden Truppen raushaben will, dann geht das nicht, ohne die Bindungen an die NATO aufzukündigen. Wer gibt ihnen denn das „Recht", hier zu stehen? Wer gibt den Amis das „Recht", hier die Kommandozentralen über die Atomwaffen zu besetzen? Der Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland ist Bestandteil des Neutralisierungskonzepts und ohne dieses undurchführbar.

Die KPD stellt die Forderung „Raus aus der NATO!" nicht „allein" auf. Wir „verbinden" sie allerdings nicht nur mit der nach Auflösung aller Blöcke. Wir verbinden sie vor allem mit konkreten Angriffen auf den westdeutschen Imperialismus.

In aller Deutlichkeit ist das in den „Thesen" des ZK festgehalten (ein weiteres Beispiel für die unernste Art der Auseinandersetzung, wie sie in der „Roten Fahne" 23/81 geführt wird!):

„(Die Bundesrepublik) bleibt — auch neutral — auf vielfältige Weise der imperialistischen Weltbourgeoisie verbunden und würde auch weiterhin ihre eigenen aggressiven imperialistischen Interessen und Ziele verfolgen. **Deshalb ist es notwendig, die Forderung nach Neutralität unbedingt mit Forderungen zu verbinden, die eine Schwächung des westdeutschen Imperialismus bedeuten, wie Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung, Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von deutschem Boden etc.**" (Hervorhebung von uns — Red.)

Wer die Überlegungen der „Roten Fahne" in ihrem August-Artikel konsequent zu Ende denkt, der dürfte sich den Positionen der KPD leicht anschließen können.

KABD-Genossen fordern Klarheit

Derartiges trat im KABD offensichtlich auch ein. Das führte aber von seiten der Führung dieser Organisation, wie wir sehen werden, nicht zu einer Nachvollziehung dieses Schritts, sondern zu einer immer einseitigeren und wütenderen Polemik und Aufgabe ansatzweise richtiger Überlegungen.

In der „Roten Fahne" vom 12.9. schreibt die Redaktion:

„Genossen aus Waiblingen stellten uns in Bezugnahme auf den Artikel ‚Für die Auflösung aller Militärblöcke in Ost und West' (...) die Frage: *‚Ist nicht gerade die Forderung ‚BRD raus aus der NATO' eine Konkretisierung der Auflösungsforderung, die NATO ist ja das augenblickliche Militärbündnis der BRD?'*" (Wir sind sicher, daß diese Frage von Genossen nicht nur in Waiblingen gestellt wurde und wird!)

„Nein", antwortet die „Rote Fahne", „heute nicht". „Früher" schon, aber jetzt hätten sich so viele Veränderungen in der Weltlage eingestellt... Vor allem die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und ihre Verwandlung in eine imperialistische Macht.

„Was bedeutet das aber? Das bedeutet, daß es nicht mehr nur *ein* aggressives Militärbündnis gibt, wie Anfang der 50er Jahre, sondern *zwei*, nämlich NATO und Warschauer Pakt. Von diesen beiden Militärblöcken geht heute die Hauptkriegsgefahr aus.

Die Forderung ‚BRD raus aus der NATO' richtet sich aber nur gegen einen der aggressiven Militärblöcke und **beinhaltet von vornherein eine gewisse Einseitigkeit.** Das trifft auf die Forderung ‚Für Auflösung der Militärblöcke in Ost und West' nicht zu." (Hervorhebung im letzten Absatz von uns — Red.)

Hier begibt sich der Schreiber des Artikels endgültig auf ein Niveau, das Kommunisten nicht ansteht.

Einseitige Maßnahmen?

„Einseitig" — allerdings. Ohne die Bereitschaft, auch „einseitige" friedenssichernde Maßnahmen zu ergreifen, d.h. im jeweils eigenen Land den Friedenskampf aufzunehmen, läßt man die Kriegstreiber ungestört. Es ist die demagogische Phrase vieler der reaktionärsten westlichen Politiker, auch sie seien zu allen möglichen Maßnahmen bereit — wenn, ja, wenn die „Gegenseite" mindestens gleichzeitig dieselben Maßnahmen ergreife. Und das ist angeblich immer Gegenstand der „Verhandlungen", bei denen nichts herauskommt. Jedenfalls keine Abrüstung und Friedenssicherung. Ein Kampf gegen die „Einseitigkeit" eines westdeutschen NATO-Austritts heißt de facto auch Anerkennung der „Schutzmacht"-Theorie, heißt Unterstützung für die USA.

Wenn die „Rote Fahne" so gegen die „Einseitigkeit" zu Felde zieht, dann hängt sie sich ans Schlepptau des westlichen Kapitals. Und da will sie doch bestimmt nicht hin.

(Im übrigen: Müssen wir den KABD daran erinnern, daß die Genossen der KPD im Osten unserer Heimat täglich und konkret im Kampf für friedenssichernde Schritte durch die DDR, für den Austritt aus dem Warschauer Pakt usw. kämpfen? Wir reden nicht nur. Wir denken uns nicht nur Parolen aus. Wir handeln.)

Eine zweite wesentliche Änderung, so heißt es in der „Roten Fahne", sei inzwischen durch das Erstarken des westdeutschen Imperialismus eingetreten.

„Sicher ist es möglich, daß die BRD aus der NATO austritt. **Es ist auch gar nicht zu bestreiten, daß damit die NATO erheblich geschwächt würde,** was an und für sich recht erfreulich wäre. Warum also das große Fragezeichen gegenüber der Forderung ‚BRD raus aus der NATO'?

Weil, um es kurz zu sagen, ein Austritt der BRD aus der NATO womöglich noch im Rahmen der EG *unter den heutigen Bedingungen* zwar die NATO erheblich schwächen, aber an der akuten Kriegsgefahr nichts ändern würde. Warum? Weil damit **automatisch** der Grundstein für ein drittes, aggressives Militärbündnis gelegt würde — und zwar unter Führung des deutschen Imperialismus..." (Hervorhebungen bis auf den Kursivdruck von uns — Red.)

Wieder: Ein Austritt aus der NATO ist für den KABD nur als imperialistische politische Entscheidung der westdeutschen Kapitalisten denkbar. Letztlich heißt das auch, daß wir allen ihren Überlegungen und Maßnahmen hilflos ausgeliefert sind; daß ein Kampf für einschneidende Reformen, die ihnen empfindlich weh tun, undurchführbar ist; es bleibt immer nur die sofortige sozialistische Revolution.

Erhebliche Schwächung der NATO

Des weiteren: Der KABD gesteht diesmal sogar ein, daß ein Austritt der Bundesrepublik aus der NATO diese „erheblich schwächen" würde.

Ist die NATO nicht einer der beiden Hauptkriegstreiber? Führt ihre Schwächung nicht dazu, daß sie ihre Pläne nicht so durchführen kann, wie sie es im Moment tut?

Das scheint der Autor „vergessen" zu haben.

Die Behauptung, ein Austritt der Bundesrepublik aus dem NATO-Block würde automatisch und nahtlos auf der Stelle zur Bildung eines anderen, ebenso aggressiven Supermachtblocks führen, hat mit der Realität nicht das geringste zu tun. Zumal dann nicht, wenn dieser Austritt als Ergebnis eines heftigen Klassenkampfes in Westdeutschland erfolgt, der die Bourgeoisie schwächt und zu dem Zugeständnis der Neutralisierung zwingt. Verbunden mit den weiter vorn bereits skizzierten Maßnahmen wäre dieses neutrale Westdeutschland ein — allerdings imperialistischer — Staat, den schon von seinen militärischen Möglichkeiten mit den Supermächten auf eine Stufe zu stellen sich bereits auf den allerersten Blick verbietet.

Im übrigen ist die Forderung nach Austritt aus der EG ebenfalls Bestandteil unseres Friedensplans.

Der „Rote-Fahne"-Artikel schließt dann übrigens doch wieder mit den bekannten Phrasen, „Neutralität" und Imperialismus seien unvereinbar. Auch ein „blockfreies Europa" ist für den Autor undenkbar. Die Losung des NATO-Austritts sei eine „gefährliche Illusion" und „keine brauchbare Konkretisierung" der Forderung nach Auflösung aller Militärblöcke. Können diese Ausführungen einen ehrlich um den Friedenskampf bemühten Genossen des KABD zufriedenstellen? Wir glauben es nicht.

Die „Konkretisierung", die die „Rote Fahne" auch in der September-Ausgabe selber nicht gibt, wurde offenbar heftig gefordert. Deshalb findet sich in der Oktobernummer — wieder in Entgegnung auf einen Leserbrief einer KABD-Zelle — ein neuer Artikel, der endlich eine Antwort auf die Frage „Wie kann das (die Auflösung der Blöcke) durchgesetzt werden?" verspricht.

Hier erfolgt die bisher schärfste Zuspitzung aberwitziger und vollkommen antimarxistischer Thesen.

Antimarxistische Absurditäten

Zuerst einmal wird der Rahmen abgesteckt: „Diese Forderung ist beim gegenwärtigen Stand der Friedensbewegung noch nicht durchsetzbar." In Zukunft, so der Artikelschreiber, werde die Arbeiterklasse die Führung in der Friedensbewegung übernehmen. (Dafür kämpfen wir bekanntermaßen auch.) Politische Forderungen würden in den Vordergrund treten, und da: „Die Friedensbewegung wird sich weitreichendere Ziele stellen und, über den beschränkten Blickwinkel des eigenen Landes hinaus, Kämpfe für das Verbot und die Vernichtung aller ABC-Waffen führen.

Diese können nur durch breite Massenkämpfe gegen die Monopole und ihren Staat erfolgreich sein. Es wäre eine Illusion, anzunehmen, sie würden sich friedlich die Massenvernichtungswaffen aus der Hand nehmen lassen. Sie werden den davor zurückschrecken, ihren Gewaltapparat, Polizei und Armee einzusetzen. **Eine akut revolutionäre Situation wird sich entwickeln. In einer solchen Situation, in der die Bourgeoisie um ihre Macht fürchten muß, ist es der Arbeiterklasse möglich, der Bourgeoisie Zugeständnisse abzuringen und die Auflösung der Militärblöcke durchzusetzen.** Wenn die Arbeiter Ernst machen und sich in Fabriken und Kasernen über Ländergrenzen hinweg solidarisieren, wenn der ‚revolutionäre Bazillus' die eigenen Truppen ansteckt, dann werden die Imperialisten im Interesse ihrer eigenen Machterhaltung sich schleunigst zurückziehen." (Hervorhebung von uns — Red.)

Statt einer wirklichen Konkretisierung, statt einer Handlungsanleitung für die westdeutschen Arbeiter und Friedenskämpfer — die Vertröstung (anders kann man es nicht nennen) auf eine weltweite akut revolutionäre Situation, die gleichzeitig in allen maßgeblichen Ländern auftreten soll!

Zum einen wirft der KABD hier eine seiner Grundthesen über den Haufen, wenn er den Imperialisten überhaupt eine solche Handlungsweise zugesteht. Denn man hätte dann ja lauter blockfreie Staaten. Wären die dann nicht mehr imperialistisch? Wo sich Imperialismus und Neutralität doch angeblich ausschließen? Ist das eine neue „nichtimperialistische Zwischenetappe"?

Die Unlogik ist offensichtlich. So deutlich wie oben skizziert, mag das die „Rote Fahne" natürlich nicht schreiben; sie erklärt, der auf dem von ihr beschriebenen Weg erreichte Zustand hätte „die Grundlage für die Bildung neuer aggressiver Militärbündnisse nicht beseitigt". Die Arbeiterklasse müsse den Kampf zum Sturz des Imperialismus weiterführen.

Dennoch sind die Ausführungen absurd.

In einer akut revolutionären Situation — wir hoffen, uns mit dem KABD auf marxistisch-leninistische Begriffe und Definitionen einigen zu können — geht es um etwas anderes als Verbot der ABC-Waffen und Blockfreiheit. Da geht es um die Übernahme der politischen Macht durch das kämpfende Proletariat, das den Willen dazu auch entwickelt haben muß. Eine Situation, in der die Bourgeoisie nicht mehr so herrschen kann wie bisher, wo die Arbeiterklasse nicht mehr so leben will wie bisher. Hier siegen entweder die Arbeiter und errichten ihre Herrschaft, oder die Kapitalisten schlagen den Aufstand nieder und festigen ihre Macht.

Zudem — und das gehört zum Grundwissen des Leninismus — ist es eine Illusion, auf das gleichzeitige weltweite Zustandekommen einer solchen Situation zu hoffen. Es gehört zum Wesen des Imperialismus, daß sich die Entwicklung in den einzelnen Ländern unterschiedlich vollzieht. Das Proletariat eines jeden Landes muß bereit sein, die Macht auch allein, auch umgeben von lauter imperialistischen Staaten, zu ergreifen. Alles andere ist eine Politik der Kapitulation. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß im Verlaufe eines bereits ausgebrochenen Weltkrieges mehrere kriegführende Länder gleichzeitig von einer akuten revolutionären Krise erfaßt werden können. Außerdem geht es immer noch darum, den drohenden Krieg zu verhindern. Jedenfalls uns, der KPD.

Die Argumentationskette der KABD-Führung, die so betont „revolutionär" und „unversöhnlich" begonnen hatte, endet somit in vollständig antimarxistischen Theorien.

Wir haben so ausführlich die Argumente der „Roten Fahne" zitiert und in ihrer Entwicklung dargestellt, um die ganzen Windungen und Wendungen, die ganze Konfusion darzustellen, in die man sich verrennt, wenn man mit vorgeblich marxistisch-leninistischen Argumenten gegen die Neutralitätsforderung zu Felde zieht.

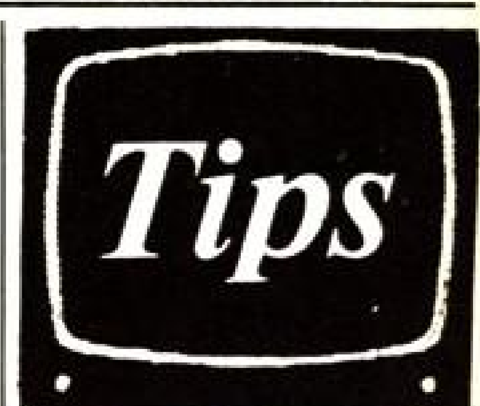
Wir hoffen, daß viele KABD-Genossen die Argumente der Partei überdenken.

Wir wollen zusammen kämpfen!

Es ist unser Ziel, Kollegen und Genossen des KABD, mit euch gemeinsam nicht nur ins Gespräch, sondern auch zum gemeinsamen Handeln zu kommen. Zum konkreten Kampf gegen die Politik der westdeutschen Bourgeoisie, die unser Land und unser Volk in die Kriegspläne des NATO-Blocks einbindet.

Phrasen nutzen da nichts. Mit allgemeiner, unverbindlicher Propaganda kommt man nicht weiter.

Der Friedensplan der KPD weist den Weg zum gemeinsamen Kampf!



Sonnabend, 28. November
10.03 Uhr ARD/ZDF
Casablanca. Wiederholung vom Vortag. In Michael Curtiz' berühmten Film spielen Humphrey Bogart und Ingrid Bergmann die Hauptrollen.

***

Sonnabend, 28. November
19.50 Uhr, Südwest III
Der Schrei. Ein früher Film von Michelangelo Antonioni, der vor allem durch seine poetischen Bilder und das Einbeziehen der norditalienischen Landschaft in die Handlung besticht. Mit Steve Cochran und Alida Valli.

***

Sonnabend, 28. November
21.15 Uhr WDR III
Aus der Trauer erwachen. Bericht von Chris Austin über eine Selbsthilfebewegung schwarzer Frauen in Südafrika.

***

Sonntag, 29. November
15.45 Uhr ARD
Mord in Frankfurt. Rolf Hädrich hat diese Krimigeschichte vor dem Hintergrund der NS-Prozesse in den späten sechziger Jahren angesiedelt.

***

Sonntag, 29. November
19.00 Uhr NDR III
Der unvergessene Krieg. Anschließend Diskussion unter dem Motto „Anruf erwünscht."

***

Sonntag, 29. November
20.20 Uhr ARD
Kleine Fluchten. Im Mittelpunkt des Films von Yves Yersin steht Pipe, ein alter Knecht, der sich nach einem Leben voller harter Arbeit ein Moped kauft und seine kleine Welt neu entdeckt. Mit Michel Robin.

***

Sonntag, 29. November
20.15 Uhr WDR III
Unser kleiner Planet. In der achten Folge dieser Sendereihe wird ein Film des schwedischen Fernsehens über die weltweite Rüstung gezeigt, die jede Minute (!) 1,8 Millionen Mark verschlingt.

***

Sonntag, 29. November
22.15 Uhr ZDF
Ludwig Heldenmuth. In der Reihe „Erlebte Geschichte" zeichnen Dieter Zimmer und Carl-Ludwig Paeschke Stationen einer Emigration nach, die 1936 begann und durch halb Europa führte.

***

Montag, 30. November
21.30 Uhr WDR III
Der unvergessene Krieg. In der Folge „Vom Balkan nach Wien" wird unter anderem auch der Partisanenkampf in Jugoslawien beschrieben.

***

Montag, 30. November
21.50 Südwest III
Der unvergessene Krieg. Es läuft die Folge „Befreiung der Ukraine".

***

Dienstag, 1. Dezember
21.20 Uhr ZDF
Killer, Klatsch und Kommentare. Margarete Mitscherlich, Walter Jens, Paul Breitner und andere haben sechs Ausgaben der BILD-Zeitung untersucht.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 48, 27 Kasım 1981 | Yıl: 15 | 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

20 000 tekstil işçisi yürüyüş düzenledi! **Geçen Cumartesi günü 20 000 tekstil işçisi Bonn-Münsterplatz'a kadar yürüdü. Tekstil sanayiisi dalında çalışan işçi arkadaşlar bu yürüyüşleri ile tekstil sanayiisi kapitalistlerinin iş yerlerini imha etmelerini ve rasyonalleştirmelerini protesto etmekteydiler. Sadece 1969 yılından buyana tekstil sanayiisi dalında Batı Almanya ve Batı Berlin'de toplam 350 000 iş yeri imha edildi. Şimdi ise var olan 500 000 tekstil sanayiisindeki işyerlerinden 200 000 iş yerinin imha edileceği tahmin edilmektedir. Tekstil Sendikası (GTB) yöneticileri yeni bir dünya tekstil anlaşmasının yapılması talebini ileri sürerek, tekstil işçilerinin protestolarını sosyal ortaklığın çıkmazına kanalize etmeye çalışıyorlar.**

Doğu Berlin'de DDR'deki tutuklu Komünist Muhalefetle dayanışma eylemi düzenlendi

Muhalefete özgürlük!

DDR'deki Komünist

DOĞU BERLİN. — DDR'deki tutuklu bulunan Komünist Muhalefetle Dayanışma Komitesi 21 Kasım günü saat 11.00'de Berlin Alexanderplatz'ta büyük bir ilgi çeken eylem düzenledi. Dayanışma Komitesi'nin dört üyesi, Karin Wagner, Helmut Stockmar, Franz Schlechter ve Werner Kramer kendilerini bir elektrik direğine zincirle bağladılar. Zincirle bağlamanın ardından bir pankart açıp slogan haykırdılar. Bu dört üye 20 dakikayı aşkın bir süre sonra Doğu Alman polisi tarafından tutuklandı. Tutuklananlara karşı kavga çıkarma gerekçesi ileri sürülerek 6 aylık ceza verildi ve Pazartesi günü sınırdışı edildiler.

Bu eylemle (sayfa 3'deki habere bak!) uzun zamandan beri, bir kısmı ise bir yılı aşkın bir süredir komünizmi savunmaları nedeniyle hapiste bulunan; sayıları 8 ile 10 arasında olan ve bir kısmı KPD'nin Doğu Almanya Seksiyonu'nun üyesi olup, diğer bir kısmı ise partisiz olan Doğu Alman vatandaşları üzerine dikkatleri çektirmekti.

Yapılan eylemle bu hedefe ulaşıldı. Sadece Alexanderplatz'da değil, aynı zamanda şimdiye kadar olandan daha fazla ve ayrıntılı bir şekilde Doğu Almanya'daki tutuklamalar üzerine burjuva basınında da geniş çapta yazılar yayınlandı.

Alexanderplatz'ta yapılan bu eylemde, eylemle hiç bir ilişkisi olmayan üç Batı Alman vatandaşının da eylemi düzenleyenlerle birlikte tutuklanmaları, Doğu Alman revizyonistleri anti-komünizm ve gerici entirikalarını gizlemenin bir ürünüydü. Bununla aynı şekilde tutuklanmanın ardından Doğu Almman Haber Ajansı'nın dikkatleri başka yöne çekmek için yayınladığı haberinde, eylemin Polonya'ya ilişkin düzenlendiği yanlış bilgisinde bir uygunluk içermektedir. DDR revizyonistlerinin yayın araçları bununla eylemin gerçek hedefini gizlemeye çalışmak istiyorlardı. Ama nafile. nların bu çabaları daha eylemin aynı günü boşa çıktı.



Doğu Berlin Alexanderplatz'ta DDR'deki tutuklu Komünist Muhalefetle dayanışma eylemi yapıldı.

Batı Almanya'da Doğu Berlin'deki bu eylem üzerine ZDF televizyonu Cumartesi günkü haberlerinde bilgi verdi ve SFB (Berlin Radyosu) ise Horst Dieter Koch'la yapılan konuşmayı Pazartesi sabahı yayınladı. Aynı şekilde Batı Almanya'da yayınlanan tüm büyük gazeteler bu eylem üzerine haber yayınladılar. Dayanışma Komitesi bu eylem ve tutuklama olayı üzerine Cumartesi günü bir basın açıklaması yaptı. Komite'nin basın açıklamasını Alman Haber Ajansı kısmı olarak yayınladı.

Bu eylem DDR'deki tutuklu komünistlere yönelik düzenlenen dayanışma haftasının ilk eylemiydi. Eylem aynı şekilde Bonn'da Brejnev'e karşı düzenlenen yürüyüşte imza toplanması ile ve Doğu Almanya'nın Bonn'daki Temsilciliği'nin önünde düzenlenen gösteri ile devam etti.

(„Erfolgreiche Solidaritätsaktion in Ostberlin")

DDR'deki Dayanışma eylemine katılan Komite'nin bir üyesinin açıklaması:

Altı ay hapis ve sınırdışı edilme

Pazartesi öglen Dayanışma Komitesi'nin dört üyesinden biri olan Helmut Stockmar ile konuştuk. Helmut Stockmar geçen hafta Cumartesi günü Doğu berlin Alexanderplatz'ta düzenlenen eyleme katılanlardan biridir. Helmut Stockmar DDR'deki tutuklama eylemi üzerine şu açıklamayı yaptı:

"Geçen Cumartesi saat 11.20'de tutuklandık ve Berlin Mitte'de bulunan Doğu Alman Polis karakoluna götürüldük. Oradan da bir saat sonra Doğu Alman İstihbarat Teşkilatı'na ait ve kuşun dahi uçamayacağı şekilde yapılmış altıncı kata götürüldük. Dördümüz hala, ellerimizden birbirimize zincirlerle bağlıydık ve bizi ilk başta birlikte bir hücreye koydular.

Doğu Alman İstihbarat Örgütü elemanları (STASİ) fotoğraflarımızı çekti ve zincirleri keserek her birimizi ayrı ayrı hücrelere koydular. Bu andan itibaren diğer üç kişiyi görmedim. Şimdi sorgulamaya daha doğrusu sorgulamalara başlanıldı. Çünkü tüm sorgulama öğleden sonra saat 1400'ten başlayarak ertesi gün sabah saat 6.00'ya kadar sürdü. Soruları özellikle şahıslar örneğin ilişkilerimiz ve eylemi yapmamızın sebepleri vb. üzerineydi.

İkinci günü sabahı buradan gene Berlin'de bulunan bir başka STASİ hapishanesine nakledildim. Burada tamamen her ne kadar salonda biraz dolandırılmış olsam dahi bitkin düşmüştüm ve bu esnada burada hiç bir mahkum görmedim. Gene burada da tek kişilik bir hücreye konuldum. Hücre yaklışık olarak dört metre uzunluğunda ve iki metre genişliğinde olup, buzlu bir camdan yapılmıştı, ki böylece dışarıya bakma olanağım yoktu. Burada da bir kez daha fotoğrafım her taraftan çekildi ve tabii ki aranma ilanlarında olduğu gibi bir numara ile birlikte. Ve ayrıca ikinci bir kezde her iki elimden parmak izlerimi aldılar. Polis karakolunda vücudumdaki koku bir bez aracılığı ile alındı. Bu bezi 20 dakika vücudumda taşımam gerekiyordu. Böylece bundan sonra beni DDR'de her polis köpeği hemen tanıyabilir.

Pazar günü öğleden sonra tekrar bir saat boyunca sorğuya çekildim. Ve ardından hakimin huzuruna çıkarıldım. Burada ise hakim bana kavga çıkarma suçundan ötürü ceza verileceğini ve cezanın kanuni sonuçlarını açıkladı. Pazartesi sabahı tekrar yanıma gelinerek, şahsi eşyalarım bana getirildi ve ardından hakimin huzuruna çıkardılar. Burada ise Doğu Berlin Baş Savcısı'nın kavga çıkarma suçundan ötürü 6 ay hapis cezası derhal sınırdışı edilme temelinde verildiği açıklandı. Ben buna karşı itiraz edebilirdim. Ancak dava başlayıncaya kadar hapiste kalmam gerekmekteydi.

Bunun için itiraz etme hakkından vazgeçtim. Çünkü orada daha fazla kalmak istemiyordum. Bunun üzerine Friedrichstr istasyonuna getirildim ve oradan ise S-Bahn ile Batı Berlin'e gönderildim"

(„Zu sechs Monaten verurteilt und abgeschoben")

Bonn'da barış yürüyüşü

12 000 barış yanlısı insan Brejnev'e karşı yürüdü

BONN. — 22 Kasım günü Bonn'da Rus sosyal emperyalizminin elebaşısı Brejnev'in Almanya ziyaretine karşı güçlü bir yürüyüş yapıldı. Yürüyüşe barış hareketi içerisinde yer alan çeşitli örgütler çağrı yapmıştı. Bonn-Schlachthof'tan başlayarak Münsterplatz'a kadar devam eden yürüyüşe 12 000 barış yanlısı insan katıldı. Almanya Komünist Partisi (KPD) bu yürüyüşün hem ön hazırlığında yoğun bir faaliyet sürdürdü, hem de yürüyüşün olumlu geçmesi için katkıda bulundu. Yürüyüşe Almanya'daki barış hareketi içerisinde yer alan örgütlerin yanı sıra Afganlı, İranlı ve Türkiyeli barışsever insanlar da yoğun bir şekilde katılmıştılar.

Yürüyüşün ön hazırlığı kısa bir zaman içerisinde yapılmasına ve yürüyüş için gerekli yoğun bir seferberlik yapılmamasına rağmen, yürüyüşün katılımının bu kadar fazla olması bir çok insanın Varşove Paktı'nın ve onun başını çeken Sovyet sosyal emperyalizminin savaş politikasını da protesto etmeye hazır olduğunu gösterdi. Bu yürüyüş aynı zamanda barış hareketinin ciddiye alınmasını sağlayan bir yüyürüyüştü. Çünkü bu yürüyüş, çeşitli politikacıların iddia ettikleri gibi, barış hareketinin sadece NATO'nun ve onun başını çeken ABD'nin savaş politikasına karşı olmadığını, aynı şekilde Varşove Paktı'nın ve onun başını çeken Rus sosyal emperyalizminin savaş politikasına karşı olduğunu da gösterdi.

Yürüyüşte taşınan pankartlar yürüyüşçülerin ezici çoğunluğunun görüşlerini, Brejnev'in de Reagan gibi bir savaş kışkırtıcısı olduğunu ve iki emperyalist süper devlet arasında yapılan "barış görüşmelerinin" birer sahte barış görüşmesi olduğunu dile getirmekteydi: Bu kadar yerli ve yabancı barış yanlısı insanın sokaklara dökülmesinin nedeni, onların artık ne Reagan'ın, ne Brejnev'in ve ne de Schmidt vb. boş barış sözlerine inanmadıklarının bir göstergesidir. Çünkü şimdiye kadar yapılan boş barış sözlerinin arkasından sürekli silahlanma yoğun bir şekilde daha da artırılmıştır.

Bu nedenle sokaklara dökülerek mücadele eden binlerce insan barışın korunmasının ancak kendilerinin mücadeleye atılmaları ile mümkün olabileceğini görmektedir.

Yürüyüşte yoğun bir şekilde hem NATO'nun hem de Varşova Paktı'nın savaş kışkırtıcısı çizgisini yeren pankartlar taşınmaktaydı. Ayrıca son dönemlerde Batı Almanya'da barış hareketi içerisinde yoğun bir şekilde destek gören "Batı Almanya'nın NATO'dan çıkması" şiarı üzerine pankartlar taşınmaktaydı.

(Ayrıntılı yazı 3. sayfada!)

(„12 000 gegen Breschnew")



Bonn'da Brejnev'e karşı düzenlenen barış yürüyüşüne KPD yoğun bir seferberlik yaptı.

Amsterdam'da barış yürüyüşü yapıldı

AMSTERDAM. — Geçen Cumartesi günü Hollanda'nın başkenti Amsterdam'da savaş sonrası dönemin en büyük kitlesel yürüyüşü yapıldı. 350 000'i aşkın insan Amsterdam sokaklarında Atom silahlarını ve NATO'nun ek silahlanma kararını reddetmesini talep etmekle kalmadı, aynı zamanda ek silahlanma kararının tamamen geçersiz kılınması için insiyatife baş vurmasını istediler.

DGB YÖNETİMİ SESSİZ KALMAKTADIR

BONN/DÜSSELDORF. — Stuttgart'ta 70 000'i aşkın emekçinin hükümetin sosyal hakları kısıtlama istemlerini protesto etmesinin hemen ardından Bonn Hükümeti 1982 yılı bütçesinde öngördüğü kısıtlamaları bir an önce karara bağlatmak ve Federal Parlamento'da onaylanmasını sağlamak için koşturuyordu. Diğer yandan DGB Yönetimi ise Bonn Hükümeti'nin tasarruf kararlarını engellemek için bir tek adım dahi atmadı. Aksine DGB sendikası patronu Vetter Federal Parlamento oturumuna başlamadan bir gün önce çeşitli Patron Birlikleri ve Hükümetin baş yetkilileri ile "Sosyal Diyalog" adı altında görüştü.

Patronlar ve hükümet yöneticileri ile DGB Başkanı Vetter arasında yapılan bu görüşmenin "uzlaşma temelinde" yapıldığını burjuva basını yazdı. DGB Başkanı Vetter ile hükümet ve Kapitalist Birliklerin baş uçları arasında yapılan bu görüşmeye ilişkin hiç bir resmi açıklama yapılmadı. Kısaca belirtecek olursak bugün yapılan bu görüşmedeki tüm açıklamalar kapalı kapıların arkasında yapıldı. Ve konuşanların tümü DGB Başkanı Vetter ve görüşmede yer alan diğer sendika patronlarının bir sırrı olarak kalacak.

Ancak burada önemli olan DGB patronlarının bu görüşmede ne söyleyip söylememesi değil, daha ziyade onların "Sosyal diyalog" adı altında kapitalistler ve Bonn Hükümet temsilcileri ile bir görüşmeyi kabul etmeleridir. İşte ilk hamlede protesto edilmesi gereken noktada budur. Çünkü bugün Bonn Hükümeti ve kapitalistler tarafından emekçilere karşı savaş açıldığı bir dönemde DGB sendika patronlarının kapalı kapılar arkasından görüşmeleri yerine, gerekli olan emekçilere ilan edilen bu saldırılara karşı durabilmek için mücadeleyi örgütlemeleridir.

Bu "sosyal ortaklık" görüşmesinin hemen ardından Bonn Hükümeti Federal Parlamento'ya 1982 bütçesi için öngörülen tüm kısıtlama kararlarını onaylattı. Öngörülen bu kısıtlamaların onaylatılması ile emekçi halkın sosyal haklarına karşı açılan saldırılara kesin olarak başlanılmış olundu. Henüz alınan kısıtlama kararlarının etki kapsamı kendisini açık bir şekilde göstermemektedir. Önümüzdeki dönemde gelişmeler bunun boyutlarını ortaya koyacaktır.

Üç hafta evveli 70 000 emekçi hükümetin Tasarruf Programını Stuttgart'ta protesto etmişti. Eğer DGB yönetimi Bonn Hükümeti'nin emekçilere karşı sürdürdüğü saldırıları durdurmak için Almanya ve Batı Berlin çapında protesto eylemleri düzenlemeyi isteseydi, böylece yüz binlerce emekçi sokaklara dökülür, sosyal haklarına yapılan saldırıları protesto ederlerdi. Eğer isteseydi, tüm fabrikalarda üretimi durdurarak protesto edebilirdi!

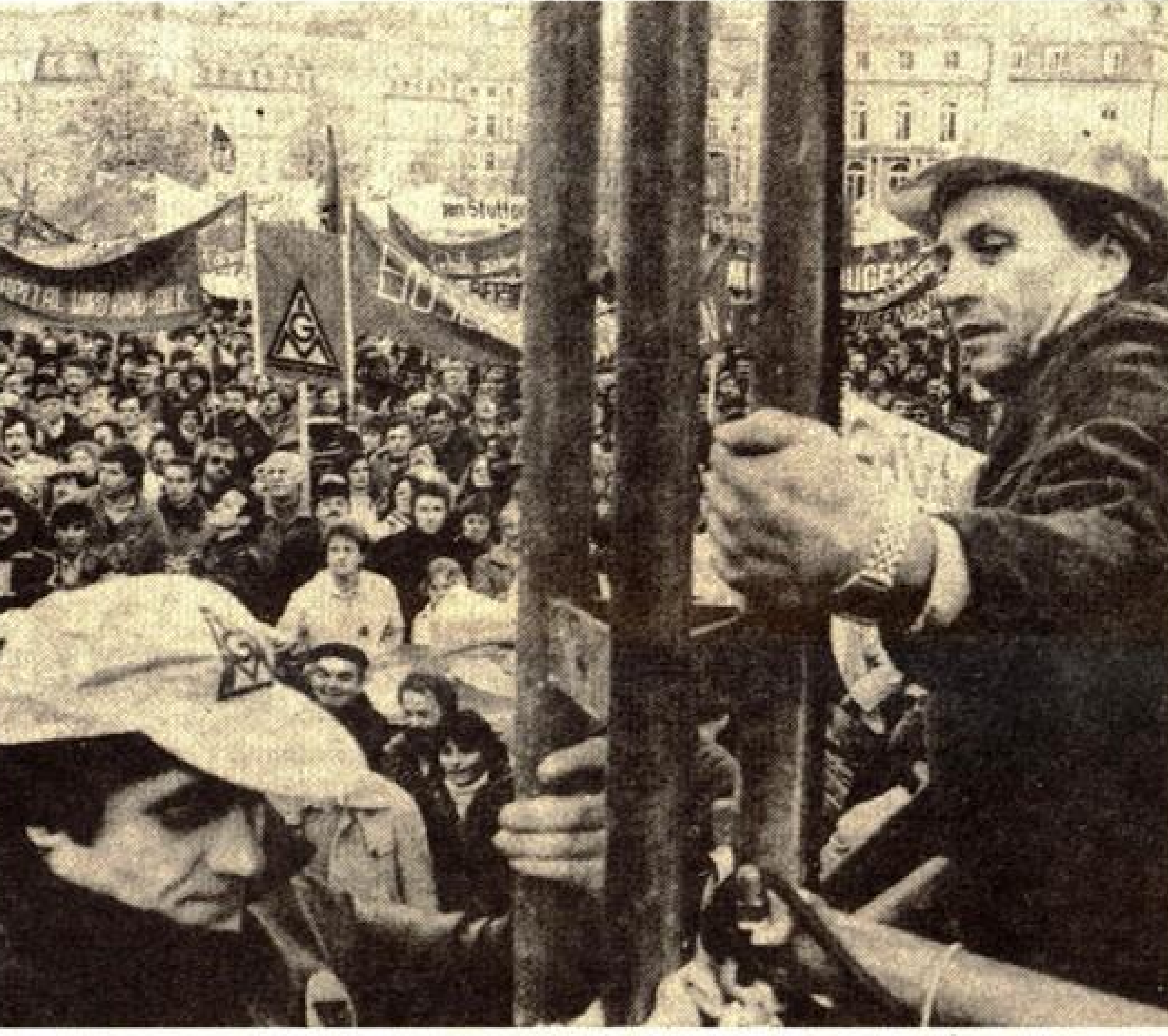
Ancak bırakalım DGB Merkez Yönetimi'nin bu tür sınıf mücadeleci eylemleri örgütlemesini bir yana, onlar Bonn Hükümeti'nin sosyal hakları kısıtlamasını kararlaştırdığında en küçük bir protesto açıklamasını yapmaktan bile kaçınmaya çalıştılar!

Onlar bu kısıtlamaları protesto etmek için uygun mücadele eylemler örgütlemediği ve kendileri bilakis kısıtlamalar kesin olarak karara bağlandığında bir protesto açıklaması yapmaktan kaçınmaya çalıştıkları gibi, Hükümet'in ve kapitalistlerin sosyal hakları daha da kısıtlama ve ücret artışı talebinden vazgeçme istemleri yönünde bir teslimiyet çizgisi izlemekteler. İşte sosyal haklara yapılan saldırılara karşı izlenen teslimiyet ve sosyal ortaklık çizgisinin bir sonucu olarak, Federal Parlamento'da sosyal haklardakı kısıtlamaların karara bağlanmasından bir gün sonra ÖTV sendikası yönetiminin daha önce kamu işletmelerinde çalışan emekçiler için ön görülen ücret kısıtlamalarını protesto etmek için aldıkları grev kararını ertelediklerini ve ÖTV sendika patronu Kluncker'in Hükümet ile "görüşmeye hazır olduğunu" vurgulayan yazılar çeşitli burjuva gazetelerinde yayınlandı.

Bir taraftan DGB Merkez Yönetimi'nin sosyal hakların kısıtlanması ve kapitalistlerin ücretleri dondurma çığlıklarına karşı sessiz kalırken, diğer yandan da kapitalistler ve Bonn Hükümeti IG Metall sendikasının Baden Württemberg Eyalet Yönetim Kurulu'nun çıkardığı bildiriye ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı düzenlediği yürüyüşe alabildiğince saldırıyorlar. Çünkü IG Metall sendikasının Baden Württemberg Eyalet Yönetim Kurulu, DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun tavrına karşılık sosyal hakların kısıtlanmasına karşı sessiz kalmadı. Maliye Bakanı Matthöfer gibi Graf Lamsdorf'ta IG Metall'ın çıkardığı bu bildiriye yoğun bir şekilde saldırmaktalar.

İşte tüm bu açıkladığımız gerçekler dolayısıyla sendikacı arkadaşlar soruna ciddi yaklaşmalıdırlar. Bugün tüm sendikacılar şunu bilmelidirlerki, DGB Merkez Yönetimi sosyal hakların kısıtlanmasına ve ücretlerin düşürülmesine karşı eylemler örgütlemek yerine, sürdürülen her türlü direnişi sabote etmeye çalışmaktadır. Bunun için sınıf bilinçli sendikacılar tabanın baskısıyla Stuttgart'ta yapılan eylem gibi ve hatta daha da güçlü ve uzun süreli eylemlerin örgütlenmesi için her türlü mücadele metoduna başvurmalıdır. Ancak bu şekilde sendikaların mücadeleci eylemler düzenlemesini sağlayabiliriz.

(„DGB-Führung gab Rückendeckung für Operation 82")



7 Kasım'da Stuttgart'ta 70 000 emekçi sosyal hakların kısıtlanmasını protesto etti. İşte diğer bölgelerde de gerekli olan bu tür eylemlerin yapılmasıdır.

IG Metall'ın 11. Sendika Temsilciler Konferansı yapıldı

Loderer Bonn Hükümeti'ne bağlılık vazediyor

Delegeler "Stuttgart'ta olduğu gibi hareket edilmelidir" dedi

FRANKFURT. — Geçen hafta Frankfurt'ta IG Metall sendikasının 11. Sendika Temsilcileri Konferansı yapıldı. Konferansta sürdürülen tartışmalar, delegelerin çoğunluğunun IG Metall sendika başkanı Eugen Loderer'in görüşleri ile hem fikir olmadığını gösterdi. IG Metall sendika patronu Eugen Loderer bu konferansta açık bir şekilde sendikaların Bonn Hükümeti'nin kırmızı kalem politikasına karşı mücadele sürdürmekten vazgeçmelerini tavsiye ediyordu.

150 000 IG Metall sendika temsilcisinden 373 delegenin katıldığı konferansın gündemi ücret politikası ve 1982 yılı toplu sözleşme turları, Bonn Hükümeti'nin Tasarruf Kararları ve buna karşı sendikaların tutumu, DGB'nun barış hareketine ilişkin tavrı ve NATO roketlerini Almanya'ya yerleştirme kararına karşı mücadele noktaları oluşturmaktaydı.

Konferansta toplu sözleşme turları üzerine yoğun tartışmalar sürdürüldü ve IG Metall yönetiminin buna ilişkin tavırları eleştirildi. Delegelerin büyük çoğunluğu, IG Metall sendika patronlarının emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi talebini, ücret artışları talebinin düşük tutulması yönünde kullanmaları ve böylece gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı sürdürülen mücadeleyi boğma adımları atmaları yoğun bir eleştiriye tabii tutuldu. Aynı şekilde IG Metall sendika patronlarının emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi talebinin tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebine karşı kullanmaları da sert bir şekilde eleştirildi. Sendika temsilcilerinin büyük çoğunluğunun eleştirisi sonucu IG Metall Merkez Yönetim Kurulunda toplu sözleşme politikası ile sorumlu olan sendika patronu Hans Jansen sendika temsilcisi arkadaşların bu eleştirilerinin doğru olmadığını iddia etmeye çalıştı.

Sendikacılar IG Metall Yönetimi'nin barış hareketine ve 10 Ekim'de Bonn'da düzenlenen barış yürüyüşüne ilişkin tavrınıda mahkum ettiler. IG Metall Yönetimi'ne yöneltilen yoğun eleştirilerin sonucu Loderer yaptığı konuşmasında barış hareketine "tek yanlı bakıldığını ve bunun Moskova tarafından yönlendiğini" demeye bile kalkıştı.

Loderer konuşmasında ayrıca daha evveli partimizin görüşünü belirttiğimiz DGB'nin imza kampanyası için şimdiye kadar 470 000 imza toplandığını açıkladı. Bu kadar az imzanın DGB sendikası tarafından toplanılması bile DGB sendikasının "barış tezlerinin" ne kadar yankısını bulduğunu göstermektedir. DGB sendika patronları imza kampanyasını başlattıklarında iki milyon imza toplanılmasından dem vurmaktaydılar. DGB imza kampanyasının akibetinin başka türlü olması da beklenilmezdi. Çünkü DGB imza kampanyası Bonn Hükümeti'nin izlediği politikanın doğruluğunu desteklemekten başka bir şey yapmıyordu! Bu nedenle de sendikacı ve işçi arkadaşlar böylesi bir imza kampanyasını destekleyemezdiler.

Bu konferansta diğer yandan Loderer Bonn Hükümeti'nin sosyal hakları kısıtlaması yönünde de görüş belirtti. Loderer konuşmasında sosyal hakların kısıtlanmasına karşı sürdürülen mücadeleye ilişkin olumlu bir tavır almak yerine olumsuz tavrı koydu ki, başka türlü davraması da zaten beklenemezdi. Loderer konuşmasında sendikaların Bonn Hükümeti'nin kırmızı kalem politikasına karşı direniş sürdürmelerinden vaz geçmelerini belirtti. Eğer mücadele sürdürülseymiş işçiler için değerli olan Bonn Hükümeti'nin istifa etmesi tehlikesi varmış.

Loderer Stuttgart'taki yürüyüş gibi mücadele yöntemlerinin gelecekte başvurulmasından vazgeçilmesini talep etmektedir.

Bir çok delege Loderer'in bu sözlerini sert bir şekilde eleştirdi. Ve "sendikaların bir takım yuvarlak sözlerle hükümetin kırmızı kalem politikasına eleştiriler yöneltmek yerine, sendikal eylemler örgütlenmelidir" dediler.

Delegelerden biri "Stuttgart'ta düzenlenen yürüyüş gibi mücadele metodları uygulanmalıdır" dedi.

(„11. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute")

Hamburg'ta Basın ve Kâğıt Sendikası delege toplantısı yaptı

Sendikacılar DGB'den yürüyüş düzenlemesini talep ediyorlar

HAMBURG. — Geçen hafta Pazartesi günü Basım ve Kâğıt (IG Druck u. Papier) Sendikası'nın Hamburg yöresel derneğinin 18. Delegeler Konferansı yapıldı. Konferansa katılan delegelerin büyük çoğunluğunun oyları ile DGB (Alman Sendikalar Birliği) Nordmark bölgesine bir dilekçe vererek Baden Württemberg örneğini takip etmelerini, sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı bir yürüyüş düzenlenmesini talep etmektedirler. Aşağıda konferansta alınan kararı olduğu gibi yayınlıyoruz:

"Resmi açıklamalara göre işsizlik sayısının 1,4 milyonu bulması, ki bu oran Schleswig-Holstein ve Hamburg'ta 1981'in Ekim ayında yüzde 6,6 oranında olduğu ve böylece 26 yıldan bu yana en yüksek orana ulaşması ve diğer eyaletlerdeki ortalamanında yüzde 0,7 oranının üzerinde olması nedeniyle;

Fiat artışlarının Ekim 1981 yılında yapılan açıklamalara göre yüzde 7'ye ulaştığı, ki bu oran Kuzey Ren Vestfalya Eyaleti'nde yüzde 7,2 ve Bavyera Eyaleti'nde ise yüzde 7,1'e ulaşması gerçeği dolayısıyla;

Geçen hafta Perşembe günü Federal Parlementoda örneği görülmemiş bir şekilde 1982 yılı bütçesi için sosyal hakların kısıtlanmasının ve kamu işletmelerinde çalışan emekçiler için yüzde 1 oranında ücretlerin düşürülmesinin kararlaştırılması nedeniyle;

İşveren Birlikleri, Federal Hükümet ve onların basını tarafından sistematik bir şekilde ücret artışlarından vazgeçme — "Bild" gazetesi ücretlerin dondurulmasını başlık olarak bile yazdı — kampanyaları sürdürmeleri gerçeği dolayısıyla;

DGB sendikasının Federal Hükümet'e bütçeye yönelik önerileri ve bir çalışma programının hazırlanması talebinin hiç bir noktasının yerine getirilmemesi gerçeği dolayısıyla;

DGB Baden Württemberg Eyalet Yönetimi'nin 7.11.1981 Cumartesi günü sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı düzenlediği ve 70 000 işçi arkadaşın katıldığı başarılı yürüyüş nedeniyle;

DGB Nordmark bölgesine çağrıda bulunarak sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı bir yürüyüş düzenlenmesini talep ediyoruz. Bununla biz sendikacılar bu ülkeyi inşaa eden milyonlarca işçilerin, 7.11.1981'de Franz Steinkühler'in Stuttgart'ta yaptığı konuşmasında açıkladığı gibi "dilekçe sahibi değil" ağır işlerde çalışan, bilinçli, kendilerini hangi zorlukların beklediğini bilen kadın ve erkek emekçilerin sosyal haklarına yapılan saldırılara karşı mücadele edeceklerini göstermiş oluyoruz.

Eğer DGB Nordmark bölgesi yürürüyüşü düzenlemeyecek olursa, Basım ve Kâğıt Sendikası (IG Druck u. Papier) Hamburg yerel derneği tüm DGB sendikası içerisinde yer alan sendikaların Hamburg yerel şube yönetimlerine bu yürüyüşü ortaklaşa düzenlemek için çağrıda bulunmaktadır."

İşte Hamburg'lu sendikacıların yaptığı gibi tüm bölgelerde sendikacı, özellikle de sınıf bilinçli sendikacı arkadaşlar tabandaki mücadeleyi örgütleyerek, sendika yöneticilerini sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı yürüyüş ve mücadeleci eylemler düzenlemeye zorlamalıdırlar. Çünkü ancak sendikal güç harekete geçirilebilindiği ölçüde sosyal hakların kısıtlanmasına ve varacağı boyutların önlenmesine karşı durulabilinir.

(„Delegierten-Versammlung der Hamburger IG Druck u. Papier fordert DGB-Demonstration gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn")

Bonn'da Brejnev'e karşı yüründü

Bu yürüyüş barış hareketinin bir başarısıdır!

Yürüyüşün yapılmasından önce katılım yönünde karamsar olan bir çok barış yanlısı insan, Bonn'a giderek yürüyüşe katılımın seferberliğe değdiğini açıkladılar. Bu yürüyüşe çağrı bildirisinin altını imzalayan örgütler yürüyüşün katılımını artırmak için hiçte büyük bir seferberlik yapmamıştılar. Çünkü bu örgütler Varşova Paktı'nın savaş kışkırtıcı rotasına karşı kararlı bir şekilde karşı çıkmamakta ve yalpalayan bir tavır izlemektedirler, ki bunlar daha yürüyüşün ön hazırlık çalışmalarında bile kaypak tavırlarını gösterdiler. Eğer bu örgütlerde yoğun bir seferberlik yapmış olsalardı, şüphesiz yürüyüşün katılımı daha fazla olurdu.

Ancak tüm eksikliklerine rağmen 12000 barış yanlısı insan Bonn'a seferber edilebildi. Bu 12000 kişi barışın sadece ABD tarafından değil, aynı zamanda Sovyet sosyal emperyalistleri tarafından da tehdit edildiğini görmektedir.

Çeşitli örgütlerden ve farklı görüşlere sahip olan bu kadar insanın barışın korunması için kısa bir zaman içerisinde yapılan hazırlığa rağmen Bonn'a yoğun bir şekilde seferber edilmeleri oldukça olumlu bir adımdır. Yürüyüşe katılanların büyük çoğunluğu 10 Ekim'de Bonn'da protesto eylemine katılan insanlardan oluşmaktaydı.

Yürüyüş yapılmadan önce hiç bir kimse bu kadar insanın kısa bir zaman içerisinde Almanya'nın çeşitli şehirlerinden Bonn'a hareket ederek Brejnev'in Almanya ziyaretine karşı protesto edeceğini beklememişti.

Fakat tüm bu yoğun katılıma rağmen bir çok kişi de katılımın daha fazla olabileceğini düşünmüş olabilir. Evet katılım daha fazla da olabilirdi. Ancak katılımın daha fazla olması, yoğun bir seferberliği gerektirmekteydi. İşte tamda bu noktada yürüyüşün baş örgütleyicileri üyeleri için de olumsuz bir adım izlemiş oldu.

Grüne'lerin Yönetim Kurulu Parti Kongreleri'nde Brejnev'e karşı bir yürüyüş yapılması görüşü belirtilmesine rağmen, yürüyüşün yapılmasını engellemeye çalıştı.



Brejnev'e karşı düzenlenen barış yürüşüne KPD'li yoldaşlar yoğun bir seferberlik yaptı

olduklarını, merkezi bildirileri aracılığı ile ileri sürenler (örneğin, Yeşiller) yürüyüş için gerçek bir seferberlik yapmadılar.

Tüm yürüyüş boyunca konuştuğumuz barış sever insanlar, Almanya'nın hangi şehrini ele alırsak alalım, Grüne'lerin merkezi çağrılarına rağmen yoğun bir seferberliğin yapılmadığını belirttiler.

Bunun için Grüne'lerin Federal Yönetim Kurulu barış hareketi için olumsuz bir adım atmış oldu. Yeşiller Yönetimi bu adımı ile aynı şekilde kendi

Yürüyüşün katılımı açısından olumsuz bir adımı da Juso'ların (SPD'nin Gençlik Kolu) merkezi cağrı yapmayıp, sadece Schleswig-Holstein Eyaleti'nin yürüyüşün çağrı bildirisinin altına imza atması, fakat buna rağmen hiç te büyük bir seferberlik yapmamasıydı.

Kısaca belirtecek olursak Grüne'ler yürüyüşün önünde yürümesine rağmen, yürüyüş kesinlikle Yeşiller'in bir yürüyüşü değildi. Çünkü yürüyüşün gerçek katılımını başka güçler oluşturmaktaydı.

Tüm bu zorluklara rağmen KPD ve Halk Cephesi birlikte yürüyüşün en kalabalık bloğunu oluşturmaktaydı. En yoğun bir şekilde sloganlar bu blokta atılmaktaydı. Yürüyüşün başlangıcından miting alanına kadar sürekli "emperyalist savaşa karşı savaş", "Federal Almanya NATO'dan çıkmalıdır", "Doğu Almanya Varşova Paktı'ndan çıkmalıdır" vb. sloganlar haykırılmaktaydı.

Bu yürüyüşe yoğun bir şekilde Türkiyeli, Afganlı ve İranlı barış yanlısı kişiler ve örgütlerde katılmıştılar.

Tüm yürüyüş boyunca KPD'nin bulunduğu blokta Hamburg Müzik Grubu "Elbe 1" devrimci türküler söyledi.

Alana varıldığında alan tıklım tıklım doluydu. Alanda çeşiştli örgütlerin konuşmacıları birer konuşma yaptılar.

Bu konuşmaların ardından KPD'nin kamyonundan "Elbe 1" türküler söyleyerek tekrar alanda canlılık yarattı. Bunun ardından KPD Başkanı Ernst Aust yoldaş KPD'nin barış mücadelesine ilişkin siyasi görüşlerini açıkladıktan sonra, Doğu Almanya'daki tutuklu yoldaşlara dikkatleri çektirdi. Ve yürüyüşe katılanları DDR'in Bonn Elçiliği'nin önünde yapılacak bir korsan gösteriye çağırdı.

Biz şimdiye kadar olduğu gibi gelecekte de barışın korunması için yoğun bir çaba harcayacak, barış hareketinin işçi sınıfı ile bağının kurulmasına çalışacak ve barış hareketinin sürekli berrak bir çizgi izlemesi için mücadeleyi sürdüreceğiz.

(„Bonner Demonstration gegen Breschnew...")

Alman-Arnavut Dostluk Cemiyeti 10. Kuruluş Yıldönümünü kutladı

DORTMUND. — Geçen hafta Alman-Arnavut Dostluk Cemiyeti (DAFG) 10. Kuruluş Yıldönümü kutlandı. 21 Kasım günü Dortmund-Barop'ta düzenlenen geceye 500'ü aşkın bir kitle katıldı. Dostluk gecesine katılanlar arasında Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin Avusturya Elçiliği'nden bir delegasyonun bulunmasının yanı sıra, Almanya'nın çeşitli şehirlerinden gelen Kosovalı Arnavutlar ve Arnavutluk sempatizanları yer almaktaydı.

Dostluk gecesine Cemiyeti'in üyelerinin ve aktiv elemanlarının DAFG'nin 10. Kuruluş Yıldönümünü kutlamak için katılmalarının yanı sıra, bir çok Arnavutluğa sempati duyan insan da katılmıştı. Örneğin uzun zamandan beri Arnavutluk Bilim Akademesi ile ilişkilerini sürdüren Bonn Üniversitesi'nden bilim adamları ve bu yılın ilkbahar aylarında Arnavutluk'u ziyaret eden yazar Max von der Grün'de vardı.

Alman-Arnavut Dostluk Cemiyeti'nin 10. Kuruluş Yıldönümünü kutlamak için düzenlenen geceye sayıları oldukça kabarık olan bir çok Kosovalı Arnavutlar katılmıştılar. Yugoslav revizyonistleri tarafından yoğun bi baskı ve sömürüye tabii tutulan Kosovalı Arnavutlar bu gecede çoşkulu tavırları ile geceyi canlandırdılar. Geceye katılan bir çok kişi Yugoslav revizyonistleri tarafından ülkelerinin talan edilmesi ve yoğun bir ulusal baskıya tabii tutulmalarından dolayı yurtdışına göç etmeye zorlanan bu insanların buna rağmen Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde yaşayan halkına ve başında Enver Hoca yoldaşın bulunduğu Arnavutluk Emek Partisi'ne ne kadar bağlı olduğunu haykırdıkları şiarları ile gördüler.

Gecenın başlamasından sonra Alman-Arnavut Dostluk Cemiyeti başkanı Peter Platzmann 10 yıllık faaliyetin bir bilançosunu yaptı ve Arnavutluk'la kurdukları dostluk ilişkisinin gelişmesini açıkladı.

Cemiyetin başkanının konuşmasının ardından kurucu üyelerden Elisabeth Gedeon derneğin 10 yıl önce hangi şartlarda kurulduğunu ve kuruluş çalışmalarını açıkladı.

Dostluk gecesi kültürel yönden de zengindi. Hamburg Kültürel Grubu "Blinkfüer" Arnavutça türkü söyledi ve Arnavut halk oyunlarını oynadı. Bu Kültürel Grubun ardından Kosovalı Arnavutların Korosu çeşitli Arnavutça türküler söyledi. Gecede ayrıca Dostluk Cemiyeti'nin Batı Berlin Yerel Grubu Arnavutluk devletinin oluşumunu bir skeç ile gösterdi.

Diger yandan geceye bir de Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin Viyana Elçiliği'nden bir kaç kişilik bir delegasyon katılmıştı. Viyana Elçiliği müşaviri Engjell Kolaneci yaptığı konuşmada, Alman-Arnavut Dostluk Derneği'ne 10 yıl boyunca sürdürdükleri çalışmalarından dolayı teşekkür etti ve Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin Almanya'da olduğu gibi tüm dünyada dostlarının ve sempatizanlarının olduğunu açıkladı.

(„Freundschaftsfest der Deutsch-Albanischen Gesellschaft")

DDR'deki tutuklu komünist muhalefetle dayanışma eylemi

DOĞU BERLİN. — Geçen yılın Ekim ayında DDR'de muhalefetteki komünistler tutuklandı. Uzun bir dönem göz altında tutulan 10'a yakın muhalefetteki komünistlerin üçüne Ekim ayında yapılan duruşmada ağır hapis cezaları verildi. Bu nedenle Batı Almanya'da kurulan Dayanışma Komitesi Doğu Berlin'de 21 Kasım Cumartesi günü bir bildiri dağıttı ve eylem yaptı.

Doğu Almanya'da tutuklanan komünist muhalefete ilişkin Batı Almanya'da kurulan Dayanışma Komitesi 21 Kasım Cumartesi günü Doğu Berlin'in Alexderplatz meydanında dağıttığı bir bildiri de Alexander Platz'ta bir eylem koymalarına ilişkin şunları yazmaktalar: "Biz Batı Almanya'da kurulan Dayanışma Komitesi'nin üyeleri olarak bugün 21.11.1981'de Alexander Platz'ta ellerimizi zincirle birbirine kelepçeledik. Neden? Böylesi bir eylem üzerine geniş bir şekilde düşündükten sonra karar verildi. Çünkü biz bununla Doğu Alman makamları tarafından Doğu Berlin vatandaşı olan sekiz ile 10 arasında olan tutuklu komünist muhalefetin üzerine çekilen suskunluk çemberini kırmanın gerekli olduğu düşüncesindeyiz." Dayanışma Komitesi'nin eyleminin gelişmesi şöyle oldu:

21 Eylül Cumartesi günü saat 11'de Doğu Almanya'da tutuklu bulunan komünist muhalefetle Dayanışma Komitesi'nin dört üyesi Alexander Platz'ta bulunan Centrum mağazasının önünde ellerini birbirlerine zincirleyip ve zincirleri sonra bir elektrik direğine bağlayarak slogan atmaya başladı ve bir pankart açtılar.

Pankartın açılmasının hemen ardından bir kaç kişi arkadaşlara saldırarak pankartı yırtmaya çalıştılar. Pankartı yırtmaya çalışan bu kişilerin daha sonra polis oraya geldiğinde, polise emir yağdırmalarından bunların Doğu Alman gizli istihbarat teşkilatından oldukları açıa çıktı. Bu saldırının hemen ardından bir kaç dakika içerisinde iki yüz, daha sonra 300'ü aşkın kişi oraya toplandı. Bir kısmı orada beklemekte, diğer bir kısmı ise bakıp geçiyordu. Tam bu esnada mağazanın üzerinden bildiriler aşağıya atılıyor. Herkes mağazanın üzerinden atılan bildirilere bakıyor, sadece ajanlar "bildirilerin nereden geldiğini soruyorlar?

Bildirilerin hepsi etrafa dağıldığında milli istihbarattan iki kadın bildirileri toplayarak çöp kutusuna atıp yakıyor, ancak toplamakla bitiremiyorlardı. Etrafa dağılan bildirilerin bir kısmını halktan bazıları yerden alıp kısaca okuduktan sonra yere bırakıp devam ediyorlar. Ancak halkın çoğunluğu ise bildirileri alıp cantalarına koyuyor ve hemen oradan ayrılıyorlardı. Bildiriyi yerden alanların bazıları ise korkudan tekrar yere bırakıyorlar. Bildiriyi alan bu insanların hiç biri bir şey söylemiyor, bildiriyi aldıktan sonra kısaca bir göz geçiriyor ve cantalarına koyuyorlardı.



Doğu Berlin Alexanderplatz'ta düzenlenen dayanışma eylemi

Aradan 6-8 dakika geçtikten sonra ilk polis ekibi eylem yerine geldi, ondan hemen bir kaç dakika sonra da iki tane daha geldi. Ancak polis ekibinin gelmesi ile sorun çözümlenmedi. Çünkü zincirler henüz çözülmemişti. Bu esnada polislerden biri Dayanışma Komitesi'nin üyelerinden zincirleri çözmesini talep etti. Ancakkendilerini birbirlerine zincerleyenler anahtarı kaybettiklerini söylediler. Böylece eylem bir bir 10 dakika daha uzadı. Eylemin başlamasından tam 23 dakika sonra Dayanışma Komitesi'nin 4 üyesini polis ekibi götürüyor. Tüm eylem boyunca arkadaşların etrafını 200'ün üzerinde kitle çevirmişti. Kitleden bazıları eylemi niçin yaptıklarına dair arkadaşlara sorular soruyorlardı.

Tutuklamanın ardından polis ekibinin arabası hareket etti. Eylem yapanların dışında üç de eylemle hiç ilişkisi olmayan kişi tutuklanmıştı. Doğu Almanya Haber Ajansı 7 Batı Alman vatandaşının tutuklandığını açıkladı.

Eyleme katılanların diğerleri Cumartesi günü öğleden sonra Batı Almanya'ya dönmüştüler.

Doğu Berlin'de düzenlenen bu eylem şüphesiz büyük yankı yaptı. Doğu Alman polisi tarafından tutuklanan dört Dayanışma Komitesi'nin üyesi ilk hedeflerine ulaşmıştılar. Onlar bu eylemleri ile hem Doğu hem de Batı Almanya'da halkın dikkatini Doğu Almanya'da kendisine komünist adını veren bir devletin muhalefetteki komünistleri tutukladığına çekmek istiyorlardı. Bu mücadeleci eylem Dayanışma Komitesi'nin Batı Almanya'da DDR'ki tutuklu bulunan komünistlere ilişkin düzenleyeceği dayanışma haftalarına bir itilim kazandıracaktır.

Dayanışma Komitesi'nin Doğu Almanya'da dört üyesi'nin tutuklanması nedeniyle, 22 Kasım Pazar günü Brejnev'e karşı düzenlenen barış yürüyüşünün ardından, Komite DDR'in Bonn-Bad Godesberg'teki Temsilciliği'nin önünde protesto etmeye çağırdı.Korsan protesto eylemine yüzlerce kişi katıldı. Ancak daha DDR Temsilciliği'nin önüne varılmadan Temsilciliğin etrafı polisler tarafından çevrilmişti. Bu nedenle Komite'nin konuşmacısı bir açıklama yaptıktan sonra, Doğu Almanya'da düzenlenen eyleme katılan Kızıl Şafak muhabiri eylemin gelişmesi üzerine açıklama yaptı ve daha sonra kitle eylem yerinden ayrıldı.

(„Wirbel am Alexanderplatz")